



Jetzt wird es Zeit -



**Anschluß
nicht verpassen**

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

20. Jahrgang / Heft 1/2

Januar-Februar 1965

Einzelpreis 50 Pf

Max Reimann auf der 4. ZK-Tagung

Die Grundfragen unserer nationalen Politik und der Wahlkampf 1965

Aus dem Referat des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Genossen Max Reimann

I.

Genossinnen und Genossen!

Die 4. Tagung unseres Zentralkomitees steht vor der Aufgabe, die vom Parteitag 1963 in der Programmatischen Erklärung beschlossene politische Grundlinie auf die gegenwärtige Lage anzuwenden, die Aufgaben für den nächsten Zeitabschnitt und den Bundestagswahlkampf 1965 festzulegen.

Ins Zentrum der Auseinandersetzung mit der Monopolbourgeoisie und ihrer Partei, der CDU/CSU, sowie der Wehner-Gruppe in der SPD stellen wir unsere konstruktive Politik zur Rettung der Nation. Wir wollen der Arbeiterklasse und den breiten Volksschichten bewußt machen, daß die Politik des Imperialismus und des Revanchismus eine antinationale Politik ist, die sich gegen die Gesamtinteressen des Volkes richtet, die dem Volk jede Perspektive auf eine friedliche, demokratische Entwicklung raubt und — wenn diese Entwicklung durch die Arbeiterklasse und die Werktätigen nicht verhindert wird, — in die Katastrophe führt.

15 Jahre Herrschaft der CDU/CSU haben eindeutig bewiesen, daß auf dem Wege der militärischen Aufrüstung, der Erhöhung der Spannungen, auf dem Wege der Erpressung und der Gewaltanwendung die nationale Frage unseres Volkes nicht zu lösen ist. Diese Politik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen. Sie führt zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands und hat keine Perspektive. Wenn die Wehner-Erler-Gruppe

in der SPD nunmehr auch zum Einpeitscher dieser Politik geworden ist, so ändert das nichts daran, daß es auch nicht die geringste Chance dafür gibt, die deutsche Frage durch eine „Politik militärischer Stärke“ zu lösen. Auf diesem Wege liegt nur Unheil für das Volk.

Das Wesen der nationalen Frage besteht darin, zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht. In Deutschland existieren heute zwei selbständige deutsche Staaten: die sozialistische Deutsche Demokratische Republik, von der Friede, Freiheit und gesellschaftlicher Fortschritt ausgehen, und die staatsmonopolistische Bundesrepublik, von der die Gefahr eines neuen Revanchekrieges ausgeht und in der die politische und soziale Reaktion herrscht. Nur die Verhinderung der Atomrüstung, nur der Verzicht auf Gewaltanwendung, nur Entspannung und Verständigung können den Weg für eine friedliche Lösung der nationalen Frage, für die Annäherung beider deutscher Staaten freimachen. Und dieser Weg wird in dem Maße frei, wie die Herrschaft der Imperialisten und Militaristen in der Bundesrepublik zurückgedrängt und überwunden wird, wie die Arbeiter, Bauern und demokratisch gesinnten Bürger in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes entscheidenden Einfluß auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eringen.

KPD und SED haben in Wahrung der Interessen der Nation und in

Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen für den Neubau eines einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschlands gekämpft. Die demokratischen und nationalgesinnten Kräfte unseres Volkes haben dabei stets die Unterstützung der Sowjetunion gefunden. Wir haben uns der Spaltungspolitik des westdeutschen Monopolkapitals und der imperialistischen Besatzungsmächte widersetzt. Um ihre Herrschaft zu erhalten und Westdeutschland zur Speerspitze gegen die Länder des Sozialismus zu machen, haben diese Kräfte Westdeutschland von dem deutschen Na-

tionalverband abgespalten. Sie haben es aufrüstet und in den aggressiven Kriegsblock der NATO eingegliedert. Bei jedem Vorschlag zur friedlichen Wiedervereinigung — sei es durch freie gesamtdeutsche Wahlen, durch den Abschluß eines Friedensvertrages, durch Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten — hat die CDU/CSU der Remilitarisierung den Vorrang gegeben. Mit der Forderung nach Atomwaffen zementieren die Rüstungsmonopole, ihre Regierung und Generale die Spaltung und verbauen jeden Weg zur Wiedervereinigung, setzen sie die Existenz der Nation aufs Spiel.

Rüstungsmonopole und Militaristen zurückdrängen — für das Selbstbestimmungsrecht des Volkes

Darum ist die erste Voraussetzung einer Politik des Friedens und der Wiedervereinigung, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen in der Bundesrepublik Schritt für Schritt den Einfluß der Rüstungsmonopole und der Militaristen in Staat und Wirtschaft, im gesamten gesellschaftlichen Leben zurückdrängen.

Wo immer die friedliebenden Kräfte gegen Atomrüstung in Aktion treten, die Arbeiter um ihre sozialen und politischen Rechte kämpfen, die Bergarbeiter um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze ringen, die Bauern gegen den Ruin ihrer Existenz protestieren, wo immer sich die demokratisch gesinnten Kräfte gegen Notstandsgesetze und Verfassungsbruch widersetzen, wo Geistesschaffende unsere nationale und humanistische Kultur schaffen und gegen die Militarisierung verteidigen, — jede gegen das Monopolkapital gerichtete Aktion ist ein Beitrag auf dem Wege zur Lösung der nationalen Frage.

Die CDU/CSU will mit Hilfe des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und der Revanchistenorganisationen den Wahlkampf so führen, daß das Gift des Chauvinismus und Revanchismus die Köpfe der Menschen noch mehr verseucht. Die Wehner-Erler-Gruppe tut das gleiche, besonders innerhalb der Arbeiterklasse. Unsere Aufgabe besteht gerade darin, den Revanchismus und Chauvinismus zu bekämpfen und dabei vom Standpunkt

der Lebensinteressen des Volkes unsere Politik der Sicherung des Friedens, der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten und der Wiedervereinigung darzulegen.

Die herrschenden monopolkapitalistischen Kreise wollen das Volk für ihre revanchistischen und aggressiven Ziele mißbrauchen, indem sie ihre wirklichen Absichten hinter der Parole vom „Selbstbestimmungsrecht“ verbergen. Sie haben darunter stets verstanden, daß sie alles bestimmen und das Volk nichts zu sagen hat. Nie wurde das Volk gefragt, als es um die Spaltung oder die Einheit unseres Volkes, als es um Remilitarisierung oder freie gesamtdeutsche Wahlen, als es um Abschluß eines Friedensvertrages oder Beitritt zur NATO und atomaren Aufrüstung ging. Das Verbot unserer Partei wurde von der Bonner Regierung deshalb gefordert, weil wir jederzeit für das Entscheidungsrecht der westdeutschen Bevölkerung über diese Lebensfragen eingetreten sind. Die Imperialisten und Militaristen und ihre CDU/CSU-Regierung haben das nationale Selbstbestimmungsrecht der westdeutschen Bevölkerung in den Pariser Verträgen für die Wiederaufrüstung verkauft und in den Vorbehaltsklauseln die Entscheidung über alle Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen den imperialistischen Besatzungsmächten überantwortet. Weil sie Verhandlungen mit der DDR fürchten, weil sie dem Volk nicht zu

sagen wagen, daß sie Krieg und Bruderkrieg vorbereiten, sondern den Anschein aufrechterhalten wollen, sie seien für die Wiedervereinigung, sprechen sie von der angeblichen Verantwortung der vier Großmächte für die Lösung der deutschen Frage.

Die Sowjetunion vertritt den Standpunkt, der dem internationalen Selbstbestimmungsrecht entspricht, daß die Wiedervereinigung Deutschlands die Sache der Deutschen selbst ist. Sie hat dafür stets ihre guten Dienste angeboten. In allen mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträgen, so auch im Pakt für Freundschaft und gegenseitigen Beistand ist der DDR das volle Selbstbestimmungsrecht, insbesondere auch in allen die Wiedervereinigung betreffenden Fragen gesichert.

Wir Kommunisten sagen dem Volk: die Wiedervereinigung ist die Sache des deutschen Volkes selber. Wir Kommunisten fordern das Selbstbestimmungsrecht für die westdeutsche Bevölkerung. Wir erheben die Forderung nach sofortiger Kündigung der

Vorbehaltsklausel in den Pariser Verträgen.

Jedes Volk, das je um seine nationale Unabhängigkeit und Freiheit gerungen hat, mußte sein Selbstbestimmungsrecht gegen die Imperialisten durchsetzen. Niemals wird es möglich sein, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit durch ausländische oder die eigenen Imperialisten zu erzielen.

Um zu neuen, erfolgreichen Lösungen zu gelangen, ist es erforderlich, den Einfluß der Revanchisten und Militaristen durch die Initiative der Volksmassen zurückzudrängen. Wir sagen mit aller Klarheit, daß man die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mit den gegenwärtig herrschenden monopolkapitalistischen Kräften in der Bundesrepublik, sondern nur gegen sie herbeiführen kann. Die nationale Wiedervereinigung kann nur das Werk der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen selbst sein und wird in dem Maße verwirklicht, wie sie selbst Einfluß nehmen auf Staat, Wirtschaft und Regierung.

Der Schlüssel zur Lösung der Deutschlandfrage

Nachdem die deutsche Monopolbourgeoisie unser Volk in zwei imperialistische Weltkriege geführt und die Nation an den Rand des Abgrunds gebracht, nachdem sie in den vergangenen 20 Jahren bewiesen hat, daß ihre ganze Politik nur zur Spaltung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands führt, liegt der Schlüssel zur Wiedervereinigung in den Händen der deutschen Arbeiterklasse, in der Verständigung und Zusammenarbeit ihrer Parteien und der Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten.

In der jüngsten Zeit sind Politiker, unter ihnen auch der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, mit der Formel „Wandel durch Annäherung“ aufgetreten. Sie begründen damit eine Politik der „kleineren Schritte“ in der Deutschlandfrage. Wenn man im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten den kalten Krieg abbaut, so kann man schrittweise zu nützlichen Abkommen gelangen. Zweifellos können nach dem Beispiel des Passierscheinabkommens weitere spruchreife Fragen durch offi-

zielle Verhandlungen und Verträge gelöst werden.

Wir sprechen jedoch klar aus: Es gibt weder kleine noch kleinste Schritte nach vorwärts, ohne den Bevanchismus in der Bundesrepublik und damit die Spannungen in der Bundesrepublik abzubauen. Der Ausgangspunkt jeder realistischen Deutschlandpolitik besteht darin, die DDR als eine Realität anzuerkennen, die ohnehin illusorischen Pläne zur Eroberung der DDR aufzugeben. Nur mit diesem Ausgangspunkt kann die Politik der „kleinen Schritte“ zu nützlichen Abkommen führen und damit kommende größere Schritte erleichtern.

Bisher ist die Lage jedoch so, daß nur in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlagen für eine Politik der Entspannung und der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten geschaffen sind. Bisher gingen alle Initiativen, alle Vorschläge für Entspannung und Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten nur von der DDR aus. Bevölkerung und

Regierung der DDR verfügen uneingeschränkt über das Recht der Selbstbestimmung in den Beziehungen zur Bundesrepublik, zu allen Staaten der Welt. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hat ihr Selbstbestimmungsrecht dadurch erungen, daß sie die Wurzeln des Imperialismus und Militarismus ausgerottet und damit die Grundlage für eine feste Friedenspolitik geschaffen hat.

Unsere nationale und demokratische Alternative

Im Interesse der friedlichen Perspektive der westdeutschen Bevölkerung, der Lösung der nationalen Frage unseres Volkes, der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit erhebt die KPD folgende Forderungen:

1. **Verzicht auf MLF und jedes andere Projekt, das den Generalen der Bundeswehr Besitz oder Verfügungsgewalt über Atomwaffen ermöglicht. — Selbständige Vorschläge und Schritte der Bundesrepublik für einen deutschen Abrüstungsbeitrag.**

Mit Atomwaffen wird das Leben in der Bundesrepublik immer unsicherer. Die atomare Aufrüstung der Bundeswehr torpediert jeden Schritt zur Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten. Mit Atomwaffen kann man Deutschland nicht wiedervereinen. Mit Atomwaffen wird Deutschland im Ernstfall nur vernichtet. Die Interessen des Friedens und der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit der westdeutschen Bevölkerung erfordern die Abrüstung. Die Vorschläge der Sowjetunion vor der UN-Vollversammlung über Herabsetzung der Rüstungslasten, Verminderung der ausländischen Truppen auf deutschem Boden, die Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte und der Abschluß eines Abkommens über Nichtverbreitung von Kernwaffen müssen daher von der Bundesregierung aufgegriffen und unterstützt werden.

2. **Unterstützung der Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.**

Nicht in der Erhöhung der Spannungen, nicht im Wettwüsten liegen die Chancen für die Zukunft der

Wenn man eine Politik des „Wandels durch Annäherung“ richtig versteht und ernst nimmt, ergibt sich daraus die Schlußfolgerung: Der Wandel muß in der Bundesrepublik vollzogen werden. Er muß vollzogen werden durch das selbständige Auftreten der Arbeiterklasse und der breiten Volksschichten gegen die großen Monopole, gegen ihre Rüstungs- und Revanchepolitik.

Bundesrepublik und für die Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes. Die Lösung der nationalen Frage wird wesentlich erleichtert durch den eigenen Beitrag der Bundesrepublik zur Entschärfung der Lage in Europa, vor allem durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

3. **Gutnachbarliche und friedliche Beziehungen nach allen Seiten, zu allen Staaten und Völkern.**

Die unrealistische „Hallstein-Doktrin“, die Forderung auf Grenzrevisionen und der Griff nach Atomwaffen führen zur Isolierung der Bundesrepublik. Sie verschlechtern die Beziehungen zu den Staaten des Ostens und des Westens. Die westdeutsche Bevölkerung braucht nicht „Lebensraum im Osten“. Die neue Grenzziehung ist das Ergebnis der imperialistischen deutschen Politik des „Dranges nach dem Osten“. Eine friedliche Grenzrevision ist illusorisch. Und dieses Ziel auf dem Wege des Krieges erreichen zu wollen, bedeutet atomaren Selbstmord.

Die Bundesrepublik braucht die Entwicklung friedlicher Handelsbeziehungen, kulturellen und sportlichen Austausch. Sie braucht normale diplomatische Beziehungen. Sie sollte sich den Vorschlag zu eigen machen, beide deutsche Staaten in die UNO aufzunehmen.

4. **Keine Notstandsgesetze — Achtung des Grundgesetzes.**

Notstandsgesetze zerstören das Grundgesetz. Sie dienen der Kriegsvorbereitung. Notstandsgesetze schaffen Kriegerrecht bereits in Friedenszeiten. Sie bedrohen die Existenz der Gewerkschaften. Sie

richten sich gegen das gemeinsame Handeln der Anhänger des Friedens und der Demokratie. Eine Politik, die auf die Verständigung, die Sicherung des Friedens, auf Demokratie und Wiedervereinigung orientiert ist, braucht keine Notstandsgesetze. Damit würden die Grundrechte der Bürger und die verfassungsmäßigen Rechte der demokratischen Einrichtungen der Parlamente, der Länder und Gemeinden gesichert.

Das Gebot des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ macht es notwendig, die Macht der Monopole einzuschränken, den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht und größeren Einfluß auf das wirtschaftliche und politische Leben einzuräumen, den Willen des souveränen Volkes zu achten. Der vom Grundgesetz geforderte soziale und demokratische Rechtsstaat setzt voraus die Säuberung der Armee, Justiz, Polizei und Verwaltung von den Verantwortlichen der Nazidiktatur und des Hitlerkrieges, von Revanchisten und ihre Ersetzung durch demokratische Kräfte.

Nach dem Grundgesetz sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Rechtsbestandteil der Bundesrepublik. Das schließt eine Verjährung von Verbrechen der Vorbereitung des Angriffskrieges, des Völkerverbrechens und Massenmordes aus. Darum darf der 8. Mai, der Jahrestag der Zerschlagung des Hitler-Faschismus, nicht den Freibrief für Naziverbrechen bringen. Die Mörder müssen ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Mit der verfassungswidrigen Praxis der politischen Strafjustiz muß Schluß gemacht werden. Das erfordert die Durchführung einer politischen Amnestie und die Aufhebung des KPD-Verbots.

5. Soziale Sicherheit für die Werktätigen, für die Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung, für die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben.

Die Politik des Friedens ist die Voraussetzung jeglichen sozialen Fortschritts. Die Kürzung der Rü-

stungsausgaben, die Streichung der Ausgaben für den kalten Krieg, die Änderung der Steuergesetzgebung zu Lasten der Monopole macht die Mittel frei für die Verbesserung des Lebensstandards, für die Erfüllung der sozialen und kulturellen Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Nur so kann der Bildungsnotstand überwunden und der Anspruch der Jugend auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten entsprochen werden. Nur so kann den Erfordernissen des Wohnungsbaus, der Städteplanung und des Verkehrswesens voll entsprochen werden. Nur so kann die nötige Vorsorge für Alter und Krankheit getroffen werden.

Die Zurückdrängung der Macht der Monopole, die Minderung ihrer Riesenprofite sichert den Arbeitern einen hohen Anteil am Sozialprodukt, den Arbeitern und allen Werktätigen die Existenz und wirtschaftliche Sicherheit.

6. Entspannung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten über Abrüstung in Deutschland und zur Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung.

Beide deutsche Staaten sollten sich durch selbständige Erklärungen, die die gegenseitige Anerkennung nicht vorwegnehmen würden, zum Verzicht auf Gewaltanwendung und atomare Aufrüstung in jeder Form, zu einem Rüstungsstopp und zur Herabsetzung der Rüstungslasten verpflichten. Sie sollten im Interesse der Überwindung der Spaltung dafür eintreten, daß paritätisch zusammengesetzte Organe der Zusammenarbeit beider deutscher Staaten geschaffen werden. Wir sind für die Bildung gesamtdeutscher Kommissionen aus Vertretern des Bundestages und der Volkskammer, der beiden Regierungen und anderer entsprechender staatlichen Instanzen, die über alle gemeinsam interessierenden Fragen in Wirtschaft, Handel und Verkehr, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der Erfahrungen auf den Gebieten der Kultur, der Volksbildung, der Sozialpolitik, des Gesundheitsschutzes

beraten und den beiden deutschen Regierungen ihre Vorschläge unterbreiten. Die Tätigkeit solcher Kommissionen würde eine Atmosphäre der Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten schaffen.

Mit der Überwindung des kalten Krieges und der Zurückdrängung des Einflusses des Monopolkapitals und des Militarismus auf das gesamte gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik werden Beziehungen der friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten geschaffen. Damit wird die Zusammenarbeit und die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten ermöglicht. Im Rahmen einer solchen Konföderation kann sich die Annäherung beider deutscher Staaten verwirklichen. So ist die Konföderation die erforderliche Vorstufe für die demokratische Wiedervereinigung unseres Volkes in einem friedlichen Staat.

Mit diesen Vorschlägen entwickelt die KPD die wichtigsten Forderungen für eine nationale Politik, für eine Alternative gegenüber den Parteien der Atomrüstung und der Notstandsgesetze. In den kommenden Monaten kommt es darauf an, auf der Grundlage dieser Forderungen die Arbeiterklasse und andere Volksschichten für ihre gemeinsamen Interessen in den Kampf zu führen, damit auch jede kommende Regierung unter dem breiten Druck der Volksmassen und ihren Forderungen steht.

Mit vollem Recht sagen immer mehr Menschen: Es muß etwas Neues kommen an Stelle der CDU/CSU, diese Parteien sind verbraucht, sie haben keine Lösungen anzubieten, die in die Zukunft weisen. Ja, die CDU/CSU und ihre Politik müssen im Wahlkampf geschlagen werden. Der Kurs der

Atomrüstung muß durch eine neue, eine nationale Politik abgelöst werden.

Mögen die arbeitenden Menschen, die breiten Volksschichten, die Vorschläge, die wir ihnen unterbreiten, selbst prüfen und sich davon überzeugen: Wenn es um die Nation geht, um ihren Frieden, um die Freiheit, um den sozialen und kulturellen Fortschritt, dann können sich alle auf die KPD verlassen.

In diesem Sinne verstehen wir auch unseren Beitrag zum 20. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus. Das ist ein Ereignis im kommenden Jahr, das nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt Beachtung findet. Dieses Ereignis muß durch die Aktionen aller friedliebenden, demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik so gestaltet werden, daß weit hin sichtbar wird. Die Lehren aus der Geschichte, die Erfordernisse des Friedens der Völker, die Interessen der deutschen Nation gebieten es, mit der Macht der ewig Gestrigen Schluß zu machen, durch die Bändigung und Überwindung des Imperialismus und Revanchismus Garantien dafür zu schaffen, daß von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht.

Wenn unsere nationale Politik zur Hauptlinie auch im Wahlkampf wird, wenn alle unsere Parteiorganisationen in ihrer politischen Massenarbeit eine Wende vollziehen und stets jedes Ereignis unter dem Gesichtspunkt unserer nationalen Friedenspolitik behandeln, dann werden wir in der Bevölkerung und in der Arbeiterklasse unseren Masseneinfluß verstärken, den Aufgaben des Kampfes um den Frieden und die Rettung der Nation gerecht werden und die Menschen auch von der Notwendigkeit der Unterstützung des Kampfes um die Legalität der KPD überzeugen.

II.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus und sein volksfeindliches System

Um unsere Partei und die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen, müssen wir die Frage nach den Ursachen und dem Wesen der gesamten politischen Ent-

wicklung Westdeutschlands in der Nachkriegszeit beantworten. Diese Entwicklung ist bestimmt durch die Restauration und das Erstarken des Monopolkapitals, durch die Wieder-

aufnahme der imperialistischen Politik, durch die Herausbildung eines allseitig ausgebauten staatsmonopolistischen Systems, in dessen Spitze die wirtschaftliche Macht der Milliarden mit der staatlichen Macht, vertreten vor allem durch die führenden Politiker der CDU/CSU, verflochten ist. Im Ergebnis dieser Entwicklung muß selbst die großbürgerliche Zeitung „Christ und Welt“ feststellen: 94 Milliarden beherrschen die Wirtschaft, den Staat, das politische und gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik.

Wie war das möglich? Unter der Herrschaft der CDU/CSU ist auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Steuer- und Finanzpolitik, der Gesetzgebung alles geschehen, um ein wahres Treibhausklima für die ungeheure Bereicherung der Monopole, für die Zusammenballung immer riesiger Milliardenvermögen, immer größerer wirtschaftlicher und politischer Macht in immer weniger Händen zu schaffen.

Die Monopole erzielen auf Grund der unerhörten Arbeitsleistung der Werktätigen riesige Gewinne, aus denen sie den Ausbau modernster Industrieanlagen finanzieren. Mit der Anwendung der modernen Technik konnten die größten Konzerne Masse und Rate des Profits erhöhen.

Acht große Finanzgruppen kontrollieren praktisch die gesamte westdeutsche Großindustrie. An ihrer Spitze stehen:

Die Deutsche Bank und die vor allem mit ihr aufs engste verflochtenen Konzerne Siemens, Haniel, Mannesmann; die Gruppe IG-Farben und Rheinstahl, deren Bankverbindungen gleichfalls vor allem zur Deutschen Bank und auch zur Dresdner Bank gehen; die Konzern-Gruppe Flick — das größte jemals in einer einzigen Hand vereinigte Wirtschaftsimperium der deutschen Geschichte; die Gruppe der Dresdner Bank mit ihren Hauptverbindungen zum AEG-Konzern, zu Krupp und zur Degussa sowie zur Versicherungsgruppe Allianz.

Dieser Prozeß der Konzentration des Kapitals wird gegenwärtig durch die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Umwälzung sowie durch die fortschreitende Militarisation der Wirtschaft und durch die EWG-Politik weiter gefördert. Im Oktober dieses

Jahres schuf Flick die umfassendste monopolistische Machtzusammenballung der europäischen Automobilindustrie durch das Abkommen mit dem Volkswagenwerk. Gleichfalls in diesem Jahr wurde durch die Verflechtung von Thyssen mit Phönix-Rheinrohr in diesem Konzern die Konzentration von 23 Prozent der westdeutschen Stahlproduktion erreicht. Zur gleichen Zeit verlebte sich Rheinstahl den Henschel-Konzern ein und wurde damit zum beherrschenden Produzenten für schwere konventionelle Waffen, vor allem für den Panzerbau der Bundeswehr. Und dasselbe hat jetzt Krupp durch den Einkauf von Heinkel im Flugzeugbau erreicht.

Die Rolle der Rüstungswirtschaft im Gesamtsystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus geht aus der Tatsache hervor, daß das Rüstungsamt in Koblenz laut Erklärung seines Präsidenten der größte Auftraggeber Europas ist. Hier liegen die staatsmonopolistischen Quellen der Milliardenengeschäfte der Flick, Thyssen und Quandt, der IG-Farben und des Siemens-Konzerns. Und hier fließen auch die Bestechungsgelder für große Rüstungsgeschäftemacher vom Schlage der Strauß und Goergen bis zu dem Heer der kleineren Gauner und Schwindler. So werden Parasitismus und Fäulnis gerade im Zeichen der Militarisation zu einem immer krasser hervortretenden Wesenszug des Staatsmonopolismus.

Während von der „Bild“-Zeitung bis zu Leber über die Bundesrepublik als „Volksstaat“ geredet wird, sieht die Wirklichkeit so aus, daß die Unternehmer alle Schlüsselstellungen unmittelbar oder mittelbar durch ihre Vertrauensleute besetzt haben. Im Wirtschaftskabinett, im sogenannten Sachverständigenrat, im Wissenschaftsrat, in der Atomkommission, im Rationalisierungskuratorium, im Ausschuß für rüstungswirtschaftliche Fragen, in den insgesamt rund 100 Beiräten und Ausschüssen bei der Bonner Regierung — überall sitzen Konzernherren, Minister, Staatssekretäre und andere Vertreter der Ministerialbürokratie gemeinsam an den Schalthebeln, und nahezu überall ist das Volk, sind die Gewerkschaften, der Bauernverband, die Organisationen des Mittelstandes

ausgeschlossen. Zugleich verfügen 63 der zur Zeit in Bonn und in den Ländern der Bundesrepublik amtierenden

Minister und Senatoren über 202 Sitze in Aufsichts-, Verwaltungs- oder Beiräten von Unternehmungen.

Monopole verbinden ihre Macht mit der Macht des Staates

Dank dieser Verflechtung sind die monopolkapitalistischen Organisationen, an ihrer Spitze der Bundesverband der Deutschen Industrie, mehr und mehr zu halbstaatlichen und staatlichen Instrumenten der Machtpolitik geworden. Zwei Drittel der Präsidiumsmitglieder des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sind Vertreter der mächtigsten Konzern- und Finanzgruppen. Hier liegt auch immer mehr die Initiative der gesetzgeberischen Tätigkeit.

Für die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Tendenz der Faschisierung kennzeichnend. Der zentralistische bürokratische Apparat wird immer mehr aufgebläht. Die bürgerlich-demokratischen Rechte werden mehr und mehr eingeschränkt und beseitigt. Die Rolle des Parlaments wird ausgehöhlt. Der Bundestag verliert die Gesetzgebungsinitiative; er übt nur noch formal das Recht der Entscheidung über den Etat aus; er wird von der Behandlung der großen politischen Lebensfragen mehr und mehr ausgeschaltet. Das Plenum tritt in seiner Bedeutung völlig zurück gegenüber den Ausschüssen, in denen die Monopolvertreter das Heft in der Hand halten. Zugleich werden die Gemeinden und Länder zugunsten des zentralistischen Bonner Machtapparates entrechtet.

Die Nichtbewältigung der Vergangenheit und der Neofaschismus sind Wesenserscheinungen dieser gesamten reaktionären und antidemokratischen Entwicklung. Dazu gehört auch, daß die imperialistischen Machthaber von

gestern und heute in allen Bereichen ihre alten Fachleute der Gewaltpolitik nach innen und außen in die Schlüsselstellungen gebracht haben. Das gilt in gleicher Weise für Wirtschaft und Ministerialbürokratie, Bundeswehr und Polizei, Justiz und Verwaltung, Hochschulen und Zeitungskonzerne.

Der schärfste Ausdruck des volksfeindlichen Charakters des staatsmonopolistischen Systems ist der Militarismus, der über das Kriegsministerium und die Bundeswehr alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens durchdringt. Unter Führung der Hitler-Generale ist die Bundeswehr und der Militärapparat der Hauptträger und das wichtigste Machtinstrument des Revanchismus. Die Bundeswehr ist die zweitstärkste konventionelle Streitmacht der NATO. Nach dem Stand vom 1. April 1964 stellt sie mit 413 000 Mann das stärkste militärische Kontingent aller europäischen NATO-Staaten.

Wiederholt ist die Bundeswehr-Generalität mit dem Anspruch hervorgetreten, daß ihre Militärkonzeption für die außen- und innenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung bindend sein muß. In der Tat widerspiegeln sich die Grundgedanken der unter Führung Trettners ausgearbeiteten Denkschrift der Bundeswehr-Generalität in den Kabinettsentscheidungen für die multilaterale Atomstreitmacht, für die Aufstellung der Territorialarmee, in den Notstandsplänen, in der Ablehnung aller Vorschläge für die Abrüstung und die Bildung atomwaffenfreier Zonen.

Unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse und der Nation

Die staatsmonopolistische Entwicklung erweist sich als unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterklasse und der Nation. Die Entwicklung der modernen Wissenschaft und Technik schafft die Möglichkeit, den gesellschaftlichen Reichtum schnell zu vermehren. In der DDR, wo die Arbeiter und Bauern die Macht haben, unter sozialistischen Bedingungen, gereicht die Entwicklung der Produktivkräfte

der ganzen Gesellschaft zum Vorteil. Ihre Anwendung unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik führt zur maßlosen Bereicherung einer kleinen Gruppe von Monopolherren, die mit ihrem Wettrüsten die Gefahr eines atomaren Krieges heraufbeschwören. Damit wird um so deutlicher: der staatsmonopolistische Kapitalismus ist überreif zum Untergang. Unser Volk

muß auch in der Bundesrepublik zur Errichtung des Sozialismus voranschreiten.

Gerade diese Situation in Deutschland zwingt die Monopolherren zu Manövern, um den Charakter ihrer Gesellschaftsordnung zu vertuschen. Dabei ist es den Monopolherren gelungen, durch soziale Zugeständnisse, die sie nicht zuletzt im Hinblick auf die Einwirkung der DDR, angesichts der enormen Steigerung der Arbeitsproduktivität und ihrer Profite gewähren, erhebliche Teile der Arbeiterklasse über die ständige Verschärfung ihrer Ausbeutung hinwegzutäuschen.

Infolge der langanhaltenden Konjunktur und des hohen Bedarfs an Arbeitskräften konnten viele Arbeiter die Bezahlung übertariflicher Löhne durchsetzen. Die vielfach ohne Zuspitzung des Klassenkampfes erfüllten sozialen Teilforderungen haben das

Eindringen von Illusionen in die Arbeiterklasse erleichtert, daß ihre soziale Lage grundlegend verändert sei und im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung endgültig gelöst werden könne.

Der Wirtschaftszyklus hat infolge der staatsmonopolistischen Eingriffe Veränderungen erfahren. Während in der Vergangenheit nach Jahren des Aufschwungs und der Hochkonjunktur tiefe Wirtschaftskrisen folgten, gab es seit 1945 zwar erhebliche Schwankungen der jährlichen Zuwachsrate, absolute Rückgänge und Krisen in einzelnen Industriezweigen, aber insgesamt ist die Produktion in keinem Jahr unter den Stand des Vorjahres abgesunken. Damit konnte sich in der Bundesrepublik die Illusion von der Stabilität der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verbreiten.

Politik der Wehner-Erler-Gruppe — Bestandteil des staatsmonopolistischen Systems

Das ist die sozialökonomische Grundlage, auf der rechte SPD-Führer, wie Wehner, Erler, Deist und andere das Godesberger Programm zur Annahme bringen konnten. Das Godesberger Programm bedeutet die Preisgabe jeder selbständigen Ideologie und Politik der Arbeiterklasse sowie ihres sozialistischen Ziels. Es bedeutet den Übergang auf die Positionen des staatsmonopolistischen Systems. So haben die Bestrebungen der Monopole, die Führung der SPD in ihr staatsmonopolistisches System einzubeziehen, eine neue Qualität erreicht. Auf dieser Grundlage haben die rechten Führer der SPD ihre „Politik der Gemeinsamkeit“ mit der CDU/CSU entwickelt und die Unterstützung der imperialistischen Außen- und Wehrpolitik, ihrer Deutschlandpolitik und weitgehend auch ihrer Wirtschafts- und Innenpolitik begründet. Die letzte Zuspitzung erfuhr diese Entwicklung auf dem Karlsruher Parteitag der SPD mit der Zustimmung zur multilateralen Atommacht und zur Notstandsgesetzgebung. Die Führungsgruppe der SPD um Wehner und Erler geht damit noch über das Godesberger Programm hinaus, indem die atomare Bewaffnung der Bundeswehr in jeder Form abgelehnt wird.

Der Grundwiderspruch zwischen der internationalen Arbeiterklasse und ihrer größten Errungenschaft, dem sozialistischen Weltsystem auf der einen und dem imperialistischen System auf der anderen Seite wirkt in Deutschland besonders scharf. Denn der Arbeiterklasse im Osten Deutschlands ist es gelungen, ihren Staat zu errichten, in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Sieg zu führen und mit den Erfolgen der DDR auch ihre wachsende Ausstrahlungskraft auf Westdeutschland zu sichern. Zum erstenmal ist damit in Deutschland auch die Arbeiterklasse staatlich organisiert. Während der Imperialismus in Westdeutschland noch aggressiver geworden ist und mit der Politik der atomaren Rüstung eine dritte, diesmal vernichtende Katastrophe vorbereitet, verkörpert die siegreiche Arbeiterklasse in der DDR die Zukunft der deutschen Nation und weist auch der Bevölkerung Westdeutschlands den Weg zur Lösung der Lebensfragen.

Auf immer zahlreicheren Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wird heute bereits in der Bundesrepublik die unmittelbare Einwirkung der DDR spürbar. Der erfolgreiche Ab-

schluß und das praktische Funktionieren des Passierscheinabkommens wirken als Beweis dafür, daß Verhandlungen mit der Regierung der DDR möglich und, sobald man sich auf den Boden gegebener Tatsachen stellt, auch erfolgreich sind. Bei vielen sozialen Problemen, beim Gesundheitsschutz, in den Fragen der Gleich-

berechtigung der Frau und der Rechte der Jugend, in ganz besonderem Maße in den Auseinandersetzungen um das Bildungswesen, im Sport — ausgesprochen oder unausgesprochen — werden die Maßstäbe von der DDR gesetzt, werden ihre Ergebnisse zur Grundlage der Orientierung für die Zukunft.

Breites Bündnis gegen Monopolmacht

Die Interessen der nichtproletarischen Klassen und Schichten geraten in immer schärferen Widerspruch mit der herrschenden Spitze der Monopole, mit ihrer Politik und mit ihrer Regierung. So entsteht die Grundlage für ein breites antimonopolistisches Bündnis der Arbeiterklasse mit allen nichtmonopolistischen Schichten der Gesellschaft.

Auch die übrigen Widersprüche des kapitalistischen Systems wirken weiter. Gerade jetzt wird mit den drohenden Zechenstillegungen deutlich, wie auch für die staatsmonopolistisch regulierte Wirtschaft die massenhafte Vernichtung von Produktionsmitteln kennzeichnend bleibt. Die Verschleuderung der von der Gesellschaft geschaffenen Werte übertrifft infolge des gigantischen Wettrüstens alles bisher Dagewesene. Dabei werden Milliarden und Abermilliarden für Waffen ausgegeben, die, kaum geliefert, schon zur Verschrottung reif sind — und das alles im Interesse immer phantastischerer Profite der monopolkapitalistischen Heereslieferanten.

Entgegen allen Beteuerungen von „Atlantischer Solidarität“ und „westeuropäischer Harmonie“ verschärfen sich die Widersprüche zwischen dem westdeutschen Imperialismus und den übrigen imperialistischen Ländern.

Methoden der Aggressivität des deutschen Imperialismus

Für den deutschen Imperialismus sind EWG und NATO von Anfang an Instrumente zur Durchsetzung seiner eigenen, besonders aggressiven Ziele. Seine Aggressivität ist im Rahmen dieser wirtschaftlichen und militärischen Paktsysteme nicht etwa kontrolliert oder eingeschränkt, sondern weiter verschärft worden. Die Ursache der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus, der

Auch international bringt die wissenschaftlich-technische Entwicklung zwei gegenläufige Tendenzen hervor. Sie drängt im Interesse der Erweiterung der Märkte zur Zusammenarbeit der Monopole, zum Beispiel in der EWG als einer übernationalen Organisation des Finanzkapitals und der von ihm beherrschten Staaten. Zugleich verschärfen die Monopole den Konkurrenzkampf um Erweiterung ihrer Einflußsphären und Beherrschung des Marktes.

Die USA sind trotz ernster Rückschläge nach wie vor das bei weitem stärkste imperialistische Land, aber die Bundesrepublik hat sich den zweiten Platz vor England erobert und ist innerhalb der EWG die weitaus stärkste Macht.

Entsprechend dieser führenden ökonomischen Position nehmen die Vertreter der westdeutschen Monopole im Beamtenapparat der EWG, im sogenannten Europa-Parlament und seinen Ausschüssen entscheidende Schlüsselstellungen ein. So werden die supranationalen Organe der EWG zu Kampfinstrumenten gegenüber den Konkurrenten der USA, England und der EFTA-Länder und zugleich zum Kampfplatz der konkurrierenden Monopole innerhalb der EWG, insbesondere zwischen der Bundesrepublik und Frankreich.

Widerspruch zwischen seiner ökonomischen Potenz und seinem beschränkten Herrschaftsbereich besteht fort und hat sich nach dem zweiten Weltkrieg erneut verschärft. Daraus resultiert der Grundzug der gesamten Bonner Politik: Revanchismus, das Streben nach Fortsetzung des — wie Strauß sagte — „nicht beendeten zweiten Weltkriegs“ und nach Korrektur seiner Ergebnisse, nach Wiederher-

stellung des alten Machtbereichs, nach der „Neuordnung Europas“.

Der westdeutsche Imperialismus will diese seine Ziele mit Hilfe seiner NATO-Partner erreichen. In der NATO tritt das wachsende Eigengewicht und der zunehmende Einfluß des deutschen Imperialismus auf die Gesamtkonzeption immer stärker hervor. In den Kommandospitzen der NATO hat sich im letzten Jahr die Zahl der Bundeswehrangehörigen, darunter allein 30 Generale, um fast 50 Prozent auf 1400 erhöht. Der wachsende Einfluß der Bundeswehr zeigt sich weiter im Ausbau ihres Stützpunktsystems, durch das ganz Westeuropa zum militärischen Hinterland des westdeutschen Imperialismus gemacht wird.

Bundeswehrgeneral und Kriegsverbrecher Trettner hat das Ergebnis zusammengefaßt: „Das sichtbarste Resultat . . . war der Entschluß des NATO-Rates im Jahre 1963, die These der Vorwärtsverteidigung zum erklärten militärischen Programm seiner Führung zu machen.“ Kernpunkte der Vorwärtsstrategie sind: die Atombewaffnung der Bundeswehr, die Verlegung der NATO-Streitkräfte, insbesondere auch ihrer Atomstreitkräfte, an die Grenzen der DDR; die Vorbereitung für den Überraschungseingriff gegen die sozialistischen Länder, insbesondere ein regional begrenzter Krieg gegen die DDR.

Im Ablauf des Programms der Vorbereitung des Revanchekriegs sind gegenwärtig alle Anstrengungen der Bundesregierung darauf gerichtet, auf „irgend einem Weg“, — wie Adenauer erklärte — der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. Das könnte auf drei Wegen geschehen: über die MLF, über die Beteiligung an der französischen Atomwaffenproduktion und durch eigene Produktion atomarer Vernichtungswaffen.

Die Erhard-Regierung gibt der MLF den Vorzug, weil ihr dies als der schnellste und wirksamste Weg erscheint, um dann durch Verstärkung ihres militärischen Eigengewichts auch

die noch weitergehenden Pläne zu verwirklichen, das amerikanische Veto-recht zu beseitigen und schließlich zum eigenen Besitz von Atomwaffen zu gelangen.

Die herrschenden Kreise in den USA wollen den westdeutschen Imperialisten Mitverfügungsrecht über Atomwaffen im Rahmen der MLF geben, um den westdeutschen Imperialismus als Stoßtrupp gegen das sozialistische Lager und gegen die Befreiungsbewegung in der Welt zu benutzen. Die Schaffung einer MLF der NATO läuft den Tendenzen der internationalen Entspannung zuwider und verschärft die internationale Lage. Damit würde das atomare Wettrüsten ausgedehnt, die Arbeit vieler Länder und Regierungen zur Gesundung der internationalen Lage und zur Festigung des Friedens untergraben, würden zusätzliche schwere Hindernisse auf dem Wege der Abrüstung errichtet.

Da die europäischen Völker die zunehmende Gefährlichkeit der Bonner Revanchepolitik erkennen, wehren sie sich dagegen, daß die westdeutschen Imperialisten auf dem Wege über die MLF an die atomaren Schalthebel kommen. Das widerspiegelt sich auch in dem Widerstand zahlreicher Regierungen der NATO-Länder. So führt das Drängen nach Atomwaffen für die Bundeswehr gleichzeitig zur Isolierung der Bundesrepublik gegenüber ihren Verbündeten. Die Schwierigkeiten der westdeutschen und amerikanischen Imperialisten bei der Durchsetzung ihrer Pläne für die multilaterale Atomstreitmacht bestätigen die Wirksamkeit des Widerstandes der Massen in den NATO-Ländern und auch in der Bundesrepublik. Sie dürfen aber nicht Anlaß zur Beruhigung sein. Vielmehr kommt es für die Arbeiterklasse und alle Friedenskräfte gerade jetzt darauf an, jede nur mögliche Aktivität gegen die Atombewaffnung in jeder Form zu entwickeln. Nur so ist es zu verhindern, daß die westdeutschen Imperialisten eines Tages Atomwaffen erhalten.

MLF und Notstandsgesetze verhindern

Das erfordert, daß wir über die ganze Gefährlichkeit der multilateralen Atommacht in der Bevölke-

rung Klarheit schaffen und auch die gefährliche Demagogie entlarven, die von Erler, Wehner und Schmidt auf

dem Karlsruher Parteitag der SPD entwickelt wurde. Sie befürworten die MLF mit der Begründung, sie sei die beste Gewähr gegen die Ausdehnung der nationalen Verfügungsgewalt über atomare Waffen, ein wirksames Mittel, um dem nationalen Atomwetttrüsten entgegenzutreten. Worum aber geht es in Wirklichkeit? Der Inspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant de Mai-ziere, hat klipp und klar erklärt, was mit der MLF beabsichtigt ist: „Damit erwerben wir den Anspruch, in die Wirkungszone der atomaren Abschreckung zu gelangen. Der Armee wird zugleich der einzige militärische Auftrag verdeutlicht, den sie zu erfüllen vermag, Zünder zu sein für die große Explosion.“ („FAZ“, vom 24. Oktober 1964)

Mit der Hand am Zünder der großen Explosion würden die Anstifter zweier Weltkriege und ihre Hitlergenerale zu neuen Abenteuern ermuntert werden. Sie würden darin geradezu die Chance erblicken, erneut ihre Strategie des Blitzkriegs auf die Tagesordnung zu setzen. Der CSU-Abgeordnete Freiherr zu Guttenberg spricht das in seinem jetzt erschienenen Buch „Wenn der Westen will“ (Seite 123) bereits offen aus: „Wohlgemerkt! Um wirksam zu sein, muß die westliche Strategie die Abschreckung, also auch die Bereitschaft einschließen, unter gewissen Bedingungen noch vor dem Gegner zu nuklearen Waffen zu greifen.“

Der Kampf um die Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik steht in untrennbarem Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die von den deutschen Imperialisten erstrebte Einführung des Kriegsrechts in Friedenszeiten, ihre Notstandsplanung und ihre Notstandspraxis zu Fall zu bringen. Mit der

Notstandsgesetzgebung soll jene Kirchhofsruhe im Innern geschaffen werden, die stets für die Phase der Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus kennzeichnend gewesen ist.

Mit den Notstandsgesetzen wird faktisch das Grundgesetz außer Kraft gesetzt. Die Verfassungswirklichkeit wäre dann bestimmt von der in der Notstandsverfassung vorgesehenen offenen Diktatur der staatsmonopolistischen und militaristischen Spitze. Es würden damit faktisch auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens die Verhältnisse wiederhergestellt, die unter der Nazidiktatur herrschten. Die Regierung könnte mit Notverordnungen regieren, das Parlament heimschicken, jede demokratische Organisation und alle gewerkschaftlichen Rechte, vor allem das Streikrecht, beseitigen. Sie könnte die Bundeswehr gegen die eigene Bevölkerung einsetzen und ihr den Befehl geben, auf Vater und Mutter zu schießen.

Der Klassencharakter der Notstandsgesetze würde im betrieblichen und wirtschaftlichen Leben die Verhältnisse wiederherstellen, wie sie die Nazis im Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit geschaffen hatten. Der Kapitalist wird dann wieder Betriebsführer, die Arbeiter werden als Zivildienstpflichtige zu seiner Gefolgschaft, die auf das Kommando des „Herrn im Hause“ zu hören hat. Wechsel des Arbeitsplatzes, Fernbleiben von der Arbeit, jede Regung gegen schrankenlose Unternehmerwillkür — alles würde unter Strafbestimmungen fallen, die denen des Wehrpflichtgesetzes für unerlaubte Entfernung von der Truppe und Befehlsverweigerung aufs Haar gleichen.

Das Ja der Wehner und Erler zur Notstandspolitik

Wehner und Erler haben im Gegensatz zu den Anträgen vieler sozialdemokratischer Parteiorganisationen und unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Beschlüsse jede Diskussion über die Notstandsgesetzgebung auf dem Karlsruher Parteitag verhindert und, wie Höcherl ausplauderte, vor dem Parteitag ihre Resolution zu den Notstandsgesetzen mit Höcherl abgestimmt. Gerade bei der Notstandsge-

setzgebung ist die große Verantwortung der SPD-Führung besonders offensichtlich. Die sogenannte Notstandsverfassung und die meisten einfachen Notstandsgesetze können nicht ohne die Zustimmung der SPD-Bundestagsfraktion abgeschlossen werden, da diese die Sperrminorität besitzt.

Wehner und Erler sagen, eine westdeutsche Notstandsgesetzgebung sei nötig, um die Notstandsbefugnisse der

Besatzungsmächte aus den Pariser Verträgen abzulösen. Wenn es darum ginge, müßte die SPD für die Beseitigung aller Bestimmungen der Pariser Verträge eintreten, die im Widerspruch zum Selbstbestimmungsrecht der westdeutschen Bevölkerung stehen. Aber sie tun das Gegenteil. Während der Stuttgarter Parteitag noch das Ausscheiden aus der NATO forderte und sich gegen jede Einschränkung der Demokratie wandte, sind Erler, Wehner und Schmidt die eifrigsten Befürworter der NATO-Politik. **Wir Kommunisten sind dafür, daß die nationale Selbstbestimmung und die Volkssouveränität in der Bundesrepublik hergestellt werden.** Das kann man nicht, indem man mit der Bejahung der Pariser Verträge die nationale Selbstbestimmung an die ausländischen imperialistischen Besatzungsmächte und mit der Zustimmung zu den Notstandsgesetzen die Volkssouveränität an das deutsche Monopolkapital und an den deutschen Militarismus preisgibt.

Wehner und Erler sprechen auch davon, es gehe ihnen darum, die Notstandsbefugnisse in gesetzliche Bahnen zu lenken. Aber wie kann man von gesetzlichen Bahnen reden, wenn durch die Notstandsgesetzgebung jeder Rest von Gesetzlichkeit beseitigt, jeder Willkür der staatsmonopolistischen und militaristischen Machtspitze Tür und Tor geöffnet wird. Schon einmal ha-

ben deutsche Sozialdemokraten davon gesprochen, es gelte, mit Notstandsbefugnissen die Demokratie zu verteidigen, als sie selbst mithelfen, den Artikel 48 in die Weimarer Verfassung einzubauen. Aber am Ende wurde mit diesem Artikel die faschistische Diktatur vorbereitet und Hitler an die Macht gebracht; das Gesetz zum „Schutz von Volk und Staat“ und damit die Handhabe zum Verbot der KPD, der SPD und der Gewerkschaften wurde auf dieser Grundlage geschaffen. Diese geschichtlichen Erfahrungen bestätigen, daß Waldemar von Knoeringen und viele Funktionäre der SPD recht haben, die sagen, die SPD würde sich durch ein Ja zu den Notstandsgesetzen selbst das Grab schaufeln.

Damit wird deutlich, Kampf gegen multilaterale Atomrüstung und Notstandsdrohung — das ist die Hauptaufgabe aller Kommunisten, der Arbeiterklasse, aller Demokraten und Friedensfreunde. Die Erhard-Regierung und die hinter ihr stehenden Kräfte wollen unbedingt jetzt die mit der MLF und der Notstandsgesetzgebung geplanten Anschläge auf das Volk durchsetzen. Sie wollen die Entscheidung darüber, und damit über die gesamte weitere Entwicklung in der Bundesrepublik, noch vor den Bundestagswahlen vorwegnehmen und das Volk vor vollendete Tatsachen stellen.

Hauptstoß im Wahlkampf gegen die Politik Erhards, gegen die CDU/CSU

Erhard führt die Adenauer-Politik fort. Diese Politik, die auf multilaterale Atommacht und Notstandsvollmachten gerichtet ist, ist revanchistisch, friedensfeindlich, antinational, antidemokratisch und antisozial. **Darum muß der Hauptstoß im Wahlkampf gegen die Politik Erhards, gegen die CDU/CSU gerichtet werden. Die CDU/CSU muß geschlagen und von der Regierungsgewalt entfernt werden. Nur so ist Raum zu schaffen für die politische Alternative, die der Bevölkerung der Bundesrepublik eine friedliche und demokratische, eine den nationalen und sozialen Interessen entsprechende Entwicklung ermöglicht.**

Dafür sind reale Chancen vorhanden. Der Widerspruch zwischen der

irrealen Politik Erhards und dem tatsächlichen Kräfteverhältnis drängt die Menschen dahin, nach einem Ausweg zu suchen. Spüren sie doch, wie diese Politik mit ihren eigenen Interessen immer mehr in Widerspruch gerät und wie sie die Bundesrepublik infolge des Widerstands der Völker immer mehr zu isolieren droht. Das sind die Ursachen für die in jüngster Zeit sich häufenden Krisenerscheinungen in Bonn. Darum brechen immer mehr die Differenzen innerhalb der Koalition und vor allem auch in der Führung der CDU/CSU durch. Dabei müssen wir uns im Klaren sein: die verschiedenen Personen und Gruppen der Führung der CDU/CSU stehen in allen Grundfragen auf revanchistischen, aggressiven Positionen. Keiner ist gegen

die MLF, gegen die Notstandsplanung, gegen Revanchismus und soziale Reaktion. Darin unterscheiden sie sich nicht. Sie alle suchen, wenn auch auf verschiedenen Wegen, nach der besten Möglichkeit zur Verwirklichung einer insgesamt unhaltbaren Politik. Und

ihre gemeinsame Wahllokomotive ist Erhard. Darum muß Erhard mit seiner Politik geschlagen werden, um zu verhindern, daß in der Bundesrepublik die Pläne der Atomkriegsstrategen, der Revanchisten und Militaristen zum Zuge kommen.

III

Konzentration der Kräfte der Arbeiterklasse und aller Anhänger des Friedens, der Demokratie und der nationalen Verantwortung

Für unser Volk kommt es entscheidend darauf an, der Konzentration der monopolistischen Kräfte die Konzentration der Kräfte der Arbeiterklasse und aller Anhänger des Friedens, der Demokratie und der nationalen Verantwortung entgegenzustellen.

Im Ringen zwischen den Kräften des Volkes und den monopolkapitalistischen Machthabern der Bundesrepublik ist die Arbeiterklasse die stärkste Kraft. Sie ist in der Lage, durch die Aktivität ihrer großen Organisationen, besonders ihrer Gewerkschaften, die Entscheidung für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit herbeizuführen.

Es gilt, den Zustand zu beenden, daß die Monopole überall ihren Einfluß ausüben, während die Gewerkschaften nicht um ihre Meinung gefragt werden. Auf der parlamentarischen Ebene werden die Gewerkschaften als „Vertreter von Gruppen-Interessen“ diskriminierend abgewiesen, obwohl sie die Interessen von Dreiviertel der Bevölkerung vertreten. Die Beschlüsse der Regierung und des Bundestages, die Maßnahmen des Staatsapparates und die Gesetzgebung laufen den Interessen der Arbeiterklasse, den Forderungen der Gewerkschaften zuwider.

Die Gewerkschafter haben mithin

Verwirklichung gewerkschaftlicher Beschlüsse auf die Tagesordnung setzen

Daraus kann es für die Gewerkschaften nur die Schlußfolgerung geben, jetzt die Verwirklichung ihrer Beschlüsse gegen atomare Aufrüstung und Notstandsgefahr auf die Tagesordnung zu setzen und so die verfassungsmäßigen Rechte, die Zukunft ihrer eigenen Organisation und auch die vom Grundgesetz garantierten

allen Grund, mit vereinter Kraft dafür zu wirken, daß die CDU/CSU bei den Wahlen geschlagen wird und die Regierung Erhard verschwindet. Dieses Ziel kann mit Sicherheit erreicht werden, wenn die Arbeiterparteien und -organisationen in der Bundesrepublik, wenn DGB, SPD und KPD gegen den gemeinsamen Hauptfeind kämpfen.

Die Gewerkschafter haben in ihrem Grundsatzprogramm und in den Beschlüssen des letzten DGB-Kongresses und zahlreicher Verbandstage jegliche atomare Rüstung, insbesondere auch die MLF, abgelehnt. Das Grundsatzprogramm des DGB fordert eine Politik des Friedens als Grundlage jeglichen sozialen und kulturellen Fortschritts, die Lösung strittiger Fragen auf dem Verhandlungswege sowie eine eigene Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik. Die Regierung Erhard aber mißachtet diesen Willen der Gewerkschaften und drängt nach der multilateralen Atomrüstung. Die gewerkschaftlichen Beschlüsse erstreben die Sicherung der Demokratie, die Wahrung des Grundgesetzes, der demokratischen Grundrechte und staatsbürgerlichen Freiheiten in der Bundesrepublik. Die Regierung Erhard aber drängt nach den Notstandsgesetzen.

demokratischen Rechte der Wähler zu schützen. Das wird auch der Forderung von Gewerkschaftern Nachdruck verleihen, daß solche Kandidaten aufgestellt werden und solche Abgeordnete aus der Arbeiterschaft, aus der Bauernschaft, aus der Intelligenz in den Bundestag einziehen, die die Interessen der Arbeiterklasse und des

werktätigen Volkes vertreten, die sich an die Gewerkschaftsbeschlüsse halten und sich in ihrer gesamten Tätigkeit nicht den Monopolen, sondern den Werktätigen verantwortlich fühlen.

Nun hat Wehner auf der Funktionärskonferenz in Recklinghausen erklärt, er wünsche ein stärkeres Engagement der Gewerkschaften zugunsten der SPD, aber ohne die Illusion, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften auf die politischen Entscheidungen der SPD-Führung Einfluß gewinnen würden. Wehner will, daß die gesamte Gewerkschaftsbewegung seiner Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU und den Monopolen unterordnet wird. **Wir sind für das stärkere politische Auftreten der Arbeiterklasse, für das stärkere Eingreifen der Gewerkschaften in das gesamte politische und gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik und nicht zuletzt auch im Wahlkampf. Aber dabei erfordern es die Interessen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, daß sie gerade auch**

auf die Politik der SPD, deren Anhänger zum größten Teil aus der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften kommen, ganz entschieden Einfluß nehmen.

Die Gewerkschaften sollten dahin wirken, daß die SPD sich stärker der gewerkschaftlichen Linie nähert und durch ihre parlamentarischen Fraktionen auf allen Ebenen für die gewerkschaftlichen Forderungen eintritt.

In den 15 Jahren CDU/CSU-Herrschaft ist trotz steigender Zahl der Arbeiter und Angestellten der Lohnanteil am Sozialprodukt in den günstigsten Jahren stehengeblieben, in den meisten Jahren und erneut im Jahre 1964 aber rückläufig geworden, während der Gewinnanteil ständig gestiegen ist. Gegenüber 1963 haben sich die Gewinne in diesem Jahr um mehr als 50 Prozent erhöht. Das ist das Ergebnis der „Maßhalte-Politik“, die Erhard zuerst als Wirtschaftsminister und dann als Kanzler betrieben hat.

Nach erfolgreichem Lohnkampf den Arbeitsplatz der Bergarbeiter sichern

Im Ruhrgebiet haben die Bergarbeiter, die im schweren Existenzkampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze stehen, einen beachtlichen Erfolg im Lohnkampf errungen.

Es ist für alle Gewerkschaften lehrreich, daß die Lohnforderungen der Bergarbeiter von den Schachtanlagen aus entwickelt, auf dem 8. Kongreß der IG Bergbau und Energie und auf vielen Tagungen und Konferenzen der Gewerkschaft immer wieder erhärtet wurden. Auf die Forderung der IG Bergbau und Energie nach 9 Prozent mehr Lohn und Verdoppelung des Wohnungsgeldes antworteten die Zechenherren bekanntlich mit dem provokatorischen Angebot von 2,5 Prozent. Auf zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und für höheren Lohn sowie auf einer großen Konferenz in Dortmund gaben die Bergarbeiter die richtige Antwort. Sie legten die Streikurabstimmung fest und bereiteten sich durch die Wahl von Streisleitungen auf den Kampf vor.

Vor dieser Kampfbereitschaft sind die Regierung und die Zechenherren zurückgewichen. Sie mußten einer Lohnerhöhung von 7,5 Prozent

und der Verdoppelung des Wohnungsgeldes zustimmen.

Der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie ging einen richtigen Weg, als er sich die Forderung der Bergarbeiter zu eigen machte und selbst zur Urabstimmung mobilisierte. Wir müssen aber zum Verhalten des Hauptvorstandes Bedenken anmelden, weil er die festgelegte Urabstimmung ohne zwingenden Grund absagte. Die Beachtung der innergewerkschaftlichen Demokratie erfordert, daß die Leitungen sich an die gefaßten Beschlüsse halten. Sicher wäre die Position der IG Bergbau und Energie bei den Verhandlungen noch stärker gewesen, wenn sie sich auf den Streikbeschuß der kampfbereitschaftlichen Kumpel hätte stützen können.

Mit dem Teilerfolg der Bergarbeiter sind die Probleme im Bergbau nicht gelöst. Vor allem aber geht der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze, gegen die Zechenstillegungen mit unverminderter Schärfe weiter. Die Zahl der Bergarbeiter wurde um über 200 000 vermindert. Die Kohleförderung aber ist nahezu gleich geblieben. Das war nur möglich durch eine ungeheure Steigerung der Schichtlei-

stung, durch eine unerhörte Verschärfung der Ausbeutung. Die Profite der Monopolgesellschaften beweisen, daß sie die Lohnerhöhung der Arbeiter aus ihren Profiten zahlen können. Die Bundesregierung ermuntert dagegen die Zechenherren, die Kohlepreise zu erhöhen und ihre Profite noch mehr zu steigern. Zugleich wollen sie damit der Lüge von der Lohn-Preis-Spirale neuen Auftrieb geben.

Jetzt sollen weitere 36 Gruben stillgelegt, weitere 60 000 Bergarbeiter entlassen werden. Erhard erklärt in Übereinstimmung mit den Grubenbaronen, daß die Förderung auf ihrem bisherigen Stand gehalten werden soll.

Die Bergarbeiter stehen also vor einer neuen Welle der Intensivierung der Arbeit, der Verschärfung der Ausbeutung. Die Regierung fördert diesen Prozeß mit Hilfe des Rationalisierungsverbandes und zahlt den Grubenherren aus Steuergeldern für jede Tonne stillgelegter Jahreskapazität 25 DM und weitere beträchtliche Zuwendungen.

Jetzt, nachdem die Zechenherren, die Regierung und die Konzernpresse die Bergarbeiter auffordern, nach dem Ergebnis in der Lohnbewegung „Ruhe“

zu bewahren, ist es unsere Aufgabe, den Bergarbeitern zu helfen, die richtigen Lehren aus der Lohnbewegung für den Kampf gegen die Zechenstilllegungen zu ziehen.

Die Hauptlehre ist, nicht tatenlos zuzusehen, wie die Konzernherren handeln, sondern selbst entschlossen und einheitlich aufzutreten. Die Stilllegungspläne an der Ruhr können durchkreuzt werden, wenn Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und Parteilose mit der ganzen Bevölkerung des Ruhrgebietes für die Erhaltung des Arbeitsplatzes kämpfen.

Die Kohle ist die wichtigste einheitliche Energiequelle und darf nicht zugunsten der Profite der internationalen Ölmonopole und ihrer westdeutschen Komplizen ruiniert werden. Darum sollten die Bergarbeiter die Auflösung des Rationalisierungsverbandes und die Verwendung der freiwerdenden Steuermittel für Investitionen im Rahmen eines großzügigen nationalen Energieprogramms fordern. Das ist nur im Kampf um Mitbestimmung und für die Verwirklichung der großen Lösung zu erreichen: Was des Volkes Hände schaffen, muß des Volkes eigen sein!

Aktiver Lohnkampf in der eisenschaffenden Industrie

Für die Arbeiter und Angestellten der eisenschaffenden Industrie hat die IG Metall den Tarifvertrag zum 31. Januar 1965 gekündigt. Die Forderungen umfassen 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt, ein 13. Monatsgehalt und zwei Tage mehr Urlaub. Viele Kollegen verlangen zu Recht die Befristung der Laufzeit auf höchstens ein Jahr.

Gerade in der Eisen- und Stahlindustrie sind die Profite rapide gewachsen. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1963 wurde die Produktion in den ersten sechs Monaten 1964 um 17,8 Prozent gesteigert. Zur gleichen Zeit ging die Zahl der Arbeiter um 2 Prozent zurück. Darin drückt sich die rapide Steigerung der Arbeitsleistung pro Arbeitsstunde aus.

Die Arbeiter in der eisenschaffenden Industrie sollten in ihren Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen, in den Vertrauensmännerkörpern und in den Funktionärskonferenzen

den der IG Metall jetzt die Voraussetzungen schaffen, daß ihre Lohnbewegung zu besseren Ergebnissen führt als der Tarifaßschluß bei der metallverarbeitenden Industrie. Dieser Tarifaßschluß ist trotz einiger positiver Ergebnisse in Anbetracht der enormen Steigerung der Arbeitsleistung und der ständigen Preiserhöhungen unbefriedigend, zumal der Tarifvertrag die übermäßig lange Laufdauer von 15 Monaten hat. Die Erfahrungen seit dem Abschluß des Tarifabkommens bestätigen, wie schädlich seine lange Laufdauer ist. Die Preis- und Mietsteigerungen sind weitergegangen. In den Betrieben richten die Unternehmer verstärkt Angriffe auf die Akkordsätze; sie verschlechtern die Arbeitsbedingungen und haben damit eine Lage geschaffen, gegen die sich die Arbeiter in vielen betrieblichen Kämpfen, in Kurzstreiks und Teilstreiks wehren müssen.

In den bisherigen Tarifaßschlüssen

des Jahres 1964 wurde die im Grundsatzprogramm des DGB beschlossene aktive Lohnpolitik nicht verwirklicht. Das kommt schon darin zum Ausdruck, daß in diesem Jahr der Lohn-

anteil am Sozialprodukt erneut rückläufig ist und, wie die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ mit Recht feststellen, die Schere zwischen Lohn und Profit sich weiter geöffnet hat.

Unsere Vorschläge für gerechtere Vermögens- und Einkommensverhältnisse

Um die Empörung der Arbeiter über die soziale Ungerechtigkeit abzu lenken, entwickeln die CDU/CSU und ihre Erhard-Regierung jetzt vor der Wahl eifrig demagogische Vorschläge zur sogenannten Eigentumsbildung. In Wirklichkeit geht es ihnen darum, die Macht der Milliardäre aufrecht zu erhalten, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse noch mehr zu ihren Gunsten zu verändern. Für die Werktätigen gelten die Maßhaltforderungen und das Verlangen, Opfer für die Rüstung zu bringen.

Der von Leber vorgelegte Plan zur „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ ist ebenfalls nicht geeignet, die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung entsprechend der Forderung des DGB-Grundsatzprogramms zu verändern. Auch er ändert nichts am staatsmonopolistischen System und beseitigt nicht die Kluft zwischen den Milliardenvermögen der Konzernherren und der Vermögenslosigkeit der Arbeiter.

Leber verspricht den Arbeitern, daß sie nach 40jähriger Tätigkeit in der Bauindustrie aus einem Sonderfonds eine Vermögenssicherung für ihre alten Tage erhalten. Das würde jeder Arbeiter begrüßen. Aber der Leber-Plan ist doch eine Milchmädchenrechnung. Der größte Teil der Bauarbeiter hat unter den heutigen Arbeitsbedingungen keine Aussicht auf eine 40jährige Berufstätigkeit in der Bauindustrie. Die Bindung an einen bestimmten Industriezweig oder gar an ein bestimmtes Unternehmen ist eine Einschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes und damit ein Hindernis im Kampf um höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. So kann der Leber-Plan geradezu eine Waffe der Monopole gegen die Interessen der Arbeiter werden.

Nach dem Leber-Plan kann der Arbeiter vier Jahrzehnte lang nicht über den Fonds verfügen. Unsere Generation hat erlebt, daß zweimal in 40

Jahren das Geld völlig entwertet wurde. Die von den Arbeitern geschaffenen Fonds wurden in die Rüstung gesteckt und gingen völlig verloren. Dem ersten Weltkrieg folgte die Inflation und totale Zusammenbruch der Währung im Jahre 1923. Dann wurde unter Hitler „eisern“ und für den Volkswagen gespart — und wieder wurde mit dem Krieg die Währung zerstört und durch die Währungsreform von 1948 das sauer ersparte Geld geraubt. Nun sollen die Monopolherren, die zweimal in 40 Jahren den Krieg und die Inflation organisiert haben, über den Vermögensfonds der Arbeiter verfügen. Die Monopolherren besäßen damit ein zusätzliches Mittel, um ihre ökonomische Macht zu erhöhen, die Arbeiter noch mehr zu erpressen und auszubeuten, den Kurs der Rüstung und des Krieges zu verstärken.

Der Standpunkt unserer Partei der von der Forderung der Programatischen Erklärung nach Änderung der Einkommens- und Vermögensverteilung ausgeht, deckt sich weitgehend mit der Haltung der IG Metall und der IG Chemie, die den Leber-Plan ablehnen. Insbesondere halten wir es für richtig, wenn beide Gewerkschaften erklären: Die Verwirklichung der aktiven Lohnpolitik ist die erste Voraussetzung dafür, daß sich der Anteil der Löhne am Sozialprodukt erhöht, der Anteil der Gewinne vermindert und so der weiteren Konzentration des Vermögens in den Händen weniger Konzernherren entgegengewirkt wird.

Entsprechend dem Sechs-Punkte-Plan der IG Chemie sind wir darüber hinaus für einen Beitrag zur Vermögensbildung, der zusätzlich zum Lohn erbracht und aus den Unternehmergewinnen genommen werden muß. Die KPD ist der Auffassung, daß der zu bildende Fonds nur durch die Vertreter der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften zu verwalten und damit jeglichen Einfluß der Monopole und ihres Staates zu entziehen ist.

Die Arbeiter müssen über ihre Eigentumsanteile völlig frei verfügen können. Die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes darf nicht eingeschränkt werden. Die Gewährung von Eigentumsanteilen kann nicht die Bindung des Arbeiters an den Betrieb zur Voraussetzung haben.

Schließlich stimmen wir völlig überein mit den Feststellungen Otto Brenners und dem Standpunkt der IG Chemie, unbedingt an der entscheidenden Forderung der Gewerkschaft nach Mitbestimmung, öffentlicher Kontrolle wirtschaftlicher Macht und Änderung der gesamten Wirtschaftspolitik festzuhalten. Dies erfordert eine planmäßige Politik zur Stabilisierung des Preisniveaus, die Beschränkung der Unternehmergewinne, die Hebung des Lebensstandards der breiten Masse, die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für soziale Zwecke. Diese Forderungen sind den Monopolen nur im schärfsten Klassen-

kampf abzurufen. Dabei gilt es, die Verfügungsgewalt der Monopole über das entscheidende Vermögen, über die wichtigsten Produktionsmittel einzuschränken und sie ihnen schließlich zu entziehen.

In diesem Kampf wird sich die Arbeiterklasse mehr und mehr davon überzeugen, daß ihre Anstrengungen um Teilerfolge einmünden müssen in das Ringen um die gesellschaftliche Umgestaltung der Bundesrepublik.

Eine wirklich gerechte Vermögensverteilung wird nur möglich durch die Zurückdrängung und schließlich durch die Beseitigung der Macht der Monopole, durch die Beseitigung des Systems der Ausbeutung, durch die Verwirklichung des Grundsatzes: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“, durch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, wie sie die Arbeiterklasse der DDR zukunftsweisend für ganz Deutschland geschaffen hat.

Vernährungsbedingte Entscheidungen des SPD-Parteitag: Zustimmung zu MLF, Notstand und Grenzrevision

Mit den sozialdemokratischen Genossen verbindet uns Kommunisten das gemeinsame Streben nach einer Politik des Friedens und der Demokratie, nach Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben im Sinne des sozialen und kulturellen Fortschritts. Darum wollen wir auch gemeinsam, daß die CDU/CSU bei den Wahlen geschlagen und eine neue Politik durchgesetzt wird. Die Voraussetzung dafür ist, der Erhard-Politik mit einer politischen Alternative entgegenzutreten und um ihre Verwirklichung jetzt den Kampf zu führen.

Auf dem Karlsruher Parteitag sind unter dem Einfluß von Wehner, Erler und anderen rechten Führern der SPD Entscheidungen getroffen worden, die einer Alternative schroff zuwiderlaufen. Die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, alle Anhänger des Friedens und der Demokratie und vor allem auch die sozialdemokratischen Genossen müssen sich des Ernstes der Lage, die damit entstanden ist, voll bewußt werden.

Der Hauptinhalt des Karlsruher Parteitages besteht darin, die SPD an die Politik und an die Ziele des Natio-

nalismus und Revanchismus zu binden. Die Zustimmung des Karlsruher Parteitages zur multilateralen Atommacht der NATO, die Unterstützung der revanchistischen Grenzforderungen, die Zustimmung zur Notstandsgesetzgebung und der Plan zur Wiederherstellung des Generalstabs des deutschen Militarismus unterstreichen, daß die Wehner-Erler-Gruppe die SPD zu einem festen Bestandteil im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner Revanchepolitik machen will. Das sind Entscheidungen, die mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes, mit der Hoffnung auf Frieden und Sicherheit, Schutz der Demokratie und deutscher Verständigung unvereinbar sind. Damit versucht die Führungsgruppe der SPD, die Wehner und Erler, den aussichtslosen Kurs der CDU/CSU, die abenteuerliche „Politik der Stärke“ fortzusetzen. Diese Politik aber ist unter sozialdemokratischer Führung ebenso chancenlos, so verderblich wie unter Adenauer und Erhard. Wir treffen darum die Feststellung, daß die Beschlüsse des Parteitages, die vernährungsbedingten Beschlüsse der SPD nach 1945 sind. Nur wenn wir dies

klar aussprechen, können wir den Mitgliedern und Funktionären der SPD, die gegen solche Beschlüsse sind, ihre volle Verantwortung bewußt machen.

Erlers Begründung für die Politik des atomaren Wettrüstens deckt sich fast wörtlich mit der Forderung Adenauers, die Bundeswehr müsse die gleichen Waffen haben, wie der potentielle Gegner, und mit der Behauptung von Strauß, Atomwaffen seien der Gradmesser der nationalen Souveränität. Wenn Erler allerdings dabei demagogisch versucht, der jungen Generation seinen Drang nach atomarer „Gleichberechtigung“ zu unterschieben, so haben darauf die sozialdemokratischen und andere Arbeiterjugendorganisationen selbst die beste Antwort erteilt. Sie streben nach gleichen Bildungs- und Aufstiegschancen, nach Achtung ihrer Persönlichkeit und ihres Rechts auf politische Mitbestimmung. Sie begreifen immer mehr, daß die Jugend nur im Kampf gegen ihren Todfeind,

gegen den deutschen Militarismus vorankommen kann. Ihm die atomaren Vernichtungsmittel in die Hand zu geben, bedeutet nicht nur die Gleichberechtigung, sondern das Leben der jungen Generation preiszugeben.

Die Übereinstimmung zwischen Erler, Adenauer und Strauß wurde auch in Erlers Ausführungen zur Deutschlandpolitik deutlich. Erler wandte sich scharf gegen jeden Gedanken einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten. Er wiederholte, an die Adresse der Sowjetunion gewandt, den ganzen Katalog der imperialistischen Machtpolitik und machte sich dabei die alte These Adenauers zu eigen, Verhandlungen mit der Sowjetunion hätten erst dann Sinn, wenn die Bundesrepublik ihr als „gleichgewichtiger“ Partner gegenübertritt, das heißt, wenn sie ihre Ansprüche mit den Mitteln der atomaren Erpressung anmelden könnte.

Über Godesberg hinaus

Der Karlsruher Parteitag ist in der Fortsetzung der Linie von Godesberg noch weiter nach rechts gegangen. Das betrifft die Zustimmung zur multilateralen Atommacht und zu den Notstandsgesetzen. Das kommt nicht zuletzt auch in dem vom Parteitag bestätigten Militärplan Helmut Schmidts zum Ausdruck. Mit der Forderung nach Wiederherstellung des alten Generalstabs macht die SPD einen Schritt, den die CDU/CSU bisher nicht gewagt hat. Schließlich sind die Verbrechen des deutschen Generalstabs in der Erinnerung unseres Volkes und unserer Nachbarn nur allzu lebendig. Helmut Schmidt fordert, alle Bereiche der Bundeswehr den Grundsätzen der militärischen Führung und ihrer atomaren Vorwärtsstrategie zu unterordnen und in allen Führungsstäben das Personal vor allem für das Arbeitsgebiet der operativen Planung zu vermehren — „wenn die NATO mal nicht funktioniert“! So also will der sozialdemokratische Anwärter auf die Nachfolge von Strauß und Hassel, die von äußerster Aggressivität geprägten Ziele der Revanchepolitik auch gegen Bedenken der NATO-Partner durchsetzen.

Über Godesberg geht der Karlsruher

Parteitag auch insofern hinaus, als dort noch die öffentliche Kontrolle der marktbeherrschenden Unternehmen und als eines der Mittel dazu die Überführung in Gemeineigentum gefordert wird. Nun erklärt Erler: „Wir denken nicht an Verstaatlichungsmaßnahmen. Wir sind für die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.“ Damit stellt sich die Führungsgruppe um Wehner und Erler direkt in Gegensatz zu den Gewerkschaften, die die Interessen von Dreiviertel der westdeutschen Bevölkerung vertreten. Damit fallen sie den Bergarbeitern in den Rücken, die im schweren Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze stehen.

Mit der Zustimmung zur multilateralen Atomrüstung, mit dem Eintreten für die uneingeschränkte Macht der Monopole und damit auch für ihre rücksichtslose Profitmacherei werden alle Erklärungen unreal und unglaubwürdig, die die SPD für die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben abgibt. Wehner hat angesichts der mit der MLF auf die Bevölkerung zukommenden Lasten von mindestens 10 Milliarden DM erklärt: „Wir sind doch keine Spießbürger, wir wissen doch, daß das Geld kostet.“ Woher

aber soll denn das Geld genommen werden um die Gemeinschaftsaufgaben zu finanzieren? Woher soll der soziale und kulturelle Fortschritt kommen, wenn der Ungeist des Militarismus und der Profitmacherei alles beherrscht? **Sozialen und kulturellen Fortschritt gibt es nur, wenn sich die Arbeiterklasse, wenn sich die Werktätigen von den erdrückenden Rüstungslasten freimachen, den Einfluß der Milliardäre und Militaristen zurückdrängen und sich selbst mehr und mehr in das politische Geschehen wirksam einschalten.**

Viele Arbeiter, auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter fragen: Wieso war es möglich, daß die Wehner-Erler-Gruppe die fortschrittlichen Anträge der Parteiorganisationen unter den Tisch fegte und ihre Konzeption durchsetzen konnte? Die Parteiführer der SPD, denen es in Karlsruhe um die Festlegung ihrer Partei auf eine mit den Interessen des Volkes unvereinbare Politik ging, konnten dafür

Tiefe Widersprüche auf dem Parteitag sichtbar

Mit der irreführenden Losung, im Interesse des Wahlerfolgs bei den Bundestagswahlen müßten Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze zurückgestellt werden, wurde die freie Aussprache und die notwendige Klärung weitgehend unterbunden. Umso bedeutsamer ist es, daß es den Regisseuren des Karlsruher Parteitags dennoch nicht gelungen ist, den tiefen Widerspruch zwischen ihrer Politik und den Interessen der Arbeiter der Bauern, der Geistesschaffenden voll auf zu überdecken. Auf dem Parteitag selbst wurde dieser Widerspruch sichtbar in den Auseinandersetzungen über die MLF über die Verjährung von Naziverbrechen und zur Haltung in den Fragen der Mitbestimmung. Mit der Entscheidung der Mehrheit des Parteitages zugunsten einer erweiterten Mitbestimmung erlitt Wehner eine Niederlage. Sie zeigt das Unbehagen vieler sozialdemokratischer Mitglieder mit dem Kurs von Wehner und Erler.

Die rechte Führungsgruppe versuchte ihren Kurs dadurch zu rechtfertigen, daß sie die Wahlerfolge der SPD bei den jüngsten Kommunalwahlen als Ergebnis ihrer Linie von Go-

keinen demokratischen Parteitag gebrauchen, auf dem durch Delegierte, die entsprechend dem Willen der Parteimitgliedschaft zusammengesetzt sind, frei und offen über den künftigen Weg der SPD diskutiert und entschieden worden wäre.

Aber es wäre zu einfach, alles mit der Regie auf diesem Parteitag zu erklären. Die entscheidende Ursache liegt unseres Erachtens darin, daß die Massen der Sozialdemokraten weit entfernt sind von der klassenmäßigen Betrachtung der nationalen Frage und noch stark befangen sind von der jahrzehntelangen ideologischen Wirksamkeit des Chauvinismus und des Antikommunismus. Sie sind noch ideologisch verstrickt in Begriffe, wie „Sozialpartnerschaft“, sie erkennen nicht den Klassencharakter des westdeutschen Staates und verstehen darum auch nicht, wie verhängnisvoll die Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU/CSU ist.

desberg und ihrer Politik der „Gemeinsamkeit“ mit der CDU/CSU darstellte. In Wahrheit aber verdankt die SPD ihre Wahlerfolge vor allem der Enttäuschung der Wähler über die CDU und ihrer Hoffnung, daß die SPD ihre Interessen besser vertreten würde.

Mit den Beschlüssen von Karlsruhe hat die SPD ihre besten Trümpfe für den Bundestagswahlkampf aus der Hand gegeben Angesichts des sinkenden Masseneinflusses der CDU/CSU bestand doch die stärkste Chance der SPD darin, der bankrotten Erhard-Politik eine klare Alternative entgegenzustellen. Stattdessen trieben Wehner und Erler ihre Politik der „Gemeinsamkeit“ bis zur Zustimmung zu den im Volk so unpopulären Maßnahmen der Atomrüstung und der Notstandsgesetzgebung. Damit wird es den Wählern im Wahljahr geradezu unmöglich gemacht, in den Grundfragen einen Unterschied zwischen der Haltung der Regierungsparteien und der rechten Führer der SPD zu finden.

Das scheint auch Brandt zu empfinden. Darum versuchte er in seiner Rede Punkte zu finden, in denen sich die SPD von der CDU/CSU unter-

scheide. Aber diese Überlegungen, die positiven Erfahrungen des Passierscheinabkommens, geraten sofort in Widerspruch mit der Zustimmung zu der MLF und zu den Notstandsgesetzen, die jede Hoffnung auf eine Politik der Vernunft und der Annäherung zunichte macht

Zweifellos ist der SPD auch der erfolgreiche Abschluß des Passierscheinabkommens zugute gekommen. Denn in den Augen der Bevölkerung ist das Passierscheinabkommen eine Widerlegung der Bonner Behauptung, man könne mit der Regierung der DDR nicht verhandeln. Gerade mit eigenen Initiativen im Sinne der Entspannung, mit der Anbahnung eines neuen Verhältnisses würde die SPD gegenüber der festgefahrenen und aussichtslosen Haltung der CDU/CSU eine politische Alternative von großer Anziehungs-

kraft auf die Wähler, von großer Bedeutung für die Zukunft des ganzen Volkes entwickeln.

Das spüren auch die mit den Massen verbundenen sozialdemokratischen Funktionäre. Während Wehner und Erler gerade in der Deutschlandfrage weiter auf den unhaltbaren Positionen des Revanchismus, der Nichtanerkennung der DDR und ihrer gewaltsamen Beseitigung verharren, findet sich in Anträgen der Parteiorganisationen zum Karlsruher Parteitag die Forderung nach „realisierbaren Vorschlägen“ für die Versachlichung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, „auf deren Grundlage in neuen Verhandlungen der kulturelle, wissenschaftliche, wirtschaftliche und sportliche Austausch sowie die menschlichen Kontakte gefördert und erweitert werden können“.

Das schwedische Beispiel für Entwicklung einer selbständigen Politik der SPD

Im Zusammenhang mit dem Karlsruher Parteitag hat sich bestätigt, daß es bei aller demonstrativen Betonung der Einheit nach außen offenbar verschiedene Standpunkte in wesentlichen politischen Fragen bis in die Führung der SPD und auch innerhalb ihrer Regierungsmannschaft gibt. Willi Brandt hat vor, auf und nach dem Parteitag die Politik des „Wandels durch Annäherung“ propagiert, während Wehner in seinem Interview mit der „Welt der Arbeit“ diese Politik mit der Begründung angegriffen hat, sie müsse zum Neutralismus, also zur Aufgabe der Aggressionspolitik und zur militärischen Neutralität führen. Wehner bezog damit auch in dieser Frage einen Standpunkt, der mit dem der Scharfmacher in der CDU/CSU übereinstimmt.

Auf dem Parteitag in Karlsruhe schilderte Ministerpräsident Erlander unter großem Beifall der Delegierten, wie in Schweden soziale Verbesserun-

gen für die Bevölkerung erreicht worden sind. Man sagt, daß Willi Brandt aus seinem persönlichen Erleben in Skandinavien dem schwedischen Beispiel anhänge. Das schwedische Beispiel könnte für die Entwicklung einer selbständigen Politik der SPD in der Tat von Nutzen sein. Die sozialen Errungenschaften der schwedischen Werktätigen waren nur möglich, weil Schweden seit Jahrzehnten eine Neutralitätspolitik durchführt. Schweden hat sich geweigert, der NATO beizutreten. Es lehnt die atomare Aufrüstung in jeder Form ab und tritt für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Nord- und Mitteleuropa ein. Die jüngsten Fortschritte, zum Beispiel in der schwedischen Sozialgesetzgebung, konnten nur durch das gemeinsame außerparlamentarische und parlamentarische Vorgehen von Sozialdemokraten und Kommunisten gegen den Widerstand der Reaktion durchgesetzt werden.

Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten stärkt Alternative zur CDU-Politik

Wir sehen unsere Aufgabe darin, all den sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, die darauf drängen, daß die SPD sich aus der Politik der Gemeinsamkeit mit der

CDU/CSU löst. So ist auch der Zwiespalt zu beseitigen, in den sie gegenüber den Beschlüssen der Gewerkschaften geraten ist. Das würde dem Wunsch all der sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger entsprechen,

die die CDU/CSU schlagen wollen. Damit würde auch die Überlegung vieler sozialdemokratischer Funktionäre beantwortet, daß man zugleich wissen müsse, was man dann mit der Regierungsgewalt anfangen wolle. Die Sozialdemokraten haben durchaus recht, die erklären: **Die CDU/CSU zu schlagen, erfordert eine eigene selbständige sozialdemokratische Politik zu entwickeln.**

In der Herstellung der Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Genossen bleiben auch nach dem Karlsruher Parteitag die positiven Anträge der sozialdemokratischen Parteiorganisationen von hervorragender Bedeutung. Das gilt um so mehr, da es sich bei den Antragstellern um so starke sozialdemokratische Parteiorganisationen aus bedeutenden Industriezentren handelt, wie München, Nürnberg, Düsseldorf, Frankfurt, Mülheim, Bremen und andere.

Es ist für die weitere Entwicklung unserer Politik der Aktionseinheit bedeutsam, daß die weitestgehenden positiven Anträge aus Gebieten kommen, in denen auf gewerkschaftlicher Ebene starke Aktivitäten in sozialen und politischen Fragen wirksam sind. Gerade in diesen Orten gab es die stärkste Beteiligung sozialdemokratischer Mitglieder und Funktionäre an den Aktionen des Ostermarsches und an den Antikriegskundgebungen am 1. September.

Die Anträge der Parteiorganisationen zeigen, daß zwischen unseren Auffassungen und dem Wollen dieser großen sozialdemokratischen Parteiorganisationen eine weitgehende Übereinstimmung besteht, so daß sowohl von

den Interessen, wie von den Auffassungen her die Möglichkeit des gemeinsamen Vorgehens für den Frieden, die Sicherung der Demokratie und des sozialen Fortschritts gegeben ist. **Diese Zusammenarbeit zu entwickeln, das ist jetzt die vordringliche politische Aufgabe. Jedes Kommunisten, jeder Parteiorganisation, jeder Leitung der KPD. Davon hängt es ab, daß die Alternative zur Politik der CDU/CSU verwirklicht wird.**

Die Anträge aus den Parteiorganisationen der SPD, die mit wichtigen Gewerkschaftsbeschlüssen und Forderungen der Ostermarschbewegung, mit den sozialen und demokratischen Zielen großer Organisationen der Werktätigen übereinstimmen, sind eine Grundlage, auf der wir uns über gleichgerichtete und gemeinsame Aktionen verständigen können.

Die Verständigung und das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten, von sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen befähigen die Arbeiterklasse, der Politik der Monopole wirksam entgegenzutreten und die Niederlage ihrer Partei, der CDU/CSU, vorzubereiten und zu sichern. Nur so sind die Hindernisse zu beseitigen, die durch die Politik der Milliardäre und Militaristen zwischen den beiden deutschen Staaten errichtet worden sind. Darum haben die von Walter Ulbricht unterbreiteten Vorschläge für einen Verständigungsfrieden zwischen SPD und SED, für die Verständigung von SPD, SED und KPD, von FDGB und DGB, eine so überragende Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, für die Lösung der Grundfragen unserer Nation.

IV.

Im Wahlkampf Aktionseinheit der Arbeiterklasse und Bündnis aller antimonopolistischen Volkskräfte stärken

Genossinnen und Genossen!

Wir müssen den Wahlkampf so führen, daß er uns weiterhilft bei der Verwirklichung unserer Generallinie, bei der Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Bündnisses aller antimonopolistischen Volkskräfte. Die CDU/CSU zu schlagen er-

fordert, breite Massen, die bisher unter Mißbrauch der christlichen Religion und mit Hilfe nationaler und sozialer Demagogie von ihr irreführt wurden, von dieser Partei des Monopolkapitals zu lösen und ihnen zu zeigen, daß ihre wahren Interessen in unlöslichem Widerspruch stehen zu

der Politik der Monopole und ihrer Erhard-Regierung.

Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse schließt die Gewinnung der christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf um die sozialen Interessen, für Frieden und Demokratie ein. In den sozialen Auseinandersetzungen stehen sie, wie jetzt die Aktionen an der Ruhr erneut beweisen, an der Seite ihrer Klassen-genossen.

Auch am Ostermarsch, an den antis-faschistischen Aktionen der Jugend und am deutschen Gespräch beteiligten sich neben den organisierten Gruppen der Arbeiterjugend auch Gruppen der katholischen und evangelischen Jugendorganisationen. Auch die Sozial-ausschüsse, von der CDU/CSU ge-schaffen, um ihren Einfluß auf die christlichen Arbeiter zu verbreitern, werden vielfach zu Stätten des Pro- testes gegen die monopolhörige Politik der CDU/CSU-Führung. In den Sozial- ausschüssen werden richtige Forde- rungen der Arbeiter aufgestellt und vielfach gewerkschaftliche Beschlüsse unterstützt.

Das zeigt die großen Möglichkeiten, die christlichen Arbeiter in die ge- meinsamen Kämpfe gegen die sozial- reaktionäre und verhängnisvolle Po- litik der Erhard-Regierung einzube- ziehen und sie auch bei den Wahlen

Das reaktionäre Agrarprogramm der Regierung Erhard durchkreuzen

Viele Bauern sind über die Senkung des Erzeugerpreises für Getreide beunruhigt. Die von der Re- gierung Erhard versprochenen Ent- schädigungsgelder für Einnahme- verluste, die den Bauern entstehen, sind kein voller Ersatz für die Ver- luste. Es sind „Beruhigungsgelder“, mit denen die CDU/CSU bei den Bun- destagswahlen die bäuerlichen Stim- men fangen will. Hinzu kommt, daß dabei kapitalistische Agrarbetriebe be- vorzugt, die Klein- und Mittelbauern aber benachteiligt werden sollen.

Nach wie vor lautet das Agrar- programm der Regierung Erhard: Eine weitere Million Bauern soll zum Wohle der Monopole und des kapitalistischen Agrarbesitzes von ihrem Grund und Boden vertrieben werden. Die Arbei- terklasse kann sich niemals mit einer

zur Abkehr von der CDU/CSU zu ver- anlassen.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei den anderen werktätigen Schichten des Volkes, bei großen Tei- len der Bauernschaft, der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die bis- her in hohem Maße das Wahlvolk der CDU/CSU gestellt haben. Die in den Mittelsstandsverbänden organisierten städtischen Mittelschichten protestie- ren gegen die Konzentrationsför- dernde, mittelstandsfeindliche Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bonner Regierung. Unter ihnen wächst die Besorgnis, daß ihnen mit den so- genannten Sicherstellungsgesetzen, die zum Notstandspaket gehören, die Roh- stoffe, die Arbeitskräfte und die Ver- fügung über ihr Eigentum und über ihre Produktionsmittel zugunsten der Rüstungsindustrie entzogen werden und sie selbst, wie unter Hitler, als Arbeitskräfte dienstverpflichtet wer- den.

Die Bauernschaft ist einem immer stärkeren Druck der Monopole ausge- setzt. Allein im letzten Jahr mußten rund 50 000 Bauern ihren Hof auf- geben. Bei fast gleichbleibenden Er- zeugerpreisen für die Bauern erhö- hen die Monopole die Preise für die Betriebsmittel, die die Bauern benö- tigen, und die Lebensmittelpreise der Verbraucher.

Politik, durch die ihr nächster Bundes- genosse ruiniert wird, die die Versor- gung der Bevölkerung mit landwirt- schaftlichen Produkten aus dem eigen- en Land in Frage stellt und den in- und ausländischen Monopolen die Möglichkeit gibt, noch mehr als bisher die Lebensmittelpreise zu diktieren, einverstanden erklären.

Der antinationalen EWG-Politik der Monopole und der Agrarpolitik ihrer Regierung Erhard setzt unsere Partei das Bündnis der Arbeiter und Bauern, eine nationale Agrarpolitik entgegen, die den Interessen der Arbeiter und Bauern, der Masse der Bevölkerung gegen die Macht- und Profitinteressen der Monopole Rechnung trägt. Unsere Agrarpolitik ist darauf gerichtet, auf Kosten der Profite der Nahrungs- mittelkonzerne und der Gewinnspan-

nen der Handelskonzerne den Bauern höhere Erzeugerpreise und zugleich den Arbeitern, den Verbrauchern, preiswertere Lebensmittel zu sichern. Die Betriebsmittel, die die Bauern benötigen, sind auf Kosten der Profite der Monopole zu verbilligen. Auf Kosten der Rüstung sind staatliche Mittel für die Förderung und Modernisierung der bäuerlichen Betriebe freizumachen.

Gerade jetzt, wo die Monopole und ihre Regierung Erhard die Anstrengungen verstärken, Arbeiter und

Bauern gegeneinander aufzubringen, kommt es darauf an, in den Gewerkschaften dahin zu wirken, daß die Arbeiterklasse ein richtiges Verhältnis zu den Bauern findet und aus den Gewerkschaften die Solidarität mit der Bauernbewegung, die Unterstützung der bäuerlichen Aktionen entwickelt wird. So wird es gelingen, die Bauern gegen die Lockungen nationalistischer und neofaschistischer Verführer zu wappnen und sie zu festen Verbündeten der Arbeiterklasse im Ringen um Demokratie und sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik zu machen.

V.

Unser Kampf um die demokratische und soziale Umgestaltung der Bundesrepublik

Genossinnen und Genossen!

Die friedliche Zukunft unseres Volkes hängt entscheidend davon ab, wie wir es verstehen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter und ihre Kampfkraft zu heben, sie im Ringen um die demokratische Umgestaltung der Bundesrepublik zum Bewußtsein ihrer geschichtlichen Rolle als Gestalter der sozialistischen Zukunft zu führen. Wir wirken darauf hin, daß sich die Arbeiterklasse im Kampf um ihre nächstliegenden sozialen und politischen Rechte der Tatsache bewußt wird, daß sie ihre Zukunft und die Zukunft des ganzen deutschen Volkes nur sichern kann, wenn sie ihren Blick auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen richtet. Solange Monopolkapital und Militarismus Staat und Gesellschaft beherrschen, sind Friede, Demokratie und soziale Sicherheit nicht gewährleistet. Die Bundesrepublik braucht eine grundlegende Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie braucht sie, damit nicht mehr die 94 Milliarden allein bestimmen. Sie braucht sie, damit die schreienden Ungerechtigkeiten des staatsmonopolkapitalistischen Systems beseitigt werden.

Aber — so fragt man uns — wie kann eine Demokratisierung herbei-

geführt, wie kann die Bundesrepublik zu einem sozialen und demokratischen Friedensstaat umgestaltet werden? Darauf hat unsere Partei auf ihrem Parteitag 1963 und in ihrer Programatischen Erklärung eine vorwärtsweisende Antwort gegeben:

Eine friedliche, demokratische und soziale Ordnung kann nur geschaffen werden, wenn die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten und den demokratischen Kräften des Bürgertums mehr und mehr Einfluß im staatlichen und gesellschaftlichen Leben gewinnt, die Macht des Monopolkapitals und des Militarismus zurückdrängt und überwindet. Nur die Arbeiterklasse als die größte und organisierteste demokratische Kraft kann dabei die Führung übernehmen.

Die Arbeiterklasse kann diese ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie die Aktionsgemeinschaft herstellt. Das gibt auch der Einigung aller demokratischen Kräfte und dem aktiven Volkskampf neue starke Impulse. Jeder Schritt einer solchen demokratischen und fortschrittlichen Veränderung kann nur das Ergebnis kraftvoller Aktionen der Arbeiterklasse und der Massen, einer breiten Volksbewegung sein.

Unsere Vorschläge zur Demokratisierung stützen sich auf das Grundgesetz

Von den Gegnern einer solchen demokratischen Entwicklung wird be-

hauptet, diese unsere Absichten seien mit dem Buchstaben und dem Geist

des Grundgesetzes nicht vereinbar. Darauf antworten wir: Unsere Vorschläge zur Demokratisierung von Staat und Gesellschaft stützen sich auf das Grundgesetz und sind darauf gerichtet, die Kluft zwischen Verfassungswirklichkeit und Verfassung zu beseitigen. Gerade weil wir eine positive und konstruktive Einstellung zum Grundgesetz haben, wenden wir uns gegen die Notstandspraxis der Regierung und jede Aushöhlung der demokratischen Grundrechte. Solche Verfassungsgrundsätze, wie die Friedenspflicht, die Unantastbarkeit der Grundrechte der Staatsbürger, die Forderung nach Schaffung eines sozialen und demokratischen Rechtsstaats, nach Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht müssen endlich beachtet und verwirklicht werden. Um das zu sichern, sollten die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Kampf soziale und demokratische Reformen anstreben

Notwendige Schritte zu einer demokratischen Friedensordnung

Im Interesse der Sicherheit wie der Demokratie ist es notwendig, daß das Selbstbestimmungsrecht und die Volkssouveränität für die Bevölkerung der Bundesrepublik wiederhergestellt werden. Das erfordert die Beseitigung aller das Selbstbestimmungsrecht einengenden Klauseln, die sich die imperialistischen Besatzungsmächte in den Pariser Verträgen angemessen haben. Weitere Schritte zu einer gesicherten Friedensordnung wären die Verminderung und schließlich der Abzug der Besatzungstruppen, der Abschluß eines Friedensvertrages und die Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO und anderen militärischen Vertragssystemen. Das würde die militärische Neutralität ganz Deutschlands ermöglichen und damit dem ganzen deutschen Volk ein Höchstmaß an Sicherheit und nationaler Selbstbestimmung gewähren.

Die notwendige demokratische Aktivität umschließt den außerparlamentarischen und den parlamentarischen Raum. Die Gewerkschaften werden sich im politischen Leben dann Geltung verschaffen, wenn sie vom Stand-

und so auch die Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms verwirklichen.

Die Arbeiterklasse, alle demokratischen Volkskräfte müssen sich klar werden darüber, daß der Militarismus als das wichtigste Machtinstrument des Großkapitals die entscheidende Ursache für die Gefährdung des Friedens und der Sicherheit, der demokratischen und sozialen Rechte ist. Die friedensgefährdende Macht des Militarismus wird noch verstärkt durch die amerikanischen Atomstützpunkte auf unserem Boden, durch eine halbe Million fremder Besatzungstruppen. So stößt jeder Schritt auf dem Wege des sozialen und demokratischen Fortschritts in der Bundesrepublik auf den deutschen und ausländischen Militarismus und Imperialismus. Kein Staat der Welt bedroht das Territorium der Bundesrepublik. Eine Bundeswehr, deren Wehrkonzeption auf der Sicherung der Grenzen der Bundesrepublik basierte, würde von niemandem in der Welt als Bedrohung angesehen werden.

Im Punkt der Arbeiterklasse zu allen politischen Fragen selbständig auftreten und eigene Initiative ergreifen, ihre Auffassungen in die Masse tragen und die Bevölkerung von der Notwendigkeit überzeugen, ihre staatsbürgerlichen Rechte wahrzunehmen und ihrem Willen durch ihre demokratische Aktivität Nachdruck zu verleihen. Auf diesem Wege können die Arbeiter, die demokratischen Kräfte auch eine veränderte Zusammensetzung des Bundestages erreichen, die den Interessen des Volkes Rechnung trägt.

Der Sinn einer parlamentarisch-demokratischen Ordnung kann doch nicht darin liegen, daß der Wähler alle vier Jahre einen Stimmzettel abgibt und daß im übrigen der Wählerwille mißachtet und das Parlament ausgeschaltet und zu einer bloßen Scheinrolle erniedrigt wird. Der Grundsatz der Volkssouveränität gebietet, daß das Volk über seine Lebensfragen selbst entscheidet, daß die Abgeordneten als Beauftragte des Volkes ihren Wählern und daß die Regierung und ihre Minister dem Parlament verantwortlich sind.

Forderungen einer Demokratisierung, die die Arbeiterklasse und ihre Organisationen durchsetzen müssen

Im Interesse einer demokratischen Entwicklung und zur Herstellung bürgerlich-rechtsstaatlicher Normen treten wir dafür ein, daß die im Zeichen des kalten Krieges geschaffenen Blitzgesetze und die politische Gesinnungsjustiz beseitigt werden, die die Regierung als Waffe gegen alle Gegner und Kritiker ihrer Politik ausnutzt. Dabei haben alle jene demokratischen Kräfte recht, die vor allem in jüngster Zeit verstärkt darauf hinweisen, daß die Grundvoraussetzung dafür nur gesichert werden kann, wenn der Antikommunismus als herrschende Staatsdoktrin der Bundesrepublik beseitigt und das Recht der KPD auf ihre legale Tätigkeit wiederhergestellt werden. Denn in der Tat ist das Verbot der KPD zu dem verfassungswidrigen Zweck der Unterdrückung und Diffamierung jeglicher Opposition herbeigeführt und praktiziert worden. Darum haben wir in unserer Erklärung zum 8. Jahrestag dieses Verbots dargelegt, daß seine Aufhebung jetzt zum Prüfstein für jegliche staatsbürgerliche Freiheit, für jegliche demokratische Rechte, für das Funktionieren des parlamentarischen Systems in der Bundesrepublik selbst geworden ist.

Im Interesse einer Demokratisierung sollten sich die Arbeiterklasse und ihre Organisationen für folgende Forderungen einsetzen:

- **Wahrung der Grundrechte der Staatsbürger, Abwehr jeden Versuchs, sie durch Notstandsgesetze und Notstandspraktiken zu beseitigen;**

Erweiterung der Demokratie auch auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet.

- **Volle Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte von Bundestag, Landes- und Gemeindeparlamenten.**

- **Die Rechte der Länder und die demokratische Selbstverwaltung der Gemeinden sind auszubauen und durch eine Finanzreform, die die Staatseinnahmen zu je einem Drittel auf Bund, Land und Gemeinde verteilt, finanziell zu garantieren.**
- **Abschaffung aller dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung widersprechenden Wahlbestimmungen, wie der 5-Prozent-Klausel und Einführung des Verhältniswahlrechts.**
- **Beseitigung des monopolkapitalistischen Einflusses auf Parteien und Parlament durch das Verbot aller Lobbies der Unternehmensverbände und Konzerne, durch Offenlegung der Finanzquellen und Beseitigung der Machtkonzentration im Pressewesen.**
- **Mitbestimmung der Gewerkschaften und der demokratischen Öffentlichkeit bei der Kontrolle und Leitung von Funk und Fernsehen. Durchführung einer demokratischen Schulreform.**

Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften müssen sich klar darüber sein, daß die Demokratisierung der Bundesrepublik grundlegende soziale und wirtschaftliche Reformen erfordert. Denn ohne demokratische Rechte der Arbeiterklasse im Betrieb und in der Wirtschaft, ohne Einschränkung der wirtschaftlichen Macht der Monopole kann die politische Demokratie nicht gesichert sein. Mit Recht stellen die Gewerkschaften fest, daß die restaurative Entwicklung in der Bundesrepublik vor allem in der Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse begründet ist. Die Macht der 100 Milliardäre und Multimillionäre, der Herren der Konzerne, ist eine Verletzung der Verfassung, die den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verbietet.

Mitbestimmung schränkt Monopolmacht ein

Ein entscheidendes Mittel, die Macht der Konzerne einzuschränken, sehen wir in dem Kampf um das volle Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Angestellten und ihrer Gewerkschaft-

ten in Betrieb und Wirtschaft. Die gegenwärtige Form der Mitbestimmung in der Montanindustrie und anderen Industriezweigen ist nicht ausreichend, die Rechte der Arbeiter und ihren

Einfluß auf die Entscheidung im Betrieb und im wirtschaftlichen Leben zu gewährleisten. Sonst wären die ausschließlich vom Profitinteresse der Kohle- und Ölmagnaten diktierten Zechenstilllegungen nicht möglich. Um zu Erfolgen in der Mitbestimmung zu kommen, dürfen sich die Arbeiter und ihre Gewerkschaften nicht länger damit begnügen, nur die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht zu erheben. Es ist an der Zeit, auf der Grundlage der Forderungen des DGB und der IG Metall praktische Maßnahmen zu ergreifen. Dabei kommt es in jedem Betrieb auf die Geschlossenheit und die Kampfbereitschaft der Belegschaften, auf die Stärkung der gewerkschaftlichen Positionen, vor allem durch die Aktivität des gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpers, an. Hier müssen dem Monopolkapital Zugeständnisse abgezwungen werden, die dann auf der Ebene der Industriegewerkschaften ihre Verankerung in den Manteltarifen finden. Damit wird das politische Gewicht der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften erhöht. Das wird sich im gesamten gesellschaftlichen Leben, auch auf parlamentarischer Ebene, auswirken und gesetzliche Festlegungen im Interesse der Mitbestimmung ermöglichen.

Die gewerkschaftliche Haltung zum Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz ist gegenwärtig von der Notwendigkeit bestimmt, die dort bestehenden Möglichkeiten voll auszuerschöpfen und alle Arbeiterrechte gegen die Drohung der Notstandsgesetze zu

verteidigen. Im Kampf um echte Mitbestimmung gilt es, die Bestimmungen zu beseitigen, die die Vertreter der Belegschaften und der Gewerkschaften auf eine Politik der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern festlegen und die gewerkschaftliche Tätigkeit im Betrieb behindern. Dabei sind gesetzliche Regelungen anzustreben, um die volle Betätigungsfreiheit der Gewerkschaften im Betrieb zu sichern und den Kündigungsschutz für Betriebsräte auf die gewerkschaftlichen Vertrauensleute auszudehnen.

Die Belegschaftsvertreter in den Aufsichtsräten und die Betriebsräte müssen den Belegschaften und der Gewerkschaft rechenschaftspflichtig sein. Damit ist ihre derzeitige Schweigepflicht unvereinbar. Die Offenlegung der Bilanzen und des Geschäftsgebarens der Konzerne und Großbanken würde den Werktätigen ein klares Bild von dem wahren Verhältnis zwischen Profiten und Löhnen, von der Macht der Konzerne und dem Mißbrauch dieser Macht verschaffen. Im Interesse der Einschränkung der Macht der Monopole hat unsere Partei bereits auf dem Parteitag 1963 vorgeschlagen, daß Betriebsräte und gewerkschaftliche Körperschaften in allen Fragen der Produktion, in Lohn- und Arbeitszeitfragen, Personalangelegenheiten, in Sozial- und den Urlaubsfragen sowie bei der Festlegung der Investitionen und Beteiligungen, der Dividenden und Abschreibungen das volle Mitbestimmungsrecht erhalten.

Millionäre sollen zahlen!

Der dominierende Einfluß der großkapitalistischen Interessengruppen auf die Staats- und Wirtschaftspolitik bewirkt, daß sie über den öffentlichen Haushalt 40 Prozent des Nationaleinkommens zu ihren Gunsten umverteilen. Eine radikale Veränderung des Steuersystems und der Finanzpolitik ist notwendig, um die ungerechtfertigte steuerliche Belastung der Werktätigen zugunsten der Monopole zu beseitigen und die notwendigen Maßnahmen auf dem Gebiet des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, des Wohnungsbaus und der Verkehrsplanung zu finanzieren.

Dafür schlägt die KPD vor:

1. Senkung der Lohnsteuer und der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen;
Herabsetzung der indirekten Steuern;
Reform der Umsatzsteuer und Verhinderung der Mehrwertsteuer, die zu weiteren Steuererhöhungen, Tarif- und Preissteigerungen führt;
Herabsetzung der gegenwärtigen Umsatzsteuer in Höhe von 4 Prozent auf einen Satz von 2,5 Prozent, der für jede Ware nur einmal erhoben wird;

Beseitigung der Körperschaftssteuer für kommunale und andere öffentliche Unternehmen.

2. **Beseitigung der Steuervorrechte für Konzerne und Großunternehmen;**

Erhöhung der Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer bei den höchsten Einkommens- und Vermögensgruppen;

Einführung einer Kapitalzuwachssteuer.

Für die Nationalisierung der Schlüsselindustrien und Großbanken

Die Lobredner des staatsmonopolistischen Kapitalismus und rechte sozialdemokratische Führer suchen das werktätige Volk vom Kampf für die Nationalisierung abzuschrecken, indem sie behaupten, damit würde eine staatliche Zwangswirtschaft eingeführt und der Kampf der Arbeiter um soziale Verbesserungen erschwert, weil ihnen und den Gewerkschaften ein übermächtiger Partner entgegentröte. Heute steht den Arbeitern in den Konzernen und Staatsbetrieben der staatsmonopolistische Kapitalismus gegenüber, das heißt, die vereinigte Macht der Monopole, die sich des Staates als ihres Werkzeuges bedienen. Die Nationalisierung eines solchen Konzerns wie der IG Farben würde es ermöglichen, die Preise zahlreicher Massenbedarfsgüter, wie Kunststoffe, Arzneimittel und Kunststoffe zu senken.

Wir wollen die Nationalisierung, um die Macht der Monopole einzuschränken, damit die Reichtümer der Nation und nicht einer privilegierten Minderheit dienen. Das erfordert, daß die Konzernvertreter aus ihren beherrschenden Stellungen in den Vorständen und Aufsichtsräten der Betriebe der öffentlichen Hand entfernt und eine demokratische Kontrolle und Verwaltung unter maßgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaften, der Parlamentsvertretungen und anderer demokratischer Organisationen gesichert werden. Deshalb sollten die Gewerkschaften die Forderung erheben, daß die staatlichen Betriebe in der Durchsetzung des vollen Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften vorangehen. Sie sollten sich dafür einsetzen, daß die staatlichen Betriebe nicht länger den Großunternehmen billige Tarife gewähren, sondern stattdessen die Fahrpreise, die Strom- und Gaspreise für das Volk gesenkt werden. Durch eine vorbildliche Gestal-

tung der Arbeitsbedingungen, der Löhne und Sozialeinrichtungen sollten diese Betriebe zum lebendigen Beweis dafür werden, was eine unter demokratischer Kontrolle stehende Wirtschaft für den arbeitenden Menschen leistet. Das würde auch dem Kampf für die Nationalisierung der großkapitalistischen Monopole insgesamt einen starken Auftrieb geben.

Wir teilen die Auffassung vieler Arbeiter, daß die Gewerkschaften entsprechend den Forderungen ihres Grundsatzprogramms einen konkreten Plan zur Nationalisierung der großen Konzerne der Rüstungsindustrie und der Atomwirtschaft, des Steinkohlenbergbaus, der entscheidenden Energieträger sowie der Großbanken ausarbeiten und die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf für diesen Plan aufrufen sollten.

Was eine Entschädigung betrifft, so geht unsere Partei hierbei von dem Standpunkt aus, den sie bereits auf der Parteidelegiertenkonferenz 1960 entwickelt hat. Unserer Meinung nach sollte eine Nationalisierung oder Überführung in öffentliches Eigentum — entsprechend dem Grundgesetz — eine Entschädigung der Eigentümer vorsehen. Bei der gesetzlichen Festlegung der Höhe sind wir in jedem Fall für die volle Entschädigung der kleinen und mittleren Aktionäre.

Im Zusammenhang mit demokratischen Nationalisierungsmaßnahmen würden auch die gewerkschaftlichen Vorschläge für ein Nationalbudget und eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, für eine planvolle Lenkung der Investitionen und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse der nationalen Volkswirtschaft positive Bedeutung erlangen. Gegenwärtig nimmt der Staat durch zahlreiche Maßnahmen Einfluß auf das Wirtschaftsleben. Aber diese Einwir-

kung erfolgt ausschließlich im Interesse der großkapitalistischen Konzerne. Demokratische Planungsmaßnahmen setzen die maßgebliche Teilnahme der Gewerkschaften, der Be-

triebsräte und anderer Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit in den staatlichen Wirtschaftsorganen und in der gesamten staatlichen Wirtschaftspolitik voraus.

Technische Revolution fordert wirtschaftliche Reformen

Solche sozialen und wirtschaftlichen Reformen sind in unserer Zeit der wissenschaftlich-technischen Revolution lebensnotwendig. Atomenergie, Automation, Chemisierung und Kybernetik mit allen ihren umwälzenden Folgen auf sozialem Gebiet drohen unter der Herrschaft des Monopolkapitals zum Fluch des arbeitenden Menschen zu werden. Die wissenschaftlich-technische Revolution setzt zwingend die Großproduktion voraus.

In der Bundesrepublik werden gegenwärtig durch Automation und andere Rationalisierungsmaßnahmen jährlich bereits eineinhalb Millionen Arbeitskräfte freigesetzt. Obwohl sie gegenwärtig noch andere Beschäftigung finden, ist die Umsetzung vielfach mit einer Minderung des Einkommens und der sozialen Stellung verbunden.

Angesichts dieser Folgen der monopolkapitalistischen Anwendung der modernen Technik brauchen die Gewerkschaften in ihrem Aktionsprogramm Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Werktätigen. Sie sollten von den aktuellen Aufgaben ausgehen, wie Sicherung des Arbeitsplatzes; Verhinderung der technologisch verursachten Arbeitslosigkeit, deren Gefahren sich in der Textilindustrie, in den Betrieben der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, bei den Büroangestellten bereits abzeichnen; Schutz der Arbeiter vor Dequalifikation bei der Umsetzung im Betrieb und beim Wechsel des Arbeitsplatzes; Verminderung der Arbeitszeit; Qualifizierung der Jugend, damit sie den zukünftigen betrieblichen und gesellschaftlichen Anforderungen gewachsen ist.

Der Kapitalismus ist nicht imstande, die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu lösen. Die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel, die gesamtnationale Planung und Leitung der entscheidenden Produktionszweige ist zum zwingenden Be-

dürfnis der gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Nur der Sozialismus kann letzten Endes die gewaltigen Kräfte und Möglichkeiten der modernen Wissenschaft und Technik aus einem Fluch in einen Segen für den arbeitenden Menschen verwandeln.

So konnte das 5. Plenum des ZK der SED die Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution im Gesamtzusammenhang der Probleme des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der DDR behandeln und die Wege weisen, wie sie in Übereinstimmung der gesellschaftlichen und der persönlichen Interessen zu lösen sind. In der DDR ist der Mensch nicht Sklave der Technik und Anhängsel der Maschine, sondern ihr Beherrscher. Hier wird die Jugend mit der Entwicklung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems befähigt, ihrer Rolle als Erbauer des Sozialismus und Kommunismus gerecht zu werden, alle ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entfalten, sich zum Meister der Technik und der Wissenschaft von morgen heranzubilden. Hier bestimmen die Gewerkschaften bei allen Entscheidungen in Betrieb und Wirtschaft mit und tragen so ihren Teil dazu bei, daß jeder Arbeiter mit denkt, mit plant, mit regiert. Hier ist die Anwendung der modernen Technik verbunden mit der umfassenden Ausbildung der sozialistischen Demokratie, mit dem ständigen Fortschritt in der Hebung des Lebensstandards, in der Entfaltung des geistigen und kulturellen Lebens einer gebildeten sozialistischen Nation.

Auch die Arbeiterklasse und das werktätige Volk der Bundesrepublik werden sich durch ihre eigenen Erfahrungen im Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Monopolkapital und nicht zuletzt durch das Beispiel und die wachsenden Erfolge des Sozialismus in der DDR von der historischen Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung überzeugen.

Sozialdemokratische Genossen, parteilose und christliche Gewerkschafter stellen uns die Frage: Wie stellt Ihr Kommunisten Euch den Weg der Bundesrepublik zum Sozialismus vor? In unserer Programmatischen Erklärung haben wir darauf bereits geantwortet, daß die KPD für den friedlichen Weg der sozialistischen Umwälzung eintritt. Die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft, auf welchem Wege sie auch erfolgen mag, stellt in jedem Falle eine grundlegende, radikale Veränderung der Gesellschaftsordnung, eine Revolution, dar. Eine notwendige Voraussetzung jeder sozialistischen Umwälzung ist die Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen werktätigen Schichten. Lenin hat wiederholt betont, daß es keine starre Mauer gibt zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung. Es wird vor allem von der Kraft, der Breite, der Organisiertheit und Bewußtheit der von der Arbeiterklasse geführten antimonopolistischen Volksbewegung, von einer machtvollen Entfaltung des Klassen- und Volkskampfes mit außerparlamentarischen wie mit parlamentarischen Mitteln abhängen, in welchem Maße es gelingt, günstige Bedingungen für einen friedlichen und möglichst schmerzlosen Übergang zum Sozialismus in der Bundesrepublik herbeizuführen.

Je enger die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, je fester die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in der antimonopolistischen Front sein wird, desto größer werden die Möglichkeiten, um die Monopolkapitalisten so zu isolieren, daß sie ihren Gewaltapparat nicht mehr einsetzen können, desto günstiger werden auch die Voraussetzungen, um den von uns erstrebten friedlichen Weg der sozialistischen Umwälzung zu beschreiten. Die Möglichkeiten dafür wachsen mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus in der Welt und in Deutschland.

Die geschichtlichen Erfahrungen zeigen uns aber auch, daß die herrschenden Klassen nicht kampfflos abtreten, so daß die Härte des Klassen-

kampfes nicht so sehr von der Arbeiterklasse wie vom Widerstand und der Gewaltanwendung der reaktionären Kreise gegen das Volk abhängt. Die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Schichten der Bundesrepublik müssen sich in jedem Fall darüber klar sein, daß ihnen im westdeutschen und ausländischen Monopolkapital ein erfahrener und hochorganisierter Gegner gegenübersteht. So kann die demokratische Umgestaltung ebenso wie die sozialistische Umwälzung nur im schweren, harten Kampf errungen werden.

Für die Überwindung der Macht des Militarismus und des Monopolkapitals, für eine friedliche und demokratische Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik und erst recht für den Kampf um den Sozialismus ist die Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, die Zusammenarbeit von SPD, KPD und Gewerkschaften notwendig.

Auf die Frage sozialdemokratischer Genossen, ob auch in der Bundesrepublik die organisatorische Vereinigung der beiden Arbeiterparteien Vorbedingung für den Übergang zum Sozialismus ist, antworten wir: Die Entwicklung in der Bundesrepublik geht unter anderen geschichtlichen Bedingungen vor sich, als sie nach 1945 im Osten Deutschlands gegeben waren. Die beiden Arbeiterparteien können, auch wenn sie organisatorisch selbständig vorgehen, in engem kameradschaftlichen Zusammenwirken und im Bündnis mit anderen antimonopolistischen Parteien und Organisationen gemeinsam für eine sozialistische Umwälzung kämpfen und gemeinsam die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen.

Die gegnerische Propaganda stellt die Sache so dar, als würden die Kommunisten im Sozialismus grundsätzlich nur eine Partei dulden. Das stimmt nicht, denn bekanntlich existiert in der DDR und in einer Reihe anderer sozialistischer Länder ein Mehrparteiensystem, in dem die Partei der Arbeiterklasse mit Parteien anderer werktätiger Schichten vertrauensvoll zusammenarbeitet. Wir

sind der Auffassung, daß alle nicht-monopolistischen Volksschichten und ihre politischen und gesellschaftlichen Vertretungen auf der Grundlage ihrer übereinstimmenden Interessen gegen das Monopolkapital, für den Übergang zum Sozialismus und beim Aufbau des Sozialismus als die ihren gemeinsamen Interessen entsprechende Gesellschaftsordnung zusammenarbeiten können.

Angesichts der Tatsache, daß die gesamte Entwicklung zum Sozialismus drängt und die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus zunimmt, ist auch die Möglichkeit gegeben, daß dieser Übergang bei gleichzeitigem Fortbestehen oppositioneller

Kräfte und Parteien erfolgt. Getragen von der Arbeiterklasse und den breiten Massen des Volkes, wird die sozialistische Macht ihre Errungenschaften entschieden gegen konterrevolutionäre Anschläge schützen. Das erfordert aber nicht das Verbot und die Unterdrückung einer parlamentarischen Opposition, solange diese die Verfassung und die von der Mehrheit der Volksvertreter beschlossenen Gesetze des sozialistischen Staates einhält. Der Sozialismus, das ist die Zukunft unseres Volkes. Der Sozialismus, das ist die Beseitigung der Ursachen des Krieges, der gesicherte Frieden, die endgültige Lösung der nationalen Frage unseres Volkes.

VI.

Unerschütterlich im Vertrauen zur KPdSU

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Entscheidung des ZK der KPdSU, dem Ersuchen des Genossen Chruschtschow auf Funktionsentbindung zu entsprechen, hat die Mitglieder unserer Partei und darüber hinaus breite Teile der Öffentlichkeit bewegt. Das ist verständlich und konnte auch nicht anders sein. Inzwischen sind die Fragen, die mit dem einmütig gefaßten Beschluß des ZK der KPdSU aufgekommen sind, in der Partei und auch in der Öffentlichkeit klarer geworden. Das ist den Leitungen und all den Genossen unserer Partei zu danken, die in einer für uns alle schwierigen Situation von ihrem unerschütterlichen Vertrauen zur KPdSU keinen Schritt abgingen, die sich der Flut der Spekulationen und Falschmeldungen entschlossen entgegenstellten und auf der Grundlage der Erklärung des Politbüros unserer Partei und der verschiedenen „Prawda“-Artikel die Wahrheit über die Politik der KPdSU und der Sowjetunion ins Volk trugen.

Wir verstehen die Sorgen und Gefühle der Genossen, die zunächst keine Erklärung für die getroffene Entscheidung des Zentralkomitees der KPdSU wußten. Darum haben wir in unserer Stellungnahme darauf hingewiesen, daß sich Genosse Chruschtschow in der Ausarbeitung und Durchführung der Politik des XX., XXI. und XXII. Par-

teitags Verdienste erworben hat, aber infolge seines Alters und seines Gesundheitszustandes der Erfüllung seiner schweren Aufgaben nicht mehr gewachsen ist.

Das ZK der KPdSU hatte diese Entscheidungen in eigenem Ermessen zu treffen. Es hat sich dabei vom Bewußtsein seiner Verantwortung vor der eigenen Partei und dem eigenen Volk sowie vor der internationalen kommunistischen Bewegung leiten lassen. Es hat seinen Beschluß entsprechend den Leninischen Normen des Parteilebens in voller Wahrung der innerparteilichen Demokratie, nach eingehender Diskussion einstimmig gefaßt.

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, sind bestrebt, das Wesen dieser Entscheidung der Arbeiterklasse und der Bevölkerung verständlich zu machen. Das Wesentliche besteht darin, daß die Generallinie, die vom XX., XXI. und XXII. Parteitag kollektiv erarbeitet und beschlossen wurde und sich in den vergangenen Jahren als richtig erwiesen hat, mit noch größeren Anstrengungen, mit noch größerem Erfolg fortgesetzt wird.

Die Rolle der Partei in der Sowjetgesellschaft und beim Aufbau des Kommunismus erhöht sich. Die gesteigerten Anforderungen, die die Lösung der grandiosen und kompli-

zierten Aufgaben des kommunistischen Aufbaus stellt, waren bestimmend auch für die Beschlüsse der letzten ZK-Tagung, durch die die Einheitlichkeit der Parteiorganisationen und der Staatsorgane gewährleistet wird. Die letzte ZK-Tagung nahm in dieser Richtung bereits Korrekturen zur Verbesserung der Leitung von Industrie und Landwirtschaft vor.

Es zeugt von dem Leninschen Geist des ZK der KPdSU, daß es die Mängel der Arbeit des Genossen Chruschtschow einer Kritik unterzogen und einmütig seine Entscheidung getroffen hat. Gerade darin zeigt sich die Stärke und Prinzipienfestigkeit der KPdSU, daß sie ständig bestrebt ist, die Anwendung der Leninschen Normen des Parteilebens unbedingt zu sichern, die Kollektivität der Leitungen und die Rolle des ZK zu erhöhen, jeden Subjektivismus auszuschalten und die Wissenschaftlichkeit des Arbeitsstils und aller Entscheidungen zu gewährleisten. So rechtfertigt die Partei Lenins immer wieder das Vertrauen, das ihr die Kommunisten in aller Welt entgegenbringen. Damit erweist sie sich erneut als der Vortrupp der kommunistischen Weltbewegung.

Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung festlegen

Genossinnen und Genossen!

Es ist bekannt, daß sich die Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien für die Vorbereitung und Einberufung einer neuen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien entschieden hat. Wir haben wiederholt erklärt und möchten erneut bekräftigen, daß wir eine solche Beratung für notwendig erachten. Damit stehen wir vor der Aufgabe, den Standpunkt unserer Partei zu den Fragen der Überwindung der in der kommunistischen Weltbewegung entstandenen Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten und zur weiteren Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit erneut darzulegen.

Es geht nicht darum, irgend jemanden zu exkommunizieren oder die Selbständigkeit der Bruderparteien in der Ausarbeitung und Durchführung der Politik in ihren Ländern zu beeinträchtigen. Die Beratung muß unserer Meinung nach dem Ziel die-

Der 47. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bestärkt uns in der Gewißheit, daß die Sowjetvölker unter Führung der KPdSU unbeirrt auf dem Wege des entfalteten Aufbaus des Kommunismus voranschreiten. Die KPdSU richtet ihren Blick nach vorn auf die Meisterung der Aufgaben in Industrie und Landwirtschaft, Wissenschaft und Technik, auf die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, auf die Sicherung des Friedens und die Festigung des proletarischen Internationalismus. Davon geben die Rede des Genossen Kossygin und die Beratungen des Obersten Sowjets über den Volkswirtschaftsplan 1965 glänzendes Zeugnis.

Unser Vertrauen zur Sowjetunion enthält zugleich die Verpflichtung, in der Bevölkerung Klarheit darüber zu schaffen, daß die Zukunft unseres Volkes nur gewährleistet ist, wenn die Bundesrepublik Schluß macht mit der unseligen Ära des mehr als 30jährigen kalten und heißen Krieges gegen die Sowjetunion. Unser Volk braucht Friede und Freundschaft zur Sowjetunion. Das muß auch der Inhalt einer neuen Politik der Bundesregierung werden.

nen, die Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung zu festigen, die in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 gemeinsam ausgearbeitete Generallinie zu bestätigen und in einer freimütigen Diskussion zu einigen wesentlichen neuen Fragen gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten.

Die Entwicklung seit den beiden Moskauer Beratungen berechtigt uns zu der Feststellung: die Moskauer Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960 sind richtig. Die in diesen Dokumenten gegebenen Einschätzungen der Entwicklungstendenzen und der Aufgaben für die revolutionäre Bewegung sind durch alle Erfahrungen der letzten Jahre bekräftigt worden. Die kommunistischen und Arbeiterparteien haben also allen Grund, an der auf den beiden Beratungen ausgearbeiteten Generallinie festzuhalten.

Unsere Bemühungen für die Vorbereitung der kommenden Beratung sind

darauf gerichtet, gemeinsame Aktionen im Kampf gegen den Imperialismus zu vereinbaren, auch wenn nicht in allen Fragen sofort Übereinstimmung erzielt werden kann.

Für eine erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung der Arbeit der Redaktionskommission und der internationalen Beratung sollte unseres Erachtens eine Atmosphäre des sachlichen und kameradschaftlichen Meinungsaustausches geschaffen und jede öffentliche Polemik eingestellt werden. Nur die Imperialisten können Nutzen ziehen aus einer weiteren Zuspitzung und Vertiefung der Meinungsverschiedenheiten und der Polemik.

Die Erfahrungen zeigen, daß das gemeinsame Handeln aller Bruderparteien eine enge Zusammenarbeit in den allgemeinen, alle berührenden Grundfragen erfordert. Diese Einheitlichkeit in den Grundfragen von allgemeiner Bedeutung ist durchaus vereinbar mit der Selbständigkeit und

Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei in der Erarbeitung und Durchführung ihrer politischen Linie.

Die Einheitlichkeit der kommunistischen Weltbewegung schließt die Verschiedenartigkeit des Herangehens und der Einschätzung des einen oder anderen Ereignisses, die Unterschiedlichkeit in einzelnen Fragen nicht aus. Diese Unterschiedlichkeit ist oftmals bedingt durch die konkrete Situation in diesem oder jenem Land. Bei Beachtung der besonderen Bedingungen und der spezifischen Probleme in den einzelnen Ländern möchten wir betonen, daß die Einheitlichkeit der Aktionen der kommunistischen Weltbewegung in den grundlegenden Fragen gesichert, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus für alle verbindlich sein müssen. Wir wenden uns daher gegen alle Bestrebungen, die nationalen Besonderheiten zu übertreiben, den proletarischen Internationalismus zu schwächen und Tendenzen der Absonderung zu fördern.

VII

Die Aktivität der Partei steigern, die Reihen stärken

Genossinnen und Genossen!

Nach unserer Beratung im Zentralkomitee ist es unsere erste Aufgabe, die Probleme und Beschlüsse dieser Tagung anhand der Materialien zu studieren, kollektiv durchzuarbeiten und daraus in allen Leitungen und Grundorganisationen konkrete Schlußfolgerungen für die Arbeit zu ziehen. Es genügt also nicht, „Freies Volk“ und „Wissen und Tat“ zu verbreiten, sondern es gilt, die Arbeit mit diesen Materialien zu organisieren. Das ist erforderlich, um die Partei zu festigen und ein einheitliches Auftreten und Handeln der Kommunisten in ihrem täglichen Kampf zu sichern.

Nur wenn wir Weg und Ziel der Lösung der nationalen Frage in Deutschland und die Grundkonzeption des Kampfes gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus verständlich machen, sichern wir die richtige Aktivität der Partei auch in den tagespolitischen Fragen. Anders sind Schwankungen und Fehlentscheidungen bei den oft sehr komplizierten taktischen

Fragen, wie sie auch im Wahlkampf stehen, nicht ausgeschlossen. Nur unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Fragen unseres Verhältnisses zur SPD, die Probleme der Aktionseinheit und der Schaffung eines breiten Bündnisses aller antimonopolistischen Kräfte richtig zu beantworten.

Die für den Wahlkampf und darüber hinaus dargelegten Aufgaben stellen an die ideologische, politische und organisatorische Arbeit der Partei höhere Anforderungen. Wir werden diesen höheren Anforderungen nur gerecht, wenn wir in der Partei einige ideologische Grundfragen klären.

Im Rechenschaftsbericht wurde darüber berichtet, daß wir in den letzten Wochen und Monaten viele Hunderte Genossen in Parteiberatungen, Schulungen oder Aussprachen erfaßt haben. Was zeigten uns die Diskussionen und die Aussprachen mit einer Vielzahl dieser Genossen? Sie machten uns deutlich, daß es in der Partei noch immer erhebliche Unklarheiten über

die nationale Frage und über den Inhalt unseres nationalen Kampfes gibt. Es ist nicht richtig, die Ursache der Kriegsgefahr in der Spaltung Deutschlands und das Wesen der nationalen Frage einfach in der Wiedervereinigung zu sehen. Das Wesen der nationalen Frage besteht darin, Garantien zu schaffen, daß niemals wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgeht.

Die nationale Frage beinhaltet also die Lösung des unversöhnlichen Widerspruchs zwischen den friedlichen Interessen der großen Mehrheit des deutschen Volkes und den Profit- und Eroberungsinteressen des westdeutschen Monopolkapitals und Militarismus. Er kann nur gelöst werden auf dem Wege des entfalteten Klassen- und Volkskampfes gegen das Monopolkapital. Dieser antimonopolistische Kampf durchdringt alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Von dieser

Mit den Errungenschaften der DDR für eigene Interessen in die Offensive gehen

Wer den Kampf für die Lösung der nationalen Frage so begreift, der versteht auch die wachsende nationale Rolle und Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik. Der wird sich davon überzeugen, daß der umfassende Aufbau des Sozialismus mit den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes übereinstimmt. Der wird verstehen lernen, daß der Sieg des Sozialismus in der DDR im nationalen Interesse auch der westdeutschen Arbeiterklasse und Bevölkerung liegt und eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Lösung der nationalen Frage in Deutschland ist. Die Erfordernisse des nationalen Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse und aller Volkskräfte gebieten es geradezu, daß sie sich fest an die Seite der DDR stellen, daß sie sich mit der Arbeiterklasse und ihren Organisationen in der DDR verständigt und jeder Art von Hetze widerstehen. Jetzt, da die politisch-moralische Überlegenheit der DDR, da ihre wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften immer deutlicher werden, da ihre konsequente Friedens- und Verständigungspolitik immer stärkere Beachtung findet, ist es um so mehr an der Zeit, unseren Genossen, den Arbeitern und Werktätigen in der Bundesrepublik bewußt zu machen, daß sie

unserer Tagung aus gilt es darum, eine solche Wende in der Arbeit unserer Partei herbeizuführen, daß unsere richtige nationale Politik, die Problematik unseres nationalen Kampfes die Tätigkeit der ganzen Partei auf allen Gebieten durchdringt.

Das müssen wir unseren Genossen bewußt machen. Nur so schaffen wir Verständnis für die Erfordernisse des nationalen Kampfes, nur so machen wir deutlich, daß der nationale Kampf zugleich Klassenkampf in seinen vielfältigen Formen ist. Nur so befähigen wir die Partei, in jeder wie immer gearteten Aktion der Arbeiterklasse ihre Rolle und Verantwortung im nationalen Kampf und die Notwendigkeit einer friedlichen, demokratischen und sozialistischen Perspektive der ganzen deutschen Nation deutlich zu machen.

mit den Errungenschaften und der Politik der DDR im Kampf für ihre eigenen Interessen in die Offensive gehen müssen. Das wird zu einer entscheidenden Frage auch bei der Führung des bevorstehenden Wahlkampfes.

Das richtige Verständnis für unsere nationale Politik schließt die Klarheit ein, daß nur die in Aktionseinheit handelnde Arbeiterklasse in der Lage ist, der friedlichen und demokratischen Lösung der nationalen Frage den Weg zu ebnen. Es muß all unseren Genossen verständlich werden, daß es nur eine Kraft in Deutschland gibt, die eine friedliche Entwicklung zu sichern vermag: das ist die geeinte Arbeiterklasse.

In den Aussprachen mit Genossen, vor allem aber in den Kommunalwahlen zeigte sich, daß wir in der Partei beträchtliche ideologische Unklarheiten über die Rolle unserer Partei, über unsere Politik der Aktionseinheit und besonders unser Verhältnis zur SPD haben. Es zeigte sich die Tendenz, das eigene Gesicht nicht zu zeigen und „im Interesse der Zusammenarbeit“, wie die Genossen häufig sagten, auf eine Kritik an der Politik der Wehner und Erler zu verzichten. Auf der anderen Seite zeigte sich die Tendenz, die

Sozialdemokratische Partei mit Wehner und Erler zu identifizieren und mit der CDU in einen Topf zu werfen und praktisch die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen abzulehnen. Die Parteiorganisationen sind in einigen Kreisen infolgedessen in der Diskussion um die Frage der Wahltaktik stecken geblieben, kamen zu keinem einheitlichen Standpunkt und waren damit in ihrer Aktivität gehemmt.

Es fehlt in der Partei noch immer an Verständnis dafür, daß die stärkere Orientierung auf die Arbeiterklasse das Bündnis mit allen übrigen antimonopolistischen Volkskräften nicht beeinträchtigt, sondern vielmehr das nationale Bündnis fördert. Je intensiver die Arbeiterklasse den Kampf für ihre eigenen

Klasseninteressen entfaltet, desto erfolgreicher erweist sie sich auch als die einigende Kraft aller übrigen Volksschichten. Je entschiedener sich unsere Partei der Entfaltung der Aktionen der Arbeiterklasse zuwendet, desto günstiger werden auch die Voraussetzungen für die Schaffung des Kampfbündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und allen friedliebenden, demokratischen Kräften der städtischen Mittelschichten, der Intelligenz und des Bürgertums. Wir müssen jede Gleichgültigkeit gegenüber den Bewegungen der Bauern, der Intelligenz und der Mittelschichten in den Städten überwinden und verstehen, daß eine erfolgreiche Lösung der nationalen Frage das tägliche Bemühen um das Bündnis mit allen antimonopolistischen Kräften erfordert.

Selbständig Initiative und Aktivität im Wahlkampf entwickeln

Die Klärung von Grundproblemen des Kampfes unserer Partei ist die Voraussetzung, um zu erreichen, daß die Bezirks- und Kreisleitungen, die Betriebs- und Wohngebietsgruppen eigene politische Aktivität entwickeln und auf der Grundlage unserer Politik selbständige Initiativen beim Aufkommen neuer politischer Fragen ergreifen.

Es kommt jetzt darauf an, die Grundorganisationen so zu stärken, daß sie ihrer großen Rolle bei der Durchführung der Politik der Partei, bei ihrer Umsetzung in der Massenarbeit gerecht werden. Das ist die Kernfrage der weiteren Entwicklung unserer gesamten Partei. Wenn wir nicht darauf unsere ganze Kraft konzentrieren, werden wir immer Schwierigkeiten haben. Gerade nach dem Karlsruher Parteitag der SPD wird die Verantwortung unserer Partei noch deutlicher. Wir müssen von dem Zustand wegkommen, daß viele Kom-

munisten nur als Einzelkämpfer wirken und sichern, daß sich unsere Partei zu einem politisch und organisatorisch festgefügt System von Parteiorganisationen entwickelt, wie es das Statut vorsieht.

Die Aktivität und Schlagkraft der Partei stärken heißt, mehr Genossen in die Arbeit einbeziehen, um die Aktionen der Arbeiterklasse und der Massen für die Änderung der Politik in der Bundesrepublik stärker zu entwickeln. Der Erfolg im Wahlkampf hängt vor allem davon ab, wie das werktätige Volk jetzt für seine Interessen, gegen die Scharfmacher in der Bundesrepublik auftritt. Die entscheidende Frage ist: Wie können wir unsere Grundorganisationen — vor allem unsere Betriebsgruppen — so stärken und entwickeln, daß sie selbständig auftreten, daß sie größeren Einfluß auf das Denken und Handeln der Menschen in ihrem Wirkungsbereich nehmen?

Die Aktivität der Grundeinheiten stärken

Eine generelle Feststellung, die wir treffen können, ist doch folgende: Dort, wo die Grundeinheiten nicht zusammenkommen, wo sich die Leitungen bei der Durchführung der Aufgaben nicht auf aktive Gruppen stützen können, da bleibt die Tätigkeit der Partei hinter den Erfordernissen weit

zurück. Dort, wo es aktiv auf der Grundlage der Politik der Partei arbeitende Grundorganisationen gibt, dort gewinnt unsere Partei an Einfluß und Autorität bei den Arbeitern. Es ist eine entscheidende Aufgabe, die Grundeinheiten mit politischem Leben zu erfüllen, den Grundeinheiten bei

der Aufgabenstellung, bei der Entwicklung der Politik, bei der Lösung der Aufgaben zu helfen.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der Aktivität der Parteigruppen ist die **Entwicklung von politisch und organisatorisch befähigten Gruppenleitern**. Der Qualifizierung von Gruppenleitern, der Heranbildung neuer Gruppenleiter sollte große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Hier bietet sich die Möglichkeit, viele junge Genossen heranzuziehen. Zahlreiche junge Genossen sind aktiv und haben gute Verbindungen zu den Massen. Sie sind bereit, Funktionen auszuüben. Die Leitung in... hat solche jungen Mitglieder zu Gruppenleitern entwickelt. Sie faßt sie gruppenweise zusammen, um sie mit der Politik der Partei vertraut zu machen, ihnen die Aufgaben zu erklären und bei der Lösung zu helfen. Sie hat damit gute Erfahrungen gemacht.

Die Parteileitungen und Betriebsgruppen müssen die gerade im Wahlkampf sich vielfach bietenden günstigen Gelegenheiten für eine breite Massenarbeit nutzen. Öffentlichkeitsarbeit — das ist vor allem das Gespräch mit den Menschen, mit sozialdemokratischen Genossen und Gewerkschaftern. Alle die Menschen bewegenden Fragen, sei es die Lohnbe-

wegung, die Schulkatastrophe oder die Vermögensbildung, gilt es dabei mit den Grundfragen so zu verbinden, daß den Werktätigen die Notwendigkeit bewußt wird, den Wahlkampf durch ihre eigene Aktivität in ihrem Sinne zu beeinflussen. **So muß der Wahlkampf für uns zu einem weiteren Schritt vorwärts im Ringen um die Legalität unserer Partei werden.** Wir werden den Wahlkampf um so offensiver führen, je mehr sich unsere Mitglieder und Funktionäre bewähren als Kämpfer für die Arbeiterinteressen, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen und durch ihr Auftreten zu anerkannten Führern der Werktätigen werden.

Wir werden unsere Partei durch die Werbung neuer, vor allem junger, mit den Massen verbundener Arbeiterinnen und Arbeiter stärken. Die Praxis des **Karl-Liebknecht-Aufgebots** beweist das. Die Kreisorganisation in..., die sich ein Soll von 40 Neuerwerbungen gestellt hat, hat bisher nach unserer Kenntnis nur fünf neue Mitglieder gewonnen, weil es in... praktisch keine Orientierung auf die Arbeit unter der Jugend gibt. Die Betriebsgruppe einer Schachanlage hat dagegen allein aus einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, fünf neue Mitglieder für die Partei gewonnen.

Konzentration auf die Grundfragen bei der Lösung der Aufgaben

Ich fasse die Aufgaben der kommenden Monate zusammen:

1. Es ist zu sichern, daß die auf dieser ZK-Tagung festgelegte politische Grundlinie unserer nationalen Politik, die auch bestimmend ist für unseren Wahlkampf, in allen Leitungen und Grundorganisationen diskutiert wird.
2. Die Sicherung des Friedens für die Bundesrepublik und die Durchführung des Wahlkampfes steht und fällt mit der Entfaltung des nationalen Kampfes, mit der Entwicklung des Kampfes gegen die multilaterale Atommacht der NATO und die Notstandsgesetzgebung. Aufklärung der Bevölkerung über die drohenden Gefahren, Verwirklichung der gewerkschaftlichen Beschlüsse durch vielfältige Aktionen.

Der 8. Mai 1965, 20. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges, darf nicht den Freibrief für Kriegsverbrecher und Nazimörder bringen. Dieser Tag muß nach den Ostermärschen und dem 1. Mai zu einem neuen Höhepunkt des Kampfes gegen Faschismus und Krieg, gegen atomare Aufrüstung, für eine Politik des Friedens und der Demokratie werden.

3. In der Weiterführung des deutschen Gesprächs kommt es darauf an, vor allem in der Arbeiterklasse darüber Klarheit zu schaffen, daß MLF und Notstand, daß der Kurs der Revanche jede Lösung des deutschen Problems verbaut.

Verständigung der Arbeiterklasse, Verständigungsfrieden zwischen

SPD, SED und KPD, Zusammenarbeit zwischen FDGB und DGB. Diese Probleme in der Arbeiterklasse zu klären, muß Hauptinhalt der Vorbereitung der Deutschen Arbeiterkonferenz im Frühjahr und anderer Begegnungen der deutschen Arbeiter, Bauern, Handwerker und Geistesschaffenden werden.

4. Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse, des Kampfes der Bergarbeiter um ihren Arbeitsplatz. In den Lohnbewegungen der Arbeiter der eisen-schaffenden Industrie, der Bundesbahn und Post und der anderen Industriezweige müssen wir in vorderster Reihe stehen.

Besonders in den Kämpfen für die sozialen Interessen bestehen die besten Voraussetzungen, die Aktionseinheit zwischen den sozialdemokratischen, kommunistischen, parteilosen und christlichen Arbeit-

tern herzustellen. Das ist auch die Grundlage, auf der wir die Betriebsrätewahlen vorbereiten müssen, damit sie zur Stärkung der Gewerkschaften und der Kampfkraft der Arbeiterklasse führen.

Das sind unsere nächsten Aufgaben und Aktionen. So gehen wir in den Wahlkampf. Wir werden den Wahlkampf so führen, daß alle Möglichkeiten der Massenarbeit genutzt werden, daß wir in immer breiterem Maße die nationale Politik unserer Partei vor den Massen entwickeln und alle Kräfte unterstützen, die mit einer Alternative zur CDU/CSU und ihrer Erhard-Regierung hervortreten.

Diese Arbeit wird der Partei helfen, Vertrauen in der Arbeiterklasse und den Massen des Volkes zu gewinnen, ihre Reihen zu stärken und den Werktätigen zu zeigen, daß sie in ihrem eigenen Interesse eine legale kommunistische Partei Deutschlands brauchen.

Die revolutionäre Theorie erhellt unseren Weg

AUS EINEM LEITARTIKEL DER „PRAWDA“

Die kommunistische Gesellschaft ist eine Schöpfung der Volksmassen, das Ergebnis der bewußten Realisierung der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung in der Politik der Partei. Die Quelle der Siege des Sowjetvolkes liegt in der Führung der Kommunistischen Partei, in der Richtigkeit und der wissenschaftlichen Begründung ihrer Politik. Die Generallinie der Politik der KPdSU ist unverrückbar eben deshalb, weil sie sich auf ein festes wissenschaftliches Fundament stützt, weil sie auf der Grundlage der fortschrittlichsten revolutionären Theorie — des Marxismus-Leninismus — ausgearbeitet wird. Die marxistisch-leninistische Lehre, die die objektiven Gesetze des sozialen Fortschritts aufdeckt, ermöglicht es, den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung vorauszusehen und zu beschleunigen, sie verleiht dem Aufbau der neuen Gesellschaft einen bewußten Charakter.

W. I. Lenin verpflichtete unsere Partei, sich sorgfältig und ernst zur Theorie zu verhalten, sich um die ideologische Stählung und theoretische Erziehung der Parteimitglieder und aller Werktätigen zu kümmern. Die Partei, schrieb er, „darf keine Minute unser Endziel aus dem Auge verlieren, muß stets die proletarische Ideologie, die Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus, d. h. den Marxismus propagieren, ihn vor Entstellungen bewahren und weiter entwickeln.“¹⁾

Wie jede echte Wissenschaft kann die marxistisch-leninistische Theorie nicht stehenbleiben, da das Leben selbst nicht stehenbleibt, sich ständig entwickelt und seine Bedingungen verändert. Einen großen Beitrag zur revolutionären Theorie leistet der kollektive Verstand der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Auf dem XX., XXI. und XXII. Parteitag und in ihrem Programm reagierte unsere Partei schöpferisch auf die neuen Aufgaben, die dem Sowjetvolk in der Periode des umfassenden kom-

* Veröffentlicht am 5. November 1964

¹⁾ Lenin, Werke, Bd. 5, S. 350

unistischen Aufbau entstanden waren. Der Beitrag der KPdSU zur revolutionären Theorie hat eine hohe Einschätzung durch die Bruderparteien, die Anerkennung der gesamten fortschrittlichen Menschheit gefunden.

Unsere Partei geht davon aus, daß die Theorie die Anleitung zum Handeln, die wichtigste Voraussetzung für die Ausarbeitung des richtigen politischen Kurses und seiner erfolgreichen Verwirklichung ist. Die Probleme des kommunistischen Aufbaus können nicht auf gut Glück gelöst werden. Unsere gesamte praktische Tätigkeit muß von der Theorie durchleuchtet sein, sie muß sich auf eine wissenschaftliche Analyse des gesellschaftlichen Lebens stützen.

Besonders kraftvoll klingen heute die eindringlichen Worte W. I. Lenins: „Nicht absetzen dürfen wir die theoretischen Fragen, sondern wir müssen unsere ganze Parteipraxis auf die Höhe der theoretischen Beleuchtung

Für echte Wissenschaft — gegen Subjektivismus

Die Partei lehrt Mut und Kühnheit in der Entwicklung der revolutionären Theorie. Sie lehrt aber auch Behutsamkeit bei der Lösung von Fragen, die die Interessen von Millionen berühren, sie lehrt allseitige Berücksichtigung der objektiven Bedingungen, der realen Situation. Die echte Wissenschaft ist dem Subjektivismus gegenüber unerbittlich. Früher oder später werden jegliche Beschlüsse, wenn sie nicht von den objektiven Erfordernissen diktiert sind, vom Leben, von der gesellschaftlichen Praxis widerlegt.

Die Ergebnisse der theoretischen Arbeit werden durch die Praxis geprüft. Im theoretischen Schaffen dürfen Anmaßung und Selbstüberheblichkeit nicht geduldet werden. Wie in der praktischen Tätigkeit, so auch in der theoretischen Arbeit fordert die Partei prinzipielle Kritik und Selbstkritik, kollektive Erörterung der Fragen und konstruktive Behandlung der Probleme.

Die Arbeit der Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsorganisationen verbind-

der Aufgaben einer Arbeiterpartei heben.“²⁾

Die Sowjetunion bahnt als erste der ganzen Menschheit den Weg zum Kommunismus. Das legt jedem Parteibeschuß, jedem staatlichen Beschluß eine besondere Verantwortung auf. Solche Beschlüsse müssen sorgfältig erwogen werden, sie müssen sich aus den objektiven Gesetzen, aus den realen Erfordernissen der Entwicklung ergeben. Der Realismus ist der charakteristischste Zug der Politik der KPdSU. Die Partei ist zutiefst daran interessiert, das Leben so zu sehen und zu erkennen, wie es ist. Die vollständige und erschöpfende Information, die nüchterne Berücksichtigung von Plus und Minus jeder Erscheinung, sind eine notwendige Voraussetzung für die wissenschaftliche Leitung. Nur unter dieser Bedingung kann man die richtigen Schlußfolgerungen ziehen, Beschlüsse mit Sachkenntnis fassen, Schwierigkeiten der Entwicklung erfolgreich überwinden und zuversichtlich vorwärtsschreiten.

det sich immer enger mit den modernen Errungenschaften der Wissenschaft, mit der Tätigkeit unserer wissenschaftlichen Institutionen, deren Rolle und Bedeutung wachsen, Gegenwärtig, da die Wissenschaft immer mehr zur unmittelbaren Produktivkraft wird, da die sowjetischen Wissenschaftler einen hervorragenden Beitrag zum kommunistischen Aufbau leisten, sieht die Partei ihre Pflicht nicht nur in der weitgehenden Unterstützung der wissenschaftlichen Institutionen, sondern auch in der Festigung der sachlichen und praktischen Verbindung der Parteikomitees mit der Tätigkeit dieser Organisationen. Die geringschätzige, hochmütige Einstellung mancher führenden Persönlichkeiten zur Wissenschaft und ihren Empfehlungen ist ein Kennzeichen ihrer mangelnden Sachkenntnis und ihrer Oberflächlichkeit. Und, umgekehrt, die Fähigkeit, die gesamte Wissenschaft, alle ihre Errungenschaften in den Dienst der Generallinie der Partei zu stellen, ist das, was Lenin unter der Führung der Partei verstand.

²⁾ Lenin, Werke Bd. 12, S. 443

Das wissenschaftliche Niveau der Leitung heben

Die grundlegenden Bedürfnisse des Fortschritts der sowjetischen Gesellschaft erfordern gebieterisch, das wissenschaftliche Niveau der Leitung in allen Abschnitten des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus zu heben. Dieses Niveau hängt von der Tiefe des Eindringens in die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und von der Fähigkeit ab, die rationellsten Formen zur Realisierung dieser Gesetzmäßigkeiten in der Praxis des kommunistischen Aufbaus auszuarbeiten.

Der wichtigste Pfeiler der Politik der Partei ist das Vermächtnis W. I. Lenins, „von den Massen zu lernen“. Nicht aus den Festversammlungen, aus dem Beifall heraus oder von repräsentativen Reisen, nicht im großen und ganzen die Stimmung der Menschen, ihre Gedanken, Bedürfnisse und Meinungen kennen, sondern die Ansicht der Massen tagtäglich berücksichtigen, genau auf die Weisheit des Volkes hören — darin liegt die Quelle der Kraft, des Einflusses und der Autorität der Partei.

Die Arbeit in den Massen, die Verallgemeinerung der Erfahrung der Massen bilden die feste Grundlage für die Ausarbeitung einer wissenschaftlichen Politik. Die Beschlüsse der zentralen und örtlichen Partei- und Verwaltungsorgane spielen eine um so größere organisierende und mobilisierende Rolle, je tiefer und richtiger sie die Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung und die Bedürfnisse der Werktätigen widerspiegeln. Der Annahme solcher Beschlüsse müssen eine sorgfältige Untersuchung der wirklichen Lage der Dinge, eine allseitige Berücksichtigung der Vorschläge der Werktätigen und eine Verallgemeine-

rung der Erfahrungen des Volkes vorangehen.

Es bedarf einer tiefeschürfenden soziologischen Untersuchung der komplizierten Prozesse der Entstehung der kommunistischen Formation. Dabei fällt den gesellschaftswissenschaftlichen Instituten und den Gesellschaftswissenschaftlern eine wichtige Rolle zu.

Unsere Partei wendet sich gegen die Unterschätzung der Sozialwissenschaften und ihrer Bedeutung beim Aufbau des Kommunismus, gegen eine geringschätzige, positivistische Einstellung zu ihnen. Kein anderer Zweig der wissenschaftlichen Erkenntnisse hat sich in der Praxis von Millionen Menschen so glänzend bewährt, hat für die Menschheit so fruchtbare Ergebnisse gezeitigt wie die marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft. Die Hauptsache bei der Gesellschaftswissenschaft besteht nicht im Kommentieren bereits gefaßter Beschlüsse, sondern darin, daß sie tief in das Leben eindringt, die in seiner Tiefe auftretenden Erscheinungen studiert und Empfehlungen für die Praxis des kommunistischen Aufbaus ausbeutet.

Auf dieser Grundlage festigt sich die Verbindung der gesellschaftswissenschaftlichen Institute mit den Parteikomitees, die in immer größerem Maße zum Mittelpunkt des Studiums und der Verallgemeinerung der Erfahrungen des umfassenden kommunistischen Aufbaus werden müssen. Je höher das wissenschaftliche Niveau der Arbeit der Parteiorganisation ist, desto größer ist ihre Autorität im Volk, desto mehr wächst die Bedeutung aller Glieder der Partei beim kommunistischen Aufbau.

Können, Wissen und Erfahrung

Der Kampf für den Kommunismus ist im wahrsten Sinne dieses Wortes ein Kampf: für die Steigerung der Arbeitsproduktivität, für die Entwicklung von Wirtschaft und Kultur, für die Festigung der neuen gesellschaftlichen Beziehungen und für die kommunistische Erziehung der Menschen. Allein der Wunsch, in diesem Kampf zu siegen, genügt nicht. Hier-

zu bedarf es des Könnens, des Wissens und der Erfahrungen, die vom kollektiven Verstand der Partei vermittelt werden, der Partei, die das Sinnen und Trachten des Volkes kennt.

Die Partei fordert von jedem Kommunisten, insbesondere von jedem führenden Kommunisten, daß er lernt, die Theorie stets zu meistern, daß er jeden seiner Schritte, sein ganzes

Wirken an Hand der marxistisch-leninistischen Lehre prüft. In der ideologischen Reife, der theoretischen Bildung und dem breiten Gesichtskreis aller „großen“ und „kleinen“ Führer besteht eine der wichtigsten Voraussetzungen für die richtige, zielstrebige und wissenschaftlich begründete Leitung in allen Gliedern der Sowjetgesellschaft.

Das Streben nach sozialpolitischen Kenntnissen und die respektvolle Einstellung zur Theorie sind eine ruhmreiche Tradition und hervorragende Eigenschaft der Kommunisten, der Arbeiterklasse, aller Werktätigen unseres Landes.

Unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Kommunismus, da der Aufgabe, die wissenschaftliche Weltanschauung aller Mitglieder der Sowjetgesellschaft zu formieren, eine praktische Grundlage gegeben wurde, da die wissenschaftliche Begründung der in allen Bereichen der Volkswirtschaft und der Kultur ergriffenen Maßnahmen besondere Bedeutung erlangt, wird die Aneignung des Marxismus-Leninismus zum Lebensbedürfnis aller Sowjetmenschen.

„Unter den Verhältnissen des Sozialismus und des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft“, heißt es im Programm der KPdSU, „da die spon-

tane ökonomische Entwicklung der bewußten Organisierung der Produktion und des gesamten gesellschaftlichen Lebens gewichen ist und die Theorie Tag für Tag in die Praxis umgesetzt wird, gewinnt die Formierung der wissenschaftlichen Weltanschauung aller Werktätigen der Sowjetgesellschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus als eines in sich geschlossenen und harmonischen Systems philosophischer, ökonomischer, sozialer und politischer Anschauungen erststrangige Bedeutung. Die Partei stellt die Aufgabe, die ganze Bevölkerung im Geiste des wissenschaftlichen Kommunismus zu erziehen, und will damit erreichen, daß die Werktätigen den Verlauf und die Perspektiven der internationalen Entwicklung gut verstehen, die Ereignisse im Land und in der internationalen Arena richtig beurteilen und ihr Leben bewußt auf kommunistische Weise gestalten.“³⁾

Im schöpferischen Studium der revolutionären Theorie durch alle Kommunisten, durch die breitesten Massen der Werktätigen, in ihrer bewußten und aktiven Beteiligung an der Verwirklichung der Politik der Partei liegt das Unterpfand unserer neuen Siege bei der großen Sache des kommunistischen Aufbaus.

Wie weiter im Sport der Bundesrepublik?

von Jupp Angenfort

In der Illustrierten „Quick“ schrieb der Sieger der Olympischen Spiele von Rom im 100-m-Lauf, Armin Hary, unter dem Titel „Ich sah die große Krise des westdeutschen Sports“ eine ganze Artikelserie. Überall, vor allem unter den Sportlern werden jetzt Probleme diskutiert, die durch die Olympischen Spiele und ihre Vorbereitung offenkundig geworden sind. Warum erhält der Sport in der Bundesrepublik vom Staat eine so geringe Förderung? Warum wird der Breitensport so vernachlässigt? Woher sollen die Gelder kommen, die für die Entwicklung des Sports notwendig sind? Wie

soll sich das Verhältnis der Sportler der Bundesrepublik zu den Sportlern der DDR gestalten?

Der Regierung Erhard sind all diese Fragen außerordentlich unangenehm. Sie fürchtet, daß die Bevölkerung in der Diskussion auf Grundübel der Bonner Regierungspolitik aufmerksam wird. Sie versucht die Fragen zu bagatellisieren. Innenminister Höcherl erklärte in einem Interview sogar forsch:

„Unsere Sportpolitik war richtig.“ („Bild“ vom 28. 10. 1964)

Willi Daume, Vorsitzender des Sportbundes der Bundesrepublik, ist der Meinung, daß durchaus nicht alles in Ordnung ist. Er beklagt, daß der

³⁾ Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Dietz Verlag Berlin 1961, S. 111/112

Schulsport in der Bundesrepublik vernachlässigt wird, daß Sportwissenschaft und Sportmedizin der Bundesrepublik hinter dem Weltniveau einherhinken. Daran ist natürlich viel Wahres.

Der Kern der Sache aber ist, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik und ihre Regierung Erhard den Sport immer mehr in den Dienst des kalten Krieges stellen. Sie entfremden den Sport seiner eigentlichen Funktion, der Volksgesundheit und der Verständigung zu dienen. Die tiefe Ursache für die Mißstände im Sport der Bundesrepublik liegt in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Weil die herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik, die großen Monopole, auch im Sport nur ein Mittel sehen, ihr Machtstreben durchzusetzen, weil für sie nicht der Mensch, sondern der Profit im Mittelpunkt steht, weil für sie nur die Arbeitskraft der bei ihnen Beschäftigten und nicht die Volksgesundheit von Interesse ist, deswegen die mangelhafte Unterstützung für den Sport. Deswegen wird auch hinter einem Wortschwall von „Gemeinsamkeit“ das Verbot des Sportverkehrs mit der DDR aufrechterhalten. Hemmungsloses Profitstreben, Revanchismus und Atomrüstung sind unvereinbar mit einer echten Förderung des Sports. Die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache.

Der Sportbund der Bundesrepublik machte schon am 29. Juli 1960 darauf aufmerksam, daß „in der Praxis der Stand der Leibesübungen in den Schulen der Bundesrepublik dem von 1872 entspricht“. In den Volksschulen haben im ersten Jahr nur 30 Prozent aller Kinder Turnunterricht. In Niedersachsen sind 84 Prozent aller Volksschulen ohne Turnhallen. An den Berufsschulen gibt es überhaupt keinen Sportunterricht. 80 Prozent der Jungen und Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren sind davon betroffen. Der Vorsitzende des Württembergischen Radsportbundes, Oskar Mauch, teilt in seiner „Denkschrift über den alarmierenden Gesundheitszustand unserer jungen Generation“ mit, daß 42,5 Prozent aller Schulkinder in den Großstädten Haltungsschäden aufweisen.

Es fehlen — wie die Deutsche Olympische Gesellschaft feststellte — in der Bundesrepublik:

- 11 350 Turnhallen
- 2 200 Freibäder
- 400 Hallenbäder
- 9 500 Sportplätze und Anlagen
- 3 000 Lehrschwimmbecken
- 30 000 Kinderspielplätze

Es fehlt an Trainern, Übungsleitern und Turnlehrern. Die Regierung Erhard hat dem „Goldenen Plan“ des Sports das Gold genommen; denn sie hält ihre Verpflichtungen nicht ein. In den vergangenen vier Jahren ist sie schon insgesamt 236 Millionen DM im Rückstand.

Aber für eine lebensgefährliche Rüstung werden jährlich von der Regierung Erhard über 20 Milliarden DM verpulvert. Hinzu sollen weitere Milliarden für die multilaterale atomare Aufrüstung und für die Verwirklichung der Notstandsgesetze kommen. Mit Recht sagte der ehemalige Hochsprungmeister Ludwig Koppenwallner: „Die lockere Hand beim Jonglieren von Milliarden-summen für die Bundeswehr und auf der anderen Seite das zähe Feilschen um Hunderttausendmarktbeträge für Zwecke der Leibesübungen in den Schulen sind allzu krasse Gegensätze.“ Es bestätigt sich die Feststellung der 3. ZK-Tagung der KPD: „Die Kriegsvorbereitung gefährdet das Leben der Jugend, raubt ihr die Mittel, die für die Erfüllung ihrer sozialen Forderungen, für Bildung und Wissenschaft, für Sport und Kultur notwendig sind.“

In der westdeutschen Öffentlichkeit wird häufig die Frage aufgeworfen, woher die Erfolge der Entwicklung des Sports und der Volksgesundheit in der Deutschen Demokratischen Republik kommen. Es wird zum Beispiel gefragt, wie es zu erklären ist, daß die DDR die Mehrzahl der Sportler für die Olympia-Mannschaft stellte, obwohl die Bundesrepublik beträchtlich mehr Einwohner hat, und wie es kommt, daß die DDR mehr als doppelt so viel Sportlehrer heranzubildet als die Bundesrepublik. Die entscheidende Antwort darauf lautet: Weil in der DDR die Kräfte, die den Sport ihrem Profit- und Machtstreben unterordnen, entmachtet sind; weil in der DDR die arbeitenden Menschen über ihre Ge-

schenke selbst bestimmen, weil in der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Mensch im Mittelpunkt steht. Deswegen steht auch der Sport in der DDR — entsprechend der Olympischen Idee — im Dienste des Friedens. Deswegen ist die Sorge für Volksgesundheit und Sport, die von einem Sportfunktionär der Bundesrepublik als der bis-

her umfassendste Versuch eines Industriestaates zur Erhaltung der biologischen Substanz des Volkes bezeichnet wurde.

Wir Kommunisten schlagen allen Sportlern vor, mit ihren Mannschaften und Vereinen in die DDR zu fahren und sich mit eigenen Augen von diesen Tatsachen zu überzeugen.

Gemeinsame Leitidee des Sports: Den Frieden lieben, das Leben achten

Am 9. November hat in Godesberg ein Sportforum der SPD stattgefunden. Auf ihm wurden „Leitsätze zur Förderung der Leibeserziehung und des Sports“ veröffentlicht. In diesen Leitsätzen werden u. a. sachlich richtige Einzelforderungen zur Unterstützung des Sports genannt, Forderungen die sich vielfach mit denen decken, die von unserer Partei bereits erhoben wurden. Kommunisten und Sozialdemokraten sollten für alle gemeinsamen Forderungen, die sie im Interesse des Sports haben, unbedingt gemeinsam eintreten. Aber wenn dem Sport und der Volksgesundheit wirklich geholfen werden soll, dann muß auch gesagt werden wie die Forderungen verwirklicht werden sollen. Auf diese Frage hat das Sportforum der SPD keine Antwort gegeben. Es genügt eben nicht — wie das selbst die „Frankfurter Rundschau“ feststellt — an die CDU/CSU-Regierung in Bonn zu appellieren, sie möge mehr Geld für den Sport geben, und den Stadt- und Gemeindeparlamenten zu empfehlen, ihrerseits mehr Mittel für den Sport zur Verfügung zu stellen. Woher sollen denn die Geldmittel kommen? Städte und Gemeinden haben ja bereits deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es unter den jetzigen Umständen, da ihnen immer mehr vom Steueraufkommen der Bürger für die Bonner Rüstungskasse fortgenommen wird, unmöglich ist, die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Schule, des Wohnungsbaus, des Gesundheitswesens und des Sports zu erfüllen.

Es ist notwendig klar auszusprechen, daß der Sport die erforderlichen Mittel nur erhalten wird, wenn die Aufrüstung gestoppt, wenn eine Senkung der Rüstungsausgaben durchgesetzt wird. Alle Vorschläge der SPD

zur Förderung der Leibeserziehung und des Sports können nicht wirksam werden und bleiben unglaublich, solange die Führung der SPD — wie Erler das gesagt hat — dabei bleibt, daß es für den Rüstungshaushalt keine obere Grenze gibt, wenn die Führung der SPD für die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der NATO, für eine Verabschiedung der Notstandsgesetze eintritt. Gerade diese von der Regierung Erhard betriebene Politik raubt ja dem Sport die so dringend notwendigen Mittel. Gerade diese Politik führt zum Mißbrauch des Sports für Ziele, die der olympischen Idee wesensfremd sind. Gerade diese Politik beschwört die Gefahr herauf, daß Millionen Sportler mit unserem Volk im Inferno eines Atomkrieges untergehen.

Wir Kommunisten sind der Auffassung, daß der Sport der Erziehung der Jugend zu gesunden lebensfrohen Menschen dienen muß, die im Sport ein Element der Völkerverständigung sehen. Wir sind der Überzeugung, daß eine entscheidende Aufgabe des Sports in dem von Baron Coubertin, dem Begründer der modernen olympischen Idee geprägten Leitsatz liegt: „Den Frieden lieben, das Leben achten.“ Deswegen treten wir für Verständigung und gegen Revanchismus, für Abrüstung und gegen atomare Aufrüstung, für freien Sportverkehr und gegen die Aufrechterhaltung des Düsseldorfer Verbotsbeschlusses ein. Wir schlagen allen Sportlern, der ganzen sportbegeisterten Bevölkerung und vor allem unseren sozialdemokratischen Genossen vor, gemeinsam mit uns im Sinne dieser Grundforderungen tätig zu werden. Ohne ihre Verwirklichung ist eine dem Wesen des Sports entsprechende Entwicklung nicht möglich.

Unsere Forderungen für die Entwicklung des Sports

Die KPD hat — ausgehend von der Programmatischen Erklärung des Parteitagcs 1963, ausgehend von ihrem Jugendprogramm — im Interesse des Sports und der Volksgesundheit gefordert: Verbesserung des Schulsports, Vermehrung der Sportstunden und schließlich jeden Tag eine Stunde Sport in der Schule. Einführung des Sportunterrichts auch an den Berufsschulen. Verstärkte Ausbildung von Sportlehrern, Übungsleitern und Trainern, Jugend- und Sportwarten. Mehr Mittel und größere Unterstützung vor allem für die kleinen und mittleren Sportvereine. Förderung des Breitensports, der die Grundlage des Leistungssports ist. Schaffung von Sportmöglichkeiten auch für alle, die nicht Mitglied eines Sportvereins sind. Entwicklung des Sportstättenbaus. Die Bundesregierung muß ihre Verpflichtungen im Rahmen des „Goldenen Plans“ voll erfüllen. Förderung des Sports an den Universitäten und Hochschulen. Erziehung der Sportjugend im Geiste des Humanismus und der Völkerfreundschaft.

Die für die Förderung des Sports und der Volksgesundheit notwendigen Mittel müssen von den Geldern genommen werden, die für die Aufrüstung herausgeworfen werden. Der Olympiasieger von Rom, Armin Hary, hat Recht, wenn er sagt, daß ein Prozent des Rüstungsetats schon genügen würde, viele Forderungen des Sports zu erfüllen. Die Gewerkschaften haben in ihrem Grundsatzprogramm zum Ausdruck gebracht, daß sie einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik fordern, daß sie sich auch für die Volksgesundheit mitverantwortlich fühlen. Wir Kommunisten sollten in den Gewerkschaften dafür eintreten, daß sie den Sportlern tatkräftig helfen, die so notwendige Förderung und Unterstützung durchzusetzen.

Sowohl die Olympischen Spiele als auch die Ausscheidungskämpfe zwischen den Mannschaften der Bundesrepublik und der DDR haben gezeigt, daß die sogenannte gemeinsame Olympia-Mannschaft den Realitäten nicht gerecht wird. Hervorragende Sportler sind durch die kräftezehren-

den Ausscheidungskämpfe um ihre Siegeschancen bei der Olympiade gebracht worden. Und zur gleichen Zeit, als die Ausscheidungskämpfe zwischen den Mannschaften der Bundesrepublik und der DDR stattfanden, wurden Sportler der DDR, die bei uns Freundschaftskämpfe durchführen wollten, schikaniert, diffamiert und von der Polizei des Innenministers Höcherl über die Grenze abgeschoben. So z. B. 40 Sportler aus Leipzig — unter ihnen der Goldmedaillengewinner von Innsbruck, Thomas Köhler — die am 1. und 2. August in Iserlohn an einem Sportfest teilnehmen wollten. Was ist das für eine Gemeinsamkeit?

Sprecher der Bundesregierung haben seinerzeit zu verstehen gegeben, daß sie am liebsten die Teilnahme von Sportlern der DDR an der Olympiade verhindern möchten. Da das der Regierung Erhard aber nicht möglich ist, ist für sie die sogenannte gemeinsame Olympia-Mannschaft das kleinere Übel, weil sie hofft, so die Realität verdecken zu können, daß zwei deutsche Staaten bestehen. Darüber hinaus mißachten die Scharfmacher in der Bundesrepublik jede Gemeinsamkeit. Die Aufrechterhaltung des Verbots, mit Sportlern der DDR Wettkämpfe auszutragen, das Gerichtsurteil gegen den Marathonläufer Göritz, der für freien Sportverkehr mit der DDR eintrat, die Einreisebeschränkungen für DDR-Sportler in NATO-Staaten, beweisen das. Wir Kommunisten sind der Ansicht, daß der Sport nicht für die friedensfeindliche Bonner Hallstein-Doktrin mißbraucht werden darf. Darum begrüßen wir die gleichberechtigte Anerkennung des Leichtathletikverbandes der DDR durch die Internationale Föderation. Wir halten es für richtig, wenn mehr und mehr Sportler sagen, daß die dem Sport und den Realitäten entsprechende Lösung die Entscheidung von Olympia-Mannschaften sowohl der Bundesrepublik als auch der DDR ist.

Die Sportbewegung der Bundesrepublik hat sich auf die olympischen Prinzipien verpflichtet. Sie besagen, daß die sportlichen Begegnungen zur Aufrechterhaltung des Friedens unter-

den Völkern beitragen müssen, daß keinerlei Unterschied einem Lande oder einer Person gegenüber aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen geduldet werden darf.

Mit diesen Prinzipien ist das Verbot des Sportverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR, das auf Drängen führender Kreise der CDU/CSU durch die Leitung des Sportbundes und des Olympischen Komitees der Bundesrepublik ausgesprochen wurde, unvereinbar. Dieser Verbotsbeschluß führt auch dazu, daß internationale Meisterschaften häufig nicht mehr in der Bundesrepublik stattfinden können, daß westdeutsche Sportler an solchen Meisterschaften — wenn sie in der DDR stattfinden — nicht teilnehmen dürfen. Dieser Beschluß bringt unseren Sport in die Isolierung. Er ist gegen die so notwendige Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten gerichtet.

Das Unbehagen der Sportler über den Verbotsbeschluß wächst. Auch Willi Daume, der Vorsitzende des Sportbundes der Bundesrepublik, weiß das. Er hat sich, wohl um den üblen Eindruck seiner Haltung — auf der einen Seite für gemeinsame Olympiamannschaft, auf der anderen Seite mit Höcherls Polizei gegen den gemeinsamen Sportverkehr — zu verwischen, am Vorabend der Olympischen Spiele in einem Brief an den Vorsitzenden des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR (DTSB), Manfred Ewald, gewandt. In diesem Brief schlug er vor, eine „beiderseitige Willenserklärung“ über die Wiederaufnahme des Sportverkehrs abzugeben. Trifft dieser Vorschlag den Kern der Dinge? Nein! Die Haltung Daumes hat das übrigens bewiesen. Nach seinem Brief an Manfred Ewald trat er massiv gegen die Teilnahme der Mannschaft der DDR an den Leichtathletik-Europameisterschaften auf, die im nächsten Jahr in der Bundesrepublik stattfinden sollen.

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Der Verbotsbeschluß von Düsseldorf wurde **einseitig** gefaßt. Nicht der DTSB hat den Sportverkehr abgebrochen, sondern der Sportbund der Bundesrepublik (DSB) hat das, auf Geheiß der Bonner Regierung, getan. Nicht der DTSB hat die Polizei auf die Sportplätze geschickt, die Führung des DSB hat das geduldet. Darum ist es allein an der Sportführung der Bundesrepublik, den Düsseldorfer Beschluß offiziell aufzuheben. An ihr ist es, dafür zu sorgen, daß keine Sportler mehr verfolgt werden. An ihr ist es, darauf zu drängen, daß ein Ende gemacht wird mit der Verweigerung von Visa für die DDR-Sportler durch die NATO-Staaten. Es ist Sache der Sportführung der Bundesrepublik, dafür einzutreten, daß das Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes von Karlsruhe, das den DTSB kriminalisiert und gegen den freien Sportverkehr gerichtet ist, beseitigt wird. Vonseiten der DDR und ihrem Sportverband gibt es keine Barrieren für den Sportverkehr. Die sind in der Bundesrepublik errichtet worden und müssen hier beseitigt werden!

Wir schlagen allen Sportlern vor, entsprechende Forderungen an die Führung des Sportbundes zu richten, darauf zu drängen, daß Schluß gemacht wird mit dem **Mißbrauch des Sports** für die Politik der Bundesregierung. So können die Voraussetzungen geschaffen werden für Übereinkommen zwischen den selbständigen und gleichberechtigten Sportbünden der beiden deutschen Staaten, für die Bildung eines gemeinsamen, paritätisch zusammengesetzten Deutschen Sportkomitees, dessen Schaffung von der Regierung der DDR bereits vorgeschlagen wurde, zu Vereinbarungen, die dem Sport, der Durchführung gemeinsamer Meisterschaften, der Verständigung der olympischen Prinzipien dienen.

Die Kürzung der Rüstungsausgaben, die Streichung der Ausgaben für den kalten Krieg, die Änderung der Steuergesetzgebung zu Lasten der Monopole macht die Mittel frei für die Verbesserung des Lebensstandards, für die Erfüllung der sozialen und kulturellen Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Nur so kann der Bildungsnotstand überwunden und der Anspruch der Jugend auf Entfaltung ihrer Fähigkeiten entsprochen werden.

(Max Reimann auf der 4. ZK-Tagung der KPD)

Anleitung unserer Betriebsgruppen in den Großbetrieben — ständiger Schwerpunkt der Leitungsarbeit

VON HEINZ, 1. SEKRETÄR DER KREISLEITUNG ***

Einer Bitte der Redaktion von „Wissen und Tat“ folgend, haben die Genossen einer Kreisleitung ihre Erfahrungen beim Aufbau und bei der Anleitung der Betriebsgruppe eines Großbetriebes zugeschickt.

„Wissen und Tat“ veröffentlicht diesen Beitrag mit der Erwartung, daß andere Leitungen dem Beispiel folgend ebenfalls über ihre Erfahrungen berichten.

I.

Bei der Vorbereitung und Auswertung des Parteitages 1963 hat sich unsere Kreisleitung in mehreren Zusammenkünften gründlich mit der Lage im Kreisgebiet, mit den vor uns stehenden Aufgaben und dem Stand unserer Arbeit beschäftigt. Dabei mußten wir feststellen, daß wir als Leitung in unserer Tätigkeit der Entwicklung der Parteilarbeit im entscheidenden Großbetrieb unseres Kreises nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt hatten. Mit der Auswertung des Parteitages haben wir begonnen, diesen Fehler zu korrigieren.

Auf dem Parteitag 1963 wurde besonders herausgestellt, daß die entscheidende Aufgabe jeder Leitung und Grundorganisation darin besteht, den Masseneinfluß der Partei zu erweitern, also die Arbeit dort zu entwickeln, wo die Massen sind. Ein großer Teil der Arbeiter ist in den Großbetrieben zusammengeballt. Deshalb muß sich die Leitung in ihrer Tätigkeit vor allem auf die Entwicklung der Parteilarbeit im entscheidenden Großbetrieb ihres Kreises orientieren.

Es bedurfte und bedarf auch weiterhin großer Anstrengungen, um die vom Parteitag gegebene Orientierung allen Genossen völlig klar und zur Richtschnur unseres Handelns zu machen. Die Erfahrungen bestätigen aber, daß wir ohne den Kampf gegen die Unterschätzung des größten Betriebes in unserer Arbeit nicht vorangekommen wären. Es gibt z. B. noch die Meinung, „daß wir in den kleinen Betrieben stärker sind“, daß wir dort „mehr Einfluß haben“, daß dort unsere Genossen aktiver sind und „mehr zu machen ist“. Die Möglichkeiten, im

Großbetrieb Masseneinfluß zu gewinnen seien relativ klein. Dort hätten wir nur ein paar Genossen, die außerdem nicht gerade aktiv seien. Ja, es wurde sogar gesagt: „Wir haben sowieso schon genug Arbeit. Wenn wir jetzt noch mit dem Großbetrieb anfangen, dann übersteigt das unsere Kräfte. Wir würden uns zersplittern und uns schwächen.“

Angesichts dessen war es erforderlich, vor allem erst einmal in der Kreisleitung selbst völlige Klarheit über die Rolle und Bedeutung des Kampfes der Arbeiterklasse in den Großbetrieben zu schaffen und zu begründen, warum der Schwerpunkt unserer Arbeit gerade in diesem Großbetrieb liegen muß. Wir sind dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein großer Teil der Arbeiter, die die aktive Hauptkraft im Kampf für den Frieden, für Demokratie und sozialen Wohlstand sind, ist in den Riesenbetrieben zusammengeballt. Diese Großbetriebe sind die Brennpunkte des ständigen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Hier stehen sich die gesellschaftlichen Hauptkräfte unserer Zeit unmittelbar gegenüber. Hier steht die Arbeiterklasse direkt dem Monopolkapital gegenüber, also dem Träger des aggressiven Revanchekurses, der Atomrüstung, des Notstandskurses und der sozialen Reaktion. Hier ist die Ausbeutung der Arbeitskraft am höchsten organisiert. Für die Aktionäre schlägt sich das in steigenden Dividenden und sonstigen finanziellen Vorteilen nieder. Für die Arbeiter und Angestellten bedeutet es verstärkte Rationalisierung, die höchstmögliche Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte am Fließband usw.

Hier im Großbetrieb wird ein ständiger Kleinkrieg gegen die Antreiberei, um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, für Urlaubsgeld, kurz — für die Interessen der Arbeiter geführt. Hier erfaßt dieser Kampf ständig die größten Massen der Arbeiter, schult sie, zeigt ihnen die Notwendigkeit der Organisation. Hier wächst unter den breiten Massen der Arbeiter — trotz aller Hetze des Gegners — ständig elementar und spontan das Klassenbewußtsein. Deshalb liegen in diesen Großbetrieben auch die größten Möglichkeiten für die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse. Die Arbeiter der Mittel- und Kleinbetriebe der Kreise orientieren sich in hohem Maße auf das, was in den Großbetrieben von der Arbeiterklasse organisiert und durchgesetzt wird. Deshalb sind sie das Feld, auf dem wir Einfluß auf breiteste Teile der Arbeiterklasse gewinnen können, wo auch die besten Möglichkeiten für die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse vorhanden sind.

Die Großbetriebe mit ihren tausenden und oft zehntausenden Arbeitern sind auch die wichtigste Basis für die Arbeit der Gewerkschaften. Dort befindet sich der größte Teil organisierter Arbeiter, dort arbeitet eine weit aus größere Zahl von Vertrauensleuten als in Kleinbetrieben. Hinzu kommt, daß die Großbetriebe auch einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Gewerkschaftspolitik, auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Beschlüsse und nicht zuletzt auf die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Kämpfe haben. Die Erfahrungen lehren, daß die Ergebnisse von Lohnkämpfen und anderen gewerkschaftlichen Aktionen entscheidend von den Großbetrieben abhängen.

In den Großbetrieben sind auch viele sozialdemokratische Arbeiter konzentriert. Hier stehen die Kommunisten täglich Seite an Seite mit den

sozialdemokratischen Genossen im Kampf um die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter. Hier wird durch die Praxis und in der Diskussion der große Widerspruch von Wehners Politik der Gemeinsamkeit mit der CDU und den hinter ihr stehenden Monopolen mit den Interessen der Arbeiter und den Mitgliedern der SPD deutlicher. Hier treten die gemeinsamen sozialen Interessen der Arbeiter ständig hervor. Deshalb bieten die Großbetriebe die beste Möglichkeit zur Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären.

In den Großbetrieben ist schließlich auch ein großer Teil der Arbeiterjugend konzentriert. Darum bestehen dort auch gute Möglichkeiten, die Arbeiterjugend im Kampf um ihre unmittelbaren Interessen zu unterstützen, sie zum Kampf zu mobilisieren und an die Massenorganisation der Arbeiterklasse, die Gewerkschaft, heranzuführen, unseren Einfluß unter der Arbeiterjugend zu erweitern und junge Arbeiter für die Partei zu gewinnen.

Alles dies bedeutet natürlich nicht, daß die Arbeit in den kleineren Betrieben unterschätzt werden soll. Kommunisten müssen unserer Meinung nach überall dort arbeiten, wo sie sind. Aber Schwerpunkt für die Arbeit der Kreisleitung muß der Großbetrieb sein. Solange der jeweils entscheidende Großbetrieb eines Kreises nicht der Schwerpunkt der Tätigkeit einer Kreisleitung ist, solange werden wir auch unseren Einfluß unter der Arbeiterklasse nicht wirksam erweitern und uns nicht eng und unlösbar mit den Massen der Arbeiter verbinden können. Wenn das richtig angepackt wird, dann führt eine solche Orientierung auch zur Verbesserung der Parteiarbeit auf anderen Gebieten, zum Aufschwung im Leben und in der Arbeit aller anderen Grundorganisationen.

II.

Die wichtigste Aufgabe, die vor der Kreisleitung stand, war folgende: Die im Betrieb arbeitenden Genossen mußten zu einer Betriebsgruppe zusammengeschlossen werden, eine

eigene Leitung erhalten. Durch entsprechende Leitungstätigkeit mußte gesichert werden, daß die Betriebsgruppe lernt, an Hand der betrieblichen Ereignisse und Probleme selbst-

ständig Politik zu machen. Wie ist die Kreisleitung an die Lösung dieser Aufgabe herangegangen?

1. Vor allem war erforderlich, eine gute Arbeit der Kreisleitung zu sichern. Das bedeutete, den Genossen, ausgehend von der Programmatischen Erklärung und dem Statut der Partei, Notwendigkeit und Möglichkeit der politischen Arbeit in ihrem Großbetrieb klarzumachen. Dabei kam es darauf an, daß sich die Leitung gründliche Kenntnisse über die Lage im Betrieb, über betriebliche Ereignisse und Probleme, über die Stimmung unter den Arbeitern, über den Stand der Gewerkschaftsarbeit und die Lage im Vertrauensmännerkörper, über die Tätigkeit des Betriebsrates usw. verschaffe, weil ohne solche gründliche Kenntnisse eine richtige Anleitung unmöglich ist. Unsere Kreisleitung hat dabei die Methode angewandt, sich diese Kenntnisse durch Beratungen mit Genossen und Arbeitern des Betriebes anzueignen. (Beratungen mit 3—4 Kollegen und Genossen). Jede Kreisleitungssitzung begann mit einer Diskussion über die Lage im Betrieb und den Stand unserer Parteiarbeit auch im Zusammenhang mit dem Kampf und den Aktionen gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr, gegen die Kriegsgefahr, gegen den weiteren Abbau der Demokratie, für die Entwicklung des deutschen Gesprächs und anderen politischen Aufgaben. Das war nicht nur ein ständiger, sondern auch stets der Hauptpunkt der Tagesordnung jeder Leitungssitzung. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß nicht nur ein Kreisleitungsmitglied, sondern die ganze Kreisleitung für die Entwicklung der ideologischen, politischen und organisatorischen Arbeit der Betriebsgruppe verantwortlich ist.

Das Kollektiv der Kreisleitung muß über alles Bescheid wissen, über alles urteilen können. Das ist eine der wichtigsten Bedingungen für eine Anleitung, die den Genossen des Betriebes hilft, ihre Aufgaben zu erkennen und zu lösen. Nur so kann auch die Frage beantwortet werden, welche konkreten Möglichkeiten sich für unsere Arbeit im Betrieb ergeben, welche Aufgabenstellung real und erfüllbar ist.

Unsere Erfahrungen besagen, daß die Kreisleitung auf diesem Wege eine Aufgabenstellung entwickeln muß die hilft, die Aktivität der Genossen zu fördern, auf jedes Ereignis nach Maßgabe unserer Kraft schnell und selbstständig zu reagieren, eigene Vorschläge zu machen und konkrete Aufgaben zu übernehmen. Das erfordert von jeder Leitung, sich gründliche Kenntnisse über alle Genossen, über ihre Verbindungen und Fähigkeiten, über ihren Arbeitsbereich, über ihre Möglichkeiten, zu verschaffen. Dabei muß die Leitung es verstehen, sich auf das Wissen und die Erfahrungen der Genossen zu stützen, ständig von ihnen zu lernen und diese Erfahrungen der Genossen für die Lösung der gestellten Aufgaben nutzbar zu machen.

2. Beim Aufbau einer Betriebsgruppe muß die Leitungstätigkeit unseren Erfahrungen nach ein richtiges Verhältnis zwischen den politisch-ideologischen und den organisatorischen Aufgaben gewährleisten. Der Aufbau einer Betriebsgruppe darf nicht losgelöst von den politischen Aufgaben in Angriff genommen werden, die anleitende Tätigkeit der Kreisleitung sich nicht nur auf die organisatorischen Aufgaben beschränken. Es wäre also falsch, wenn die Kreisleitung und die Betriebsgruppenleitung nur darüber berät, welche Schritte und Maßnahmen eingeleitet werden müssen, um die Genossen in Parteigruppen zusammenzufassen und Gruppenzusammenkünfte durchzuführen. Selbstverständlich müssen diese Aufgaben auch gelöst werden. Sie sind sogar sehr wichtig und man muß gründlich über sie nachdenken, weil die jeweilige Lage und die Illegalität uns in dieser Beziehung vor besondere Probleme stellen. Unserer Meinung nach muß die Hauptorientierung dahin gehen, eine Aufgabenstellung zu erarbeiten, die hilft, die legale massenpolitische Arbeit zu entwickeln, die die Genossen dazu erzieht, als Kommunisten aufzutreten, zu allen betrieblichen Angelegenheiten und politischen Problemen als Kommunist seine Meinung zu sagen, die sie auf die Tätigkeit in der Gewerkschaft und im Vertrauensmännerkörper orientiert und sie dazu anhält, die Interessen

der Arbeiter am besten und mutig zu vertreten. Dabei muß man mit den Genossen beginnen, die bereit sind, aktiv mitzuarbeiten. Im Kampf um die Lösung dieser Aufgaben muß Schritt

um Schritt zielstrebig und planmäßig auch die Organisation aufgebaut, müssen die anderen Genossen herangezogen und neue Mitglieder für die Partei gewonnen werden.

III.

Welche Aufgaben hat die Kreisleitung gestellt, um eine planmäßige und organisierte Arbeit der Betriebsgruppe zu erreichen?

- Regelmäßige Herausgabe der Betriebszeitung
- Aktive Mitarbeit in der Gewerkschaft und im Vertrauensmännerkörper
- Jeder Genosse muß einen Kreis von Sympathisierenden um sich schaffen
- Aktive Vorbereitung der Wahlen zu den Betriebsräten und Betriebsjugendvertretungen 1965 mit dem Ziel, die besten Gewerkschafter in die Kampforgane der Arbeiterklasse zu wählen. Aktives Eintreten für die Verwirklichung des gewerkschaftlichen Beschlusses, Arbeitsprogramme für die Tätigkeit der Betriebsräte aufzustellen. In Vorbereitung der Betriebsrätewahlen größere Anstrengungen zu unternehmen, um neue Mitglieder für die Gewerkschaften zu gewinnen
- Herstellung von Kontakten zu den sozialdemokratischen Genossen und Entwicklung der Zusammenarbeit mit ihnen (Methode ständiger Beratungen, ständiger Zusammenkünfte)
- Ständige, gezielte Werbung neuer Mitglieder für die Partei.

Nach Bildung und Festigung der Betriebsgruppenleitung entstand die Aufgabe, zur Lösung der gemeinsam beratenen und von der Kreisleitung beschlossenen Aufgabenstellung eine feste Organisation zu schaffen. Es entstand die Frage, wie das Problem des Gruppenaufbaus gelöst werden sollte.

Die beste Form des Aufbaus der Partei in Großbetrieben ist selbstverständlich die Bildung von Parteigruppen auf Abteilungsebene. Die Tatsache jedoch, daß ein großer Teil der Arbeiter und Genossen unseres

Großbetriebes zumeist aus entfernten Orten kommt, die abends mit Bussen bzw. bestimmten Zügen in ihre Heimatorte zurückfahren, veranlaßte uns, die Parteigruppenbildung auf Orts- bzw. Stadtteilbasis, als der für uns angemessensten Form, vorzunehmen. Dabei sind wir bestrebt, auch eine für dringende Gegebenheiten notwendige Möglichkeit des schnellen Zusammenfassens der Genossen auf Betriebsebene zu schaffen. Die Parteigruppen der Betriebsgruppe sind bei uns also auf örtlicher Basis gebildet worden. Dort erfolgt die Beratung über die Lage im Betrieb, über die Aufgabe der Gruppe und über die Aufgaben jedes einzelnen Genossen. Dort erfolgt die Kontrolle über die Erfüllung der gefaßten Beschlüsse. Dort wird auch die Kassierung durchgeführt.

Unsere Erfahrungen besagen, daß die Auswahl der Parteigruppenleiter große Bedeutung hat, weil das Funktionieren der Parteigruppen entscheidend von ihnen abhängt. Dabei ist Tatsache, daß die Auffassung, die Parteigruppenleiter seien schlechthin Kassierer und nicht zuerst die politischen Leiter der Parteigruppen, wie es im Statut niedergelegt ist, noch nicht völlig überwunden wurde. Das erfordert eine große Erziehungsarbeit und verlangt, daß die Kreisleitung in ihrer anleitenden Tätigkeit die Betriebsgruppenleitung ständig anhält, engen Kontakt mit den Parteigruppenleitern zu halten.

Jedes Mitglied der Betriebsgruppenleitung ist für eine oder zwei Parteigruppen verantwortlich. Es ist verpflichtet, an den Beratungen der Parteigruppe teilzunehmen. Die Leitung der Beratung in den Parteigruppen liegt in Händen des Parteigruppenleiters. Das Mitglied der Betriebsgruppenleitung bespricht vor der Zusammenkunft mit ihm die Aufgaben. Wir bemühen uns um die Durchsetzung dieser Methode, weil sie unserer Meinung nach am meisten

dazu beiträgt, die Eigenverantwortung, die Selbständigkeit des Parteigruppenleiters zu entwickeln.

Warum legen wir auf die Schaffung und das Funktionieren der Parteigruppen einen so großen Wert? In den Parteigruppen, das zeigen die Erfahrungen, ist es möglich, das Parteileben allseitig zu entwickeln und den Genossen das ideologisch-politische Rüstzeug zu geben, um die gemeinsam erarbeiteten Aufgaben zu erfüllen. So wächst bei den Genossen auch die Erkenntnis, bei jeder Gelegenheit als Kommunist aufzutreten. So bekommen die Genossen das richtige Verständnis für die Rolle unserer Partei. So wird es gelingen, die noch inaktiven Genossen in die aktive Parteiarbeit einzubeziehen. In den Parteigruppen ist die Orientierung auf die ständige, gezielte Werbung neuer, junger Mitglieder für die Partei erfolgreicher zu organisieren.

Wenn auch alle Parteigruppen noch nicht so handeln, so hat unsere Betriebsgruppe im Karl-Liebknecht-Aufgebot doch bereits acht neue Mitglieder für die Partei gewonnen.

Wir meinen weiter, daß die Entwicklung und Festigung des Klassenbewußtseins und des Parteibewußtseins aller Genossen im Mittelpunkt der gesamten Parteierziehungsarbeit stehen muß. Dazu gehört die Erziehung zur Treue zu den Beschlüssen der Partei, zur Standhaftigkeit, zum Mut, zur Entschlossenheit, unermüdlich für die Sache der Arbeiterklasse

und der Volksmassen einzutreten, persönliche Opfer auf sich zu nehmen und seine Aufgaben als Kommunist gewissenhaft zu erfüllen.

Wir möchten aber auch darauf hinweisen, daß die Ausnutzung der weiteren Möglichkeiten, die die Partei zur Schöpfung und Qualifizierung von Genossen bietet, zur Aufgabe jeder Leitung gehört. Eine Kreisleitung, die sich nicht ständig bemüht, gerade die Genossen des Schwerpunktbetriebes, besonders die Leitungsmitglieder und Parteigruppenleiter, auf diese Weise zu schulen und zu entwickeln, wird immer über Kadernmangel klagen. Sie verzichtet auf die Ausnutzung einer vielfältigen Möglichkeit, ihre Kräfte zu vervielfältigen und die Partei politisch, ideologisch und organisatorisch zu festigen.

* * *

Wir haben unsere Gedanken zu einigen Problemen der Leitungsarbeit dargelegt, die sich beim Aufbau der Betriebsgruppe im Schwerpunktbetrieb unseres Kreises ergaben. Wir wissen natürlich, daß wir bei weitem nicht alle Fragen behandelt haben. Es ist auch nicht so, daß bereits für alle auftauchenden Probleme eine Lösung gefunden wurde. Um die Betriebsgruppen unseres Großbetriebes auf die Höhe ihrer Aufgaben zu bringen, muß noch viel getan werden. Wir werden weiterhin in „Wissen und Tat“ über unsere Erfahrungen berichten.

Tatsachen aus der DDR

**515 000 sahen die Ausstellung
„15 Jahre DDR“**

Insgesamt 515 000 Besucher zählte die Ausstellung in Berlin. Am letzten Öffnungstag betrug die Besucherzahl noch einmal rund 15 000, darunter zahlreiche Gäste aus Westberlin, der Bundesrepublik und dem Ausland. Allein durch Sonderfahrten des Reisebüros der DDR waren aus den Bezir-

ken am Schlußtag noch 2000 Besucher nach Berlin gekommen.

Cottbus — Energiezentrum der DDR

Der Bezirk Cottbus entwickelt sich immer mehr zum Kohle- und Energiezentrum der DDR. Im Bezirk lagern etwa zwei Drittel aller abbauwürdigen großen Braunkohlenvorräte der DDR. Ganze 33,6 Millionen t Rohbraunkohle förderten die kapitalistischen Braunkohlenkonzerne der Niederlausitz im Jahre 1936 zusammengekommen. Heute ist längst die 100-Millionen-t-Grenze in der Jahresförderung überschritten. Ein einziger Tagebau, Wel-

zow-Süd, wird bald fast so viel fördern wie 1936 alle kapitalistischen Braunkohlenwerke Deutschlands, nämlich 30 Millionen t.

Zentrum des Bezirks wird immer mehr das Kombinat „Schwarze Pumpe“, in dem nicht nur Briketts gepreßt, sondern aus der Braunkohle auch elektrischer Strom sowie Gas und später auch Koks erzeugt werden. Dabei fallen auch wertvolle Nebenprodukte für die Chemie, wie Braunkohlenteer, Phenole, Öl und Ketone an. Große Energiezentren sind die Kraftwerke Lübbenau, Vetschau und später auch Borsberg.

Ein neues Zentrum für Cottbus

Gegenwärtig wird begonnen, der Bezirkshauptstadt ein neues Zentrum zu geben. Dabei wird sich z. B. der Thälmannplatz völlig verändern. Zu den Großbauten des Platzes zählt u. a. ein neues Kaufhaus, das zu den modernsten der DDR gehören wird. Ferner wird ein Verwaltungshochhaus errichtet und eine Mehrzweckhalle für Sport und Kongresse usw. Die Mehrzweckhalle soll etwa 2000 Menschen fassen können. Geplant ist auch ein neues Hotel.

Der weitere Ausbau der neuen Wohnstädte in Hoyerswerda, Lübbenau, Vetschau und Weißwasser geht zügig weiter.

Ein aufstrebender Bezirk

Der Bezirk Suhl ist einer der kleinsten DDR-Bezirke. Er ist am höchsten gelegen und verfügt über die größten Waldflächen (fast 50 Prozent) und die meisten Kur- und Ferienorte, zu ihnen gehören Oberhof, Bad Liebenstein und Brotterode. Der DDR-Bezirk Suhl ist ein ausgesprochenes Industriegebiet und hat für die Volkswirtschaft der DDR eine große Bedeutung. Der Kalibergbau z. B. fördert und liefert 42 Prozent des DDR-Kali-Aufkommens.

Der Export von Kali erfolgt in über 40 Länder. Das Zentrum der Glas- und keramischen Industrie ist Ilmenau. Es liefert mit 30 Prozent den größten Teil der DDR-Produktion. Neben Zierglas und Porzellan werden vor allem Gläser für die Elektrotechnik, die Optik und Medizintechnik gefertigt. Der Bezirk

Suhl ist in aller Welt vor allem auch bekannt wegen seiner weltberühmten Spielzeugwarenindustrie.

1964 6 000 Buchtitel

Bei der Eröffnung der Woche des Buches 1964 berichtete der Minister für Kultur, Hans Bentzien, über eine eindrucksvolle Bilanz des Verlagswesens der DDR. Die Verlage der DDR, die 1949 rund 2000 Titel produzierten, werden im Jahre 1964 rund 6000 Titel herausbringen.

Die weltoffene Verlagsproduktion der DDR und die enge Verbindung zu den Literaturen anderer Länder ist daraus zu erkennen, daß allein von den 1963 erschienenen 1142 Titeln der Belletristik 373 Übersetzungen aus 20 Sprachen waren.

Älteste Seefahrtsschule Deutschlands

In der ältesten Seefahrtsschule Deutschlands, in Wustrow (DDR-Bezirk Rostock) legten bisher 400 Kapitäne und Steuerleute für große und kleine Fahrt sowie 75 Funkoffiziere die Prüfung für ihr Patent ab, um auf den Schiffen der Deutschen Seerederei in Rostock ihre Tätigkeit auszuüben. Die Ausbildung auf der Seefahrtsschule ist kostenlos, sie wird vom Arbeiter-und-Bauern-Staat finanziert.

Partnerstädte DDR—Frankreich

Die Entwicklung von Partnerschaftsverträgen zwischen Städten in der DDR und in Frankreich hat 1964 wesentlich zugenommen. Sieben französische Orte haben allein zu Städten im DDR-Bezirk Magdeburg Verbindung, zum Teil auf der Grundlage von Verträgen, die von den Stadtparlamenten ratifiziert wurden. Die Kontakte umfassen vor allem Fragen der Kommunalpolitik, des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Partnerschaften bestehen z. B. zwischen Magdeburg und Hagondange, zwischen Halberstadt und Thionville, zwischen Calbe an der Saale und Longlaville, Schönebeck an der Elbe und Dieppe sowie zwischen Elbingerode im Harz und Bolange. Delegationen der französischen Stadtparlamente unter Leitung ihrer Bürgermeister studierten in den letzten Jahren wiederholt die Arbeitsweise der Volksvertretungen

in den DDR-Partnerstädten. Wiederholt sind auch die Abgeordneten von Städten im DDR-Bezirk Magdeburg zum Gegenbesuch nach Frankreich eingeladen worden. Die DDR-Volksvertreter konnten ihrer Einladung nicht Folge leisten, weil das in Westberlin bestehende alliierte Reisebüro ihnen die Einreise verweigerte.

14 Millionen Urlaubsreisen

14 Millionen Urlaubsreisen vermittelte der Feriendienst des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR von 1947 bis zum Sommer des Jahres 1964. Die DDR-Gewerkschafter verlebten ihren Urlaub in den Urlaubszentren an der Ostsee, an den mecklenburgischen Seen, im Zittauer Gebirge, in der Sächsischen Schweiz, im Thüringer Wald und im Harz. Der FDGB besitzt heute 477 eigene Ferienheime, während es im Jahre 1947 nur zehn waren. In der ehemaligen Luxusvilla des Industriekönigs Rautenbach in Wernigerode, einem 50-fachen Millionär, verbringen jetzt Bergleute und Genossenschaftsbauern der DDR ihre Ferientage.

Auskunftszenrum für die Landwirtschaft

Das erste Informations- und Auskunftszenrum der DDR für die Landwirtschaft wurde in der Zentralbibliothek Rastow im Kreis Schwerin eröffnet. Diese Einrichtung wird allen in der Landwirtschaft der DDR Tätigen helfen, sich ständig über den neuesten Stand der Landwirtschaftswissenschaften und der Landtechnik zu informieren.

Insgesamt verfügt der Bezirk Schwerin heute über 45 Zentralbibliotheken, die jeweils etwa 15 Dorfbibliotheken betreuen. Seit einigen Jahren ist Schwerin der DDR-Bezirk mit der höchsten eingeschriebenen Leserzahl. Auf je 100 Einwohner kommen dort 35 in Bibliotheken eingetragene Leser.

Freizeit — Tatsachen und Probleme Eltern an der Spitze

Wer hilft Ihnen, eine sinnvolle Freizeit zu gestalten? Wer gibt Ihnen hierzu Anregungen? So lauteten die Fragen an 305 Berufsschüler aus drei Berliner

Betrieben. Die Jugendlichen stellten folgende Rangliste auf: 51 Prozent erhalten von ihren Eltern Tips für die Freizeitgestaltung, daneben 17 Prozent von Lehrmeistern und die gleiche Anzahl von Freunden. Anregungen von der FDJ-Gruppe bekommen 12 Prozent und 8 Prozent von ihren Berufsschullehrern. Einige Jugendliche konnten keine Angaben machen.

Von 209 Berufsschülern des VEB Werk für Fernsehelektronik beschäftigen sich 29 Prozent in der Freizeit mit Dingen, die mit ihrer späteren Tätigkeit zusammenhängen. Im einzelnen befassen sich von diesen 209 befragten Jugendlichen 21 mit Basteln, 18 sind Mitglieder im Klub junger Techniker, und 9 bilden sich in verschiedenen Formen (Betriebsakademie, regelmäßige Vorträge, Zirkel) weiter. 7 lesen Fachliteratur und 6 führen Reparaturen im Haushalt aus. Außerdem nutzen u. a. 12 der Befragten ihre Freizeit für künstlerische Arbeiten.

Der rechte Beruf?

„Der Jugendliche und sein Beruf — Probleme der 14- bis 18jährigen“ lautete das Thema einer wissenschaftlichen Studentenkonferenz, an der Wissenschaftler und etwa 300 Studenten der Karl-Marx-Universität Leipzig teilnahmen. Die Studenten legten Ergebnisse komplexer soziologischer Untersuchungen vor, an denen 400 Kommilitonen der Fachrichtungen Pädagogik, Jura, Journalistik, Philosophie, Psychologie, Germanistik und Kulturwissenschaft beteiligt waren.

Zur Diskussion standen u. a. das Verhältnis Jugendlicher zu ihrem Beruf und zur Arbeit sowie Methoden einer richtigen Berufsfindung. Dabei wiesen die Studenten nach, daß individuelle Neigungen und Wünsche mit gesellschaftlichen Bedürfnissen dann übereinstimmen, wenn die Jugendlichen auf die Berufe kontinuierlich vorbereitet und sachkundig aufgeklärt werden.

Neuerer treiben Sport

In 30 Betrieben des Bezirks Rostock wurden 179 junge Neuerer befragt, wie sie ihre Freizeit verleben. So nannten u. a. 80 Prozent eine sportliche Betätigung. 64 Prozent beschäftigten sich mit Kunst und Literatur, und 45 Prozent forschen und knobeln

in der Freizeit. Viele von ihnen gehen also mehreren Freizeitbeschäftigungen nach.

51 Prozent der jungen Neuerer nutzen ihre freie Zeit, um sich fachlich weiterzubilden. 78 Prozent lesen ständig Tageszeitungen, 59 Prozent Zeitschriften, um über aktuelle politische Probleme stets informiert zu sein.

Vorrangig im Betrieb

In fünf Betrieben wurden insgesamt 894 Jugendliche gefragt, ob sie Funk-

tionen in gesellschaftlichen Organisationen (FDJ, GST usw.) ausüben. Von ihnen gaben 312 (35 Prozent) an, in verschiedenen Funktionen innerhalb des Betriebes zu arbeiten. In der Freizeit (Wohngebiet, Jugendklub usw.) bekleiden aber lediglich 99 Jugendliche (11 Prozent) eine Funktion.

Dieser Unterschied komme daher, sagten die Jugendlichen, daß sich außerhalb der Schule oder des Betriebes niemand so recht darum kümmere, ihnen verantwortungsvolle Aufgaben zu übertragen.

Aus der UdSSR:

Hauptaufgaben 1965: Friedliche Bedingungen für den Aufbau

Moskau. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Unionssowjets und des Nationalitätensowjets nahm der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin in einer bedeutsamen Rede zu akuten internationalen Problemen sowie zu Fragen der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR im Jahre 1965 Stellung.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede erklärte Alexej Kossygin: „In der Außenpolitik sieht unsere Regierung ihre Hauptaufgabe darin, friedliche Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu schaffen und einen Weltkrieg zu verhüten. Der außenpolitische Kurs unseres Staates ist auf die Festigung der Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, auf die Unterstützung der revolutionären Befreiungsbewegungen und auf die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den unabhängigen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gerichtet.“

Das ist ein Kurs, der auf die Festigung des Friedens und die internationale Entspannung, auf die konsequente Verwirklichung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen sozialen Systemen abzielt.“

Industrieproduktion wächst 1965 um 8,1 Prozent

Auf die wirtschaftlichen Fragen eingehend erklärte Kossygin, die Ergebnisse des Jahres 1964 zeigten, daß die

Volkswirtschaft in ihrer Entwicklung den im Programm der KPdSU vorgezeichneten Weg gehe. Der Plan der Industrieproduktion wird 1964 übererfüllt. Mehr als 600 Industriebetriebe werden die Produktion aufnehmen

In dem Planentwurf für 1965 ist vorgesehen, das Nationaleinkommen gegenüber 1964 um mehr als 14 Milliarden Rubel zu erhöhen. „Einen so hohen Jahreszuwachs des Nationaleinkommens haben wir noch nie gehabt“, sagte Kossygin; ferner ist vorgesehen, die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Konsumgütern bedeutend zu erweitern.

Die Zuwachsrate der Konsumgüterproduktion (7,7 Prozent) soll der der Produktion von Produktionsmitteln (8,2 Prozent) angeglichen werden. Das Realeinkommen der Bevölkerung soll 1965 um 7,3 Prozent gegenüber 3,9 Prozent im Jahre 1964 anwachsen.

Die Zuwachsrate der Industrieproduktion soll 1965 im Vergleich zum laufenden Jahr 8,1 Prozent betragen.

Unter den einzelnen Industriezweigen wird die Chemieindustrie, deren Bruttoproduktion um etwa 15 Prozent zunimmt, dem Wachstumstempo nach weiterhin an erster Stelle stehen.

Zur Hebung des Lebensstandards des Sowjetvolkes sagte der sowjetische Regierungschef unter anderem, daß die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten um 4,5 Prozent erhöht werden sollen. In den letzten 6 Jahren waren sie im Jahresdurchschnitt um 2,4 Prozent erhöht worden. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten wird im Laufe des Jahres um 2,8 Millionen anwachsen und 76 Millionen erreichen.

Kommuniqué

der 4. Tagung des Zentralkomitees der KPD

Das ZK der KPD trat im Dezember 1964 zu seiner 4. Tagung zusammen.

Der Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee wurde gebilligt.

Der Erste Sekretär des ZK, Genosse Max Reimann, hielt das Referat „Die Grundfragen unserer nationalen Politik und der Wahlkampf 1965“. Nach eingehender Beratung und umfassendem Austausch der Erfahrungen wurde das Referat des Genossen Max Reimann durch einstimmigen Beschluß des Zentralkomitees bestätigt.

Das Zentralkomitee beauftragte das Politbüro, auf der Grundlage des Referats, der Aussprache und der kollektiv erarbeiteten Ergebnisse der 4. Tagung das Wahlprogramm der KPD zu den Bundestagswahlen 1965 auszuarbeiten und zu veröffentlichen.

Die schulpolitischen Forderungen der KPD wurden angenommen.

Das Zentralkomitee wandte sich in einer Grußadresse an alle inhaftierten Genossen und Friedenskämpfer. Mit dem Ausdruck der brüderlichen Solidarität für sie und ihre Angehörigen verbindet das Zentralkomitee das Gelöbnis, den Kampf gegen die politische Gesinnungsjustiz und gegen die Verjährung der Naziverbrechen, für die Freiheit der inhaftierten Kommunisten und Friedenskämpfer und für die Wiederherstellung der legalen Rechte der KPD weiter zu verstärken.

Das Zentralkomitee erklärt sein Einverständnis, daß die Redaktionskommission zur Vorbereitung einer internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien am 1. März 1965 zusammentritt. Es billigte die für die Tätigkeit der Delegation der KPD in der Redaktionskommission gegebenen Richtlinien.

Mitteilung

über die Einberufung der Redaktionskommission zur Vorbereitung einer internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien.

Auf der Grundlage der durchgeführten gegenseitigen Konsultationen zwischen den Bruderparteien zwecks Vorbereitung der Sitzung der Redaktionskommission und der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien findet die erste Sitzung der Redaktionskommission am 1. März 1965 statt.

I N H A L T

| | Seite |
|---|-------|
| Max Reimann auf der 4. ZK-Tagung: | |
| Die Grundfragen unserer nationalen Politik und der Wahlkampf 1965 | 2 |
| II. Der staatsmonopolistische Kapitalismus und sein volksfeindliches System | 7 |
| III. Konzentration der Kräfte der Arbeiterklasse und aller Anhänger des Friedens, der Demokratie und der nationalen Verantwortung | 15 |
| IV. Im Wahlkampf Aktionseinheit der Arbeiterklasse und Bündnis aller antimonopolistischen Volkskräfte stärken . | 23 |
| V. Unser Kampf um die demokratische und soziale Umgestaltung der Bundesrepublik | 25 |
| VI. Unerschütterlich im Vertrauen zur KPdSU | 32 |
| VII. Die Aktivität der Partei steigern, die Reihen stärken . . | 34 |
| Die revolutionäre Theorie erhellt unseren Weg | |
| Aus einem Leitartikel der „Prawda“ | 38 |
| Wie weiter im Sport der Bundesrepublik? | 41 |
| Anleitung unserer Betriebsgruppen in den Großbetrieben — ständiger Schwerpunkt der Leitungsarbeit | 46 |
| Tatsachen aus der DDR | 50 |
| Aus der UdSSR | 3 |
| Kommuniqué und Mitteilung | 54 |

